

- **Energiepreise bremsen Österreichs Konjunktur nur kurz aus.** Prognose für 2026 und 2027
- **Investitionsdynamik verläuft 2026 durchwachsen.** Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026
- **Budgetpolitik weiterhin auf Sanierungskurs.** Bundesvoranschlag 2027/28 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2027 bis 2031
- **Der Einfluss des Preisbereinigungsverfahrens auf die Messung der Wirtschaftsentwicklung in Krisenzeiten**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •

Redaktion: Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2026

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2026 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



99. Jahrgang, Heft 7/2026

- 331-344 ■ **Energiepreise bremsen Österreichs Konjunktur nur kurz aus.** Prognose für 2026 und 2027

Stefan Ederer

Die österreichische Wirtschaft ist im Vorjahr stärker gewachsen als in der WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026 zugrunde gelegt. Damit ist die Ausgangslage für das laufende Jahr günstiger. Der Iran-Krieg hinterlässt allerdings Spuren. Die Inflation ist deutlich gestiegen und die Stimmung hat sich eingetrübt. Mit dem Rückgang der Energiepreise wird die Konjunktur ab der zweiten Jahreshälfte wieder an Schwung gewinnen. Österreichs Wirtschaft dürfte in den Jahren 2026 und 2027 jeweils um etwa 1% wachsen. Die Inflation wird im Jahresdurchschnitt 2026 3,2% betragen und 2027 auf 2,4% sinken. Die Arbeitslosenquote steigt im laufenden Jahr geringfügig und geht 2027 auf 7,3% zurück.

Energy Prices Only Briefly Slow Down Austria's Economy. Economic Outlook for 2026 and 2027

- 345 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

- 347-355 ■ **Investitionsdynamik verläuft 2026 durchwachsen.** Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung lassen für 2026 eine verhaltene Investitionstätigkeit erwarten. Der Iran-Krieg und die ausgeprägte geopolitische Unsicherheit haben die Konjunkturerholung gedämpft. Sachgütererzeuger planen mehrheitlich Kürzungen ihrer Investitionen, der Dienstleistungssektor insgesamt meldet eine Stagnation. Auf Branchenebene ist das Bild gemischt. Innerhalb der Sachgütererzeugung rechnen Hersteller von Investitionsgütern und Vorprodukten mit Kürzungen. In den Dienstleistungen überwiegen in den meisten Branchen die positiven Meldungen. Negativ entwickeln sich hingegen die investitionsstarken sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Kleine und mittlere Unternehmen schränken ihre Investitionen im laufenden Jahr voraussichtlich ein, während Großunternehmen expansivere Pläne hegen. Die insgesamt schwache Investitionsdynamik ist Rückgängen in den Bereichen Ausrüstungen und Infrastruktur zuzuschreiben. Wie sich 2026 die realen Bruttoanlageinvestitionen in der österreichischen Gesamtwirtschaft entwickeln werden, ist derzeit nur schwer abschätzbar und vor allem vom weiteren Verlauf des Iran-Krieges abhängig.

Investment Momentum is Projected to be Mixed in 2026. Results of the WIFO Spring 2026 Investment Survey

- 357-370 ■ **Budgetpolitik weiterhin auf Sanierungskurs.** Bundesvoranschlag 2027/28 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2027 bis 2031

Margit Schratzenstaller

Mit dem Doppelbudget 2027/28 setzt die Bundesregierung weitere Konsolidierungsschritte, um den Budgetpfad gemäß Fiskalstrukturplan einhalten zu können. Begleitet werden diese von weiteren Offensivmaßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Pflege sowie Bildung und Kinderbetreuung und von einer deutlichen Lohnnebenkostensenkung. Der Großteil der zusätzlichen Konsolidierung erfolgt einnahmenseitig. Das gesamtstaatliche Defizit soll sich ab 2028 bei knapp unter 3% des BIP stabilisieren; die Schuldenquote steigt daher bis 2031 weiter bis auf 85% der Wirtschaftsleistung. Nun müssen strukturelle Reformen umgesetzt werden, um fiskalische Nachhaltigkeit zu gewährleisten und zugleich dringende Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche zu ermöglichen.

Budget Policy Still Dominated by Fiscal Consolidation Needs. Federal Budget 2027-28 and Medium-Term Fiscal Framework 2027-2031

371-378 ■ **Der Einfluss des Preisbereinigungsverfahrens auf die Messung der Wirtschaftsentwicklung in Krisenzeiten**

Marcus Scheiblecker

Unterschiedliche Methoden der Preisbereinigung können abweichende Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsproduktes ergeben. In normalen Jahren sind die Unterschiede meist gering, nicht jedoch in Krisen Jahren. So verursachten die COVID-19-Pandemie und der folgende Inflationsschock erhebliche Schwankungen der Komponenten von Produktion und Konsum und damit der Gewichte, auf denen die Bereinigung aufsetzt. Auf Basis von EU-Daten für die Jahre 2019 bis 2023 untersucht dieser Beitrag, wie sensibel die Veränderungsraten des BIP auf vier unterschiedliche Preisbereinigungsverfahren reagieren; dazu werden die Gewichte des Vorjahres (Kettenindex), des laufenden Jahres, ein Fisher-Index und die Gewichte des festen Basisjahres 2019 herangezogen. Das ermittelte BIP-Wachstum weicht in einzelnen Jahren um bis zu 1,4 Prozentpunkte ab, kumuliert beträgt die Wachstumsdifferenz 1,8 Prozentpunkte.

The Impact of Price Adjustment Methods on the Measurement of Economic Performance in Times of Crisis

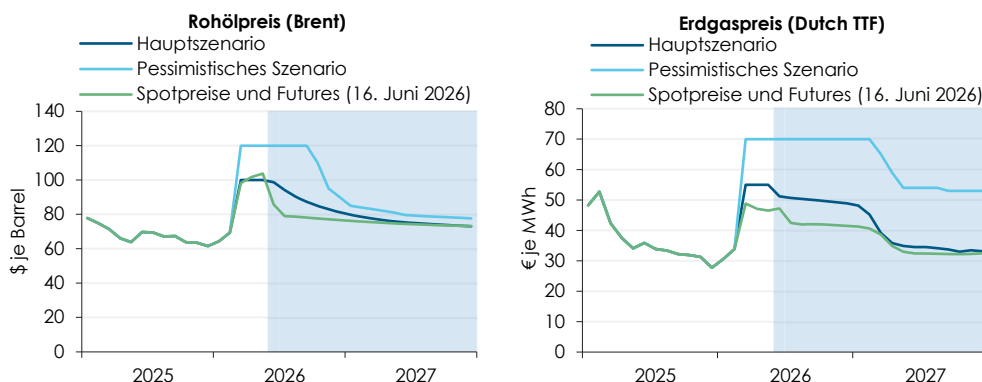
Energiepreise bremsen Österreichs Konjunktur nur kurz aus

Prognose für 2026 und 2027

Stefan Ederer

- Die österreichische Wirtschaft ist 2025 stärker gewachsen als in der WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026 zugrunde gelegt. Damit ist die Ausgangslage für dieses Jahr günstiger.
- Der Iran-Krieg und die gestiegenen Rohöl- und Erdgaspreise erhöhten die Inflation sprunghaft und dämpften die Unternehmens- und Verbraucherstimmung.
- Mit dem Rückgang der Energiepreise ab dem 2. Halbjahr 2026 dürfte die Konjunktur wieder an Schwung gewinnen. Österreichs Wirtschaft wird in den Jahren 2026 und 2027 um jeweils etwa 1% wachsen.
- Industrie und Exportwirtschaft dürften im Prognosezeitraum wieder am weltweiten Aufschwung teilhaben.
- Die Verbraucherpreisinflation beträgt im Jahr 2026 3,2% und sinkt 2027 auf 2,4%. Die Realeinkommen schrumpfen 2026 infolge der hohen Inflation. Dies dämpft die Konsumausgaben der privaten Haushalte.
- Die Arbeitslosenquote wird im laufenden Jahr leicht steigen und 2027 auf 7,3% zurückgehen.
- Der Finanzierungssaldo des Staates beträgt 2026 voraussichtlich –4% des BIP und verbessert sich 2027 weiter auf –3,7%.

Energiepreisentwicklung im Vergleich zu den Annahmen vom April 2026



"Auf den Terminmärkten wird derzeit erwartet, dass die Energiepreise schneller zurückgehen als in der letzten WIFO-Prognose unterstellt. Bei einem noch schnelleren Rückgang würde sich die Konjunktur rascher erholen."

Auf den Terminmärkten für Rohöl und Erdgas waren die Notierungen für den Prognosezeitraum zuletzt niedriger als im Hauptszenario der WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026 angenommen (Q: Intercontinental Exchange (ICE), Macrobond, WIFO-Berechnungen. Die Schattierung zeigt den Zeitbereich der vorliegenden Konjunkturprognose).

Energiepreise bremsen Österreichs Konjunktur nur kurz aus

Prognose für 2026 und 2027

Stefan Ederer

Energiepreise bremsen Österreichs Konjunktur nur kurz aus. Prognose für 2026 und 2027

Die österreichische Wirtschaft ist im Vorjahr stärker gewachsen als in der WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026 zugrunde gelegt. Damit ist die Ausgangslage für das laufende Jahr günstiger. Der Iran-Krieg hinterlässt allerdings Spuren. Die Inflation ist deutlich gestiegen und die Stimmung hat sich eingetrübt. Mit dem Rückgang der Energiepreise wird die Konjunktur ab der zweiten Jahreshälfte wieder an Schwung gewinnen. Österreichs Wirtschaft dürfte in den Jahren 2026 und 2027 jeweils um etwa 1% wachsen. Die Inflation wird im Jahresdurchschnitt 2026 3,2% betragen und 2027 auf 2,4% sinken. Die Arbeitslosenquote steigt im laufenden Jahr geringfügig und geht 2027 auf 7,3% zurück.

Energy Prices Only Briefly Slow Down Austria's Economy. Economic Outlook for 2026 and 2027

The Austrian economy grew more strongly last year than assumed in the WIFO Economic Outlook of April 2026, resulting in a more favourable starting position for the current year. However, the war in Iran is taking its toll. Inflation has risen significantly, and sentiment has deteriorated. As energy prices fall, economic activity will regain momentum from the second half of the year onwards. Austria's economy is expected to grow by around 1 percent in both 2026 and 2027. Average annual inflation will stand at 3.2 percent in 2026 and decrease to 2.4 percent in 2027. The unemployment rate will rise slightly in the current year and fall to 7.3 percent in 2027.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 23. 6. 2026

Kontakt: Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

1. Zusammenfassung

Die Konjunktur in Österreich war 2025 stetig aufwärtsgerichtet. Die Erholungsphase setzte laut den Anfang Juni veröffentlichten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im IV. Quartal 2024 ein und hielt bis ins I. Quartal 2026 an. Damit ist die Ausgangslage für das laufende Jahr günstiger als in der WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026 zugrunde gelegt.

Der Iran-Krieg und der damit verbundene Anstieg der Rohöl- und Erdgaspreise bremsen die Konjunktur. Die Verbraucherpreis-inflation ist im Frühjahr erheblich gestiegen und die Stimmung der Haushalte und Unternehmen hat sich eingetrübt. In der Sachgütererzeugung ist die Einschätzung der aktuellen Lage allerdings weiter deutlich günstiger als vor einem Jahr. Mit der schrittweisen Normalisierung der weltweiten Produktions- und Transportmengen von Rohöl und Erdgas ab dem 2. Halbjahr 2026 und dem entsprechenden Rückgang der Energiepreise dürfte die Konjunktur wieder an Schwung gewinnen. Alles in allem wächst die österreichische

Wirtschaft im Prognosezeitraum um etwa 1% pro Jahr.

Österreichs Industrie und Exportwirtschaft dürften über den Prognosehorizont wieder am weltweiten Wirtschaftsaufschwung teilhaben. In der Bauwirtschaft ist hingegen mit keinem kräftigen Wachstum zu rechnen.

Die Verbraucherpreise dürften 2026 rascher ansteigen als in der letzten WIFO-Konjunkturprognose erwartet. Zum einen reagierten die Mineralölpreise in Österreich schneller auf die weltweite Verteuerung von Rohöl. Zum anderen rechnet das WIFO mit einem Auslaufen der Spritpreibremse Ende Juni. Im kommenden Jahr werden die Verbraucherpreise von Fernwärme, Gas und Strom zwar zeitverzögert anziehen, der Rückgang bei den Mineralölpreisen überwiegt jedoch und dämpft die Teuerung. Alles in allem wird die Verbraucherpreis-inflation im Jahr 2026 3,2% betragen und 2027 auf 2,4% sinken.

Zurückhaltende Lohnabschlüsse vom Vorjahr und die hohe Inflation dämpfen im laufen-

den Jahr die Kaufkraft, wodurch die Realeinkommen der privaten Haushalte neuerlich schrumpfen. Dementsprechend werden die Konsumausgaben und die Bruttowertschöpfung in den konsumnahen Dienstleistungsbe- reichen im Prognosezeitraum nur mäßig zu- nehmen.

Die Beschäftigung dürfte im laufenden Jahr nur moderat expandieren. Dadurch steigt die Arbeitslosenquote zunächst weiter auf

7,5% im Jahresdurchschnitt 2026. 2027 ist der Beschäftigungsanstieg dann kräftiger, wodurch die Arbeitslosenquote erstmals wie- der leicht auf 7,3% sinken wird.

Der Finanzierungssaldo des Staates dürfte sich im Prognosezeitraum weiter leicht ver- bessern. 2026 beträgt er voraussichtlich –4% und 2027 –3,7% des Bruttoinlandsproduktes. Die Staatsschuldenquote steigt bis 2027 auf knapp 84% der Wirtschaftsleistung.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 5,3	– 0,8	– 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	
Herstellung von Waren	+ 8,3	– 3,3	– 5,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	
Handel	+ 1,0	– 7,9	– 3,0	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,0	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 5,4	– 0,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	
Dauerhafte Konsumgüter ²⁾	– 4,5	– 5,5	– 0,2	+ 3,2	+ 0,7	+ 1,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	– 0,3	– 1,3	– 4,3	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,8	
Ausrüstungen ³⁾	+ 1,4	+ 1,7	– 2,8	+ 6,5	+ 2,4	+ 2,4	
Bauten	– 2,1	– 4,5	– 5,9	– 2,3	– 0,2	+ 1,0	
Exporte, real	+ 9,4	– 0,6	– 2,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,6	
Warenexporte, fob	+ 5,6	– 0,9	– 4,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,2	
Importe, real	+ 6,9	– 4,3	– 2,6	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,5	
Warenimporte, fob	+ 3,2	– 7,0	– 5,3	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,2	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 10,6	+ 6,3	+ 3,4	+ 4,1	+ 3,5	+ 3,5	
	Mrd. €	449,38	477,84	494,09	514,33	532,57	551,07
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	– 1,3	1,6	1,5	1,9	1,4	1,6
Verbraucherpreise		+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,4
BIP-Deflator		+ 5,0	+ 7,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,3
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	– 3,4	– 2,6	– 4,6	– 4,2	– 4,0	– 3,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		6,3	6,4	7,0	7,4	7,5	7,3
Realwert des BIP pro Kopf ⁵⁾		+ 1,1	– 1,4	– 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,0
Armutsgefährdungsquote ⁶⁾	in %	14,9	14,3	15,9	15,7	15,6	15,8
Einkommensquintilsverhältnis ⁶⁾	Verhältniszahl	4,3	4,3	4,2	4,3	4,3	4,3
Treibhausgasemissionen ⁷⁾		– 5,9	– 6,6	– 2,5	+ 1,3	– 2,4	– 2,4
	Mio. t CO ₂ -Äquivalent	73,52	68,70	67,00	67,86	66,25	64,65

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ WIFO-Berechnung anhand der Anteile der dauerhaften Konsumgüter nach dem Inlandskonzept. – ³⁾ Ein- schließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – ⁶⁾ Eurostat-Definition (siehe Glossar zur WIFO-Konjunkturbericht- erstattung), dem Einkommensreferenzjahr zugeordnet, ab 2025 Prognose. – ⁷⁾ Ab 2025: Prognose.

2. Iran-Krieg bremste im Frühjahr den Aufschwung der Weltwirtschaft

Im Frühsommer 2026 ist das weltweite Ange- bot an Energie weiterhin eingeschränkt. Die Straße von Hormus war seit Ausbruch des Iran-Krieges Anfang März faktisch blockiert. Dies trieb die Preise für Rohöl der Sorte Brent von März bis Mai auf durchschnittlich etwa 100 \$ je Barrel, jene von Erdgas (Dutch TTF) auf knapp 50 € je MWh. Darüber hinaus hat die Seeblockade bereits Störungen in den weltweiten Lieferketten nach sich gezogen. Mitte Juni verständigten sich der Iran und die USA auf ein vorläufiges Abkommen, das die Öffnung der Straße von Hormus beinhal- tet. In der Folge sanken die Energiepreise

merklich. Zudem lassen die Notierungen auf den Terminmärkten für Rohstoffe für die kommenden Monate weitere Preisrück- gänge erwarten. Im Vergleich zu den An- nahmen im Hauptszenario der WIFO-Kon- junkturprognose vom April 2026 sind die Markterwartungen bei Öl und Gas derzeit (Stand Mitte Juni) niedriger (Abbildung "Energiepreisentwicklung im Vergleich zu den Annahmen vom Frühjahr 2026"). Hinter diesen Preiserwartungen steht die Annahme, dass die Straße von Hormus im Sommer ge- öffnet wird und sich die Produktions- und

Der Iran-Krieg und die Preisanstiege bei Rohöl und Erdgas bremsten die Weltwirtschaft im Frühjahr 2026. Bis vor Kriegsbeginn hatte sie sich im Aufschwung befunden.

Transportmengen schrittweise auf das Vorkriegsniveau normalisieren.

Die Auswirkungen des Iran-Krieges auf die Weltwirtschaft waren im Frühjahr bereits spürbar. Die Unternehmensstimmung im Dienstleistungssektor hat sich laut den von S&P Global veröffentlichten Einkaufsmanagerindizes nach Kriegsbeginn weltweit eingetrübt. Die Verbraucherpreisinflation hat

infolge des kräftigen Anstiegs der Energiepreise vielerorts angezogen. In den USA und im Euro-Raum verschlechterte sich die Konsumentenstimmung, da die privaten Haushalte mit höheren Inflationsraten rechneten, insbesondere für die nächsten 12 Monate. Auch auf den Aktienmärkten gingen die Kurse im März deutlich zurück, erholten sich in der Folge aber wieder.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2024 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		2022	2023	2024	2025	2026	2027
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	67,0	14,2	+ 3,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,4
Euro-Raum	52,7	11,7	+ 3,6	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,2
Deutschland	29,7	3,0	+ 1,8	- 0,9	- 0,5	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8
Italien	6,1	1,8	+ 4,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7
Frankreich	3,6	2,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7
Spanien	1,7	1,4	+ 6,4	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,9
MOEL 5 ³⁾	15,1	1,7	+ 4,2	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3
Polen	3,9	1,0	+ 5,3	+ 0,2	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,6
Ungarn	3,6	0,2	+ 4,2	- 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,8	+ 2,0
Tschechien	3,5	0,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,1
USA	8,5	14,8	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2
Schweiz	5,1	0,4	+ 3,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1
Vereinigtes Königreich	2,6	2,2	+ 5,1	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,7
China	2,8	19,3	+ 3,0	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,0	+ 4,5	+ 4,2
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		51	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,6
Exportgewichtet ⁵⁾	86		+ 2,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 5,7	- 3,2	+ 0,5	+ 3,8	+ 1,4	+ 1,2
Annahmen zur Prognose								
Rohölpreis								
Brent, \$ je Barrel			98,9	82,2	79,8	68,2	82	74
Erdgaspreis								
Dutch TTF, € je MWh			135,0	42,2	34,5	36,7	42	34
Strompreis Österreich								
Base, € je MWh			261,6	102,2	82,1	99,2	113	102
Peak, € je MWh			275,5	103,9	81,4	92,1	111	107
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,054	1,082	1,082	1,129	1,17	1,15
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %			0,6	3,8	4,1	2,4	2,4	2,7
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			1,1	2,4	2,3	2,6	3,0	3,0

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, ICE, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2024. – ⁵⁾ EU-Länder, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2024. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Fixzinssatz.

Bis vor Kriegsausbruch hatte die Weltwirtschaft kräftig expandiert. Handel und Industrieproduktion nahmen im I. Quartal 2026 weltweit zu, insbesondere in China und anderen asiatischen Ländern. In den USA stiegen die Importe, u. a. von Mikroprozessoren aus Taiwan, deutlich. Der anhaltende Boom Künstlicher Intelligenz und eine Ausweitung der privaten und öffentlichen Konsumausgaben führten in den USA zu einer robusten Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im I. Quartal. Der Anstieg der öffent-

lichen Ausgaben war dabei erwartet worden, weil sie im Vorquartal aufgrund des Stillstandes der Verwaltung zurückgegangen waren. Ein Teil des Zuwachses des privaten Konsums ist allerdings auf einen Rückgang der Sparquote zurückzuführen, der die Realinkommensverluste infolge der höheren Inflation ausglich.

Im Euro-Raum schrumpfte das BIP zu Jahresbeginn 2026. Dies war jedoch vorwiegend dem Einbruch in Irland um mehr als 10%

zuzuschreiben, der aus einem Rückgang der Ausfuhren multinationaler Konzerne folgte. Ohne Irland nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum im I. Quartal um etwa 1/4% zu und verzeichnete somit eine ähnliche Expansionsdynamik wie im Vorjahr. Während Italien und Spanien ihre Wirtschaftsleistung steigern konnten, sank sie in Frankreich leicht. Die schwache Nachfrage spiegelt sich dort auch in der Unternehmensstimmung im Dienstleistungsbereich, die seit Jahresbeginn rückläufig ist.

In Deutschland stützt die expansive Fiskalpolitik die Konjunktur. Das Expansionstempo erhöhte sich im Winterhalbjahr 2025/26 merklich, wozu neben dem öffentlichen Konsum zuletzt auch höhere Exporte, vor allem in die EU, beitrugen. Die bremsenden Effekte des Iran-Krieges sind jedoch auch in Deutschland spürbar. Die Inflationsrate ist ab März deutlich gestiegen und Materialengpässe in Industrie und Bauwirtschaft nehmen zu.

Stützend für die Weltwirtschaft wirkt, dass der effektive Zollsatz auf Einfuhren in die USA nach der gerichtlichen Aufhebung der IEEPA-Zölle (International Emergency Economic Powers Act) seit Jahresbeginn um etwa 3 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Zwar führte die Regierung der USA als Reaktion auf den Gerichtsentscheid einen neuen, auf einer anderen Rechtsgrundlage (Art. 122 Trade Act) basierenden globalen Zollsatz in der Höhe von 10% ein, für viele Schwellenländer bedeutete dies aber dennoch eine deutliche Reduktion ihrer Zollbelastung. Zudem gilt der neue Zollsatz nur temporär für die Dauer von 150 Tagen und läuft im Juli 2026 aus. Allerdings hat die Regierung der USA Untersuchungen der Handelspraktiken von mehr als 60 Ländern auf Basis des Art. 301 Trade Act eingeleitet, die eine Einführung neuer Zölle nach sich ziehen dürfte. Das Office of the United States Trade Representative (USTR) gab Anfang Juni eine entsprechende Empfehlung ab. Es ist daher nicht zu erwarten, dass der effektive Zollsatz auf Importe aus den USA im Prognosezeitraum spürbar sinken wird.

2.1 Weltkonjunktur gewinnt im Prognosezeitraum wieder an Fahrt

Im Prognosezeitraum dürfte sich das weltweite Expansionstempo infolge des Energiepreisschocks abschwächen. Zwar dürften die Preise für Rohöl und Erdgas entsprechend den Erwartungen auf den Terminmärkten allmählich sinken, der Aufwärtssdruck auf die Verbraucherpreise wird aber bis ins Jahr 2027 anhalten. Zudem werden die Energiepreise wohl bis zum Ende des Prognosezeitraumes höher bleiben als vor Beginn des Iran-Krieges erwartet.

Die bis Jahresbeginn 2026 lebhaft expandierende Dynamik deutet aber darauf hin, dass

die Abschwächung nur temporär sein und die Weltkonjunktur mit der allmählichen Normalisierung des Energieangebotes wieder an Fahrt gewinnen wird. Dafür spricht auch, dass sich die Unternehmensstimmung in der Industrie laut den von S&P Global veröffentlichten Einkaufsmanagerindizes im Frühjahr 2026 weiter verbesserte und im Mai 2026 in vielen Weltregionen über der Expansionschwelle lag. Zwar scheint ein Teil der zuletzt kräftigen Nachfrage nach Industriegütern dem Auffüllen von Lagern aufgrund erwarteter Lieferkettenprobleme und Preisanstiege geschuldet zu sein; der seit längerem beobachtete Aufschwung von Künstlicher Intelligenz und die damit verbundenen Investitionen werden aber anhalten und der Weltwirtschaft, insbesondere in den USA und in Asien, weiter Schwung verleihen.

In den USA dürfte sich das Wachstum der privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr abschwächen, da die gestiegenen Energiepreise die Realeinkommen dämpfen. Für diese Einschätzung spricht, dass die Sparquote im Frühjahr 2026 so niedrig war wie zuletzt 2022. Die Verbraucherpreis-inflation wird in den USA wohl erst 2027 deutlich zurückgehen, sodass dann auch die Realeinkommen wieder merklich zulegen werden. Stützend für den privaten Konsum wirkt allerdings die anhaltend günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Auch dürfte die Zentralbank der USA ihre Leitzinsen, die weit höher sind als etwa im Euro-Raum, im kommenden Jahr weiter senken, da der Inflationsdruck nachlässt. Alles in allem wächst die dortige Wirtschaft in den Jahren 2026 und 2027 um etwa 2% pro Jahr.

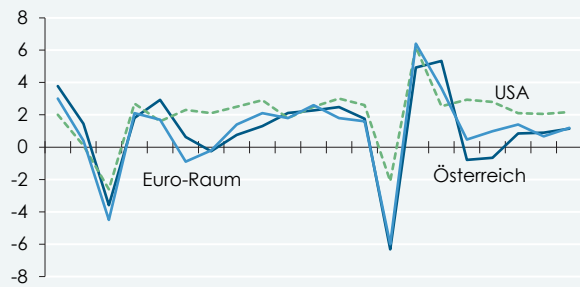
Im Euro-Raum dürfte das BIP im Prognosezeitraum weiter moderat zulegen. Die gestiegene Inflation und das geringe Verbrauchervertrauen dämpfen die Ausgaben der privaten Haushalte. Zudem dürfte die Europäische Zentralbank die Leitzinsen neuerlich leicht anheben, um dem Preisauftrieb entgegenzuwirken. Diese Faktoren werden die Expansion im Sommerhalbjahr 2026 bremsen. Danach dürfte die Konjunktur wieder an Schwung gewinnen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiter günstig und die Inflation dürfte 2027 wieder sinken. Die Exporte werden aber voraussichtlich nur mäßig zulegen, weil die europäische Industrie weiterhin mit dem zunehmenden Wettbewerb auf den globalen Märkten ringt. Zudem sind von der Fiskalpolitik außerhalb Deutschlands kaum Impulse zu erwarten. Es gibt aber auch Anzeichen dafür, dass die Industrie im Euro-Raum allmählich wieder stärker von der globalen Nachfrage profitiert. So hat sich etwa die Stimmung der Industrieunternehmen im Vorjahr deutlich verbessert. Insgesamt dürfte die Wirtschaft im Euro-Raum im laufenden Jahr nur um 0,7% expandieren. 2027 erhöht sich der Zuwachs auf 1,2%.

Mit dem Rückgang der Energiepreise wird die Weltwirtschaft wieder an Fahrt gewinnen. Insgesamt dürfte sie 2026 und 2027 jeweils um etwa 2½% wachsen.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

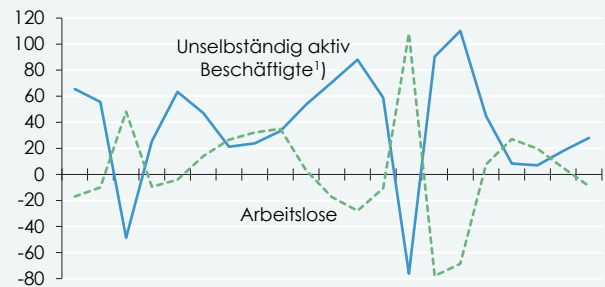
Wirtschaftswachstum

In %



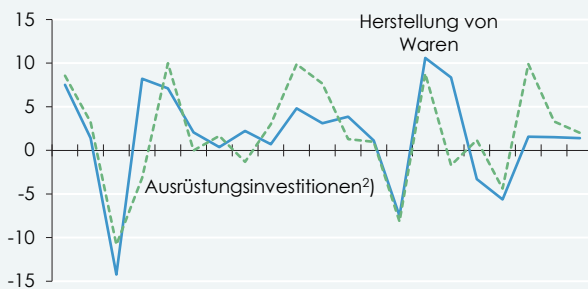
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



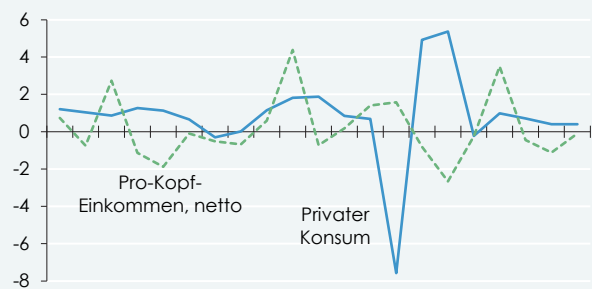
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



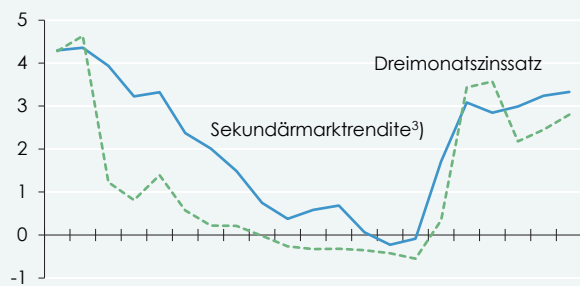
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



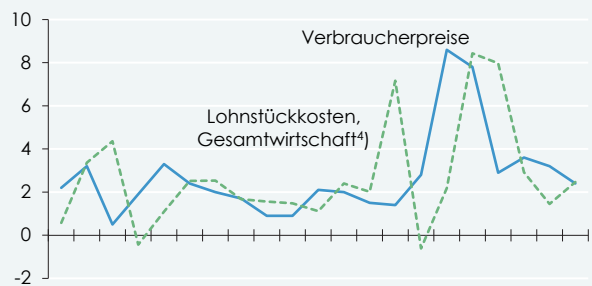
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



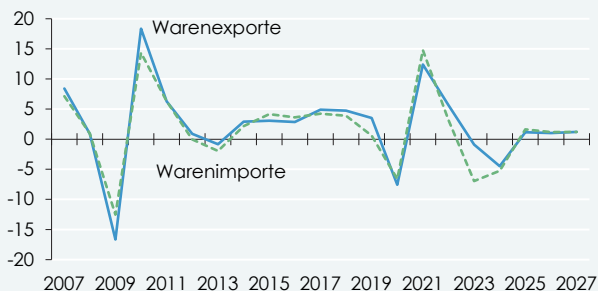
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



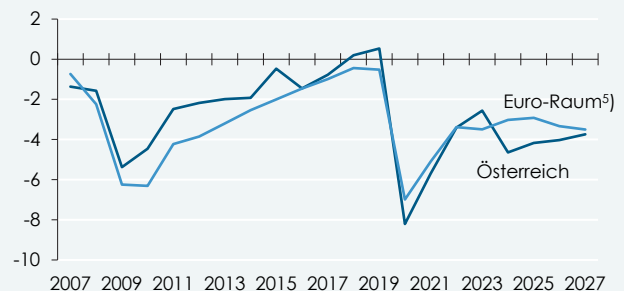
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁵⁾ Prognose: Europäische Kommission.

In China wird sich die Expansion der Gesamtwirtschaft im Prognosezeitraum verlangsamen. Zwar ist die dortige Wirtschaft weniger von Energielieferungen durch die Straße von Hormus abhängig und profitiert zudem von Ausweichimporten chinesischer Produkte. Diese Effekte werden aber mit der Normalisierung der globalen Produktions- und Nachfragestrukturen nach Öffnung der Handelsroute im Persischen Golf wieder entfallen. Dagegen werden die technologi-

schen Wettbewerbsvorteile, die sich China in den letzten Jahren erarbeitet hat, bestehen bleiben. Chinas Exporte werden dementsprechend auch im Prognosezeitraum kräftig zulegen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften hingegen nur zögerlich in Schwung kommen, da sich der Immobilienmarkt nur langsam stabilisiert. China dürfte im Prognosezeitraum ein jährliches BIP-Wachstum von rund 4½% erzielen.

3. Ausgangslage für Österreichs Wirtschaft besser als erwartet

Die Konjunktur in Österreich war im Vorjahr stetig aufwärtsgerichtet. Laut den Anfang Juni 2026 von Statistik Austria veröffentlichten VGR-Daten setzte die Erholung bereits im IV. Quartal 2024 ein und hielt bis ins I. Quartal 2026 an. In Summe stieg das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,8%, was gegenüber dem Datenstand vom Frühjahr 2026 einer Aufwärtsrevision um 0,2 Prozentpunkte entspricht. Die Bruttowertschöpfung in der Herstellung von Waren, die Warenexporte

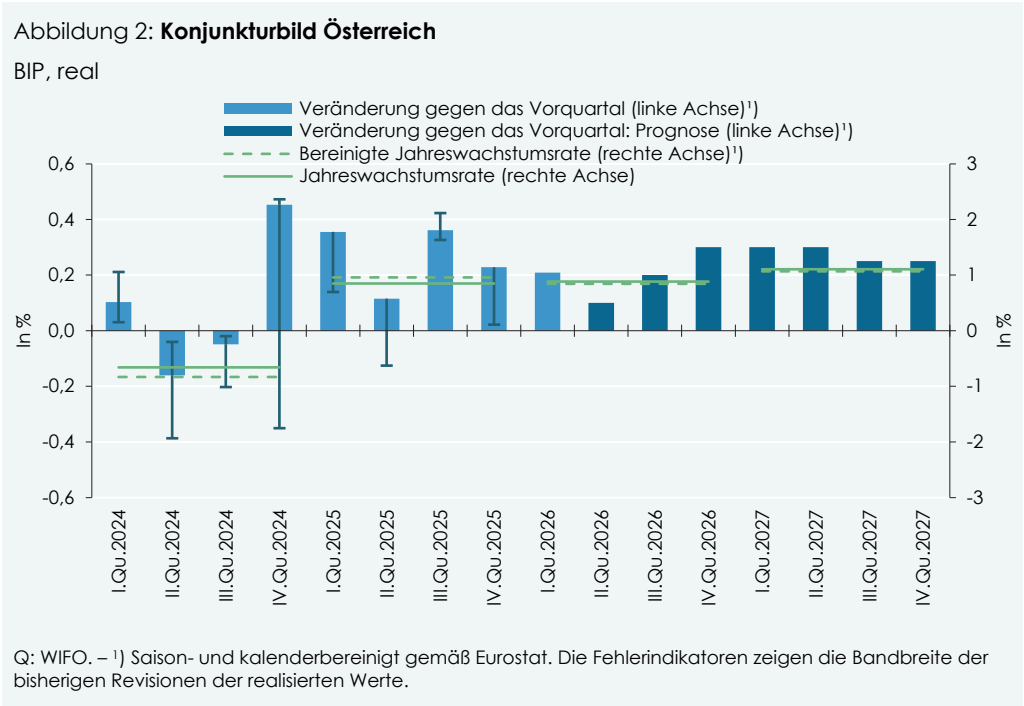
und die Bruttoanlageinvestitionen legten stärker zu als im Frühjahr ausgewiesen. Auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte expandierten kräftiger, wenngleich der Anstieg mit +0,7% verhalten blieb. Angesichts der insgesamt höheren Wachstumsdynamik ist die Ausgangssituation im laufenden Jahr somit günstiger als in der letzten WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026 angenommen.

Bis zum Kriegsausbruch im Iran war die österreichische Wirtschaft auf Erholungskurs. Die Ausgangslage für das laufende Jahr ist günstiger als in der WIFO-Konjunkturprognose vom Frühjahr 2026 angenommen.

Übersicht 3: **Revision der Wachstumsprognose**
BIP, real, Hauptszenario

		2026	2027
WIFO-Konjunkturprognose April 2026	in %	+ 0,9	+ 1,3
Datenrevision ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,2	0,0
Prognosefehler für das I. Quartal 2026 ²⁾	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,0
Prognoserevision	Prozentpunkte	- 0,2	- 0,2
WIFO-Konjunkturprognose Juni 2026	in %	+ 0,9	+ 1,1

Q: WIFO. – ¹⁾ Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026 herangezogen wurde. – ²⁾ Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.



Der Energiepreisanstieg bremst die österreichische Konjunktur im Sommerhalbjahr 2026. Das BIP nimmt in beiden Prognosejahren um etwa 1% zu.

Der Anstieg der Energiepreise infolge des Iran-Krieges hinterlässt jedoch Spuren in der österreichischen Wirtschaft. Er erhöhte im Frühjahr die Inflation und trübte das Verbrauchervertrauen. So fielen die Erwartungen der befragten Haushalte zur allgemeinen wirtschaftlichen Situation, die sich bis Jahresbeginn 2026 kontinuierlich verbessert hatten, nach Kriegsbeginn wieder pessimistischer aus. Auch die Unternehmensstimmung laut WIFO-Konjunkturtest trübte sich im Frühjahr in den konsumnahen Branchen ein. In der Sachgütererzeugung waren zwar die unternehmerischen Erwartungen merklich pessimistischer, die aktuelle Lage wurde im Mai aber wieder günstiger eingeschätzt.

Vor diesem Hintergrund rechnet das WIFO damit, dass sich die Konjunktur im Sommerhalbjahr 2026 verlangsamt, mit dem allmählichen Rückgang der Energiepreise aber wieder an Schwung gewinnen wird. Für das laufende Jahr ergibt sich aufgrund der Erholung im Vorjahr ein Wachstumsüberhang in Höhe von 0,4 Prozentpunkten. Somit wird die Wirtschaft trotz der vorübergehenden Schwäche in ähnlichem Ausmaß wachsen wie 2025. Die 1%-Marke dürfte auch 2027 kaum überschritten werden, obwohl die Konjunktur ab dem 2. Halbjahr 2026 allmählich anzieht.

Übersicht 4: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

Laut Hauptszenario

		2024	2025	2026	2027
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	- 0,9	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,1
Jahreswachstumsrate	in %	- 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	- 0,8	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,1
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0

Q: WIFO. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. – ³⁾ Saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

3.1 Exportwirtschaft und Industrie partizipieren an weltweitem Konjunkturaufschwung

Industrie und Außenhandel partizipieren seit dem Vorjahr wieder am weltweiten Aufschwung. Der Iran-Krieg sorgt im Sommerhalbjahr für eine vorübergehende Dämpfung. In der Bauwirtschaft zeichnet sich noch keine klare Trendwende ab.

Die österreichische Industrie erholte sich im vergangenen Jahr schneller als erwartet. Nach Rückgängen in den Jahren 2023 und 2024 stieg die Bruttowertschöpfung in der Warenherstellung 2025 um etwa 1½%. Auch die Warenexporte nahmen zu, was darauf hindeutet, dass die österreichischen Produzenten im Vorjahr erstmals wieder am Aufschwung der Weltwirtschaft teilhaben konnten. Im Gefolge der günstigen Industriekonjunktur wurden auch die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen kräftig ausgeweitet.

Der Iran-Krieg dürfte die Industriekonjunktur etwas gedämpft haben. Vorlaufindikatoren zeigten im Frühjahr eine leichte Abschwächung an, deuteten aber nicht auf einen Einbruch hin. Die Erwartungen der Sachgütererzeuger trübten sich laut WIFO-Konjunkturtest unmittelbar nach Kriegsbeginn deutlich ein, gingen aber im Mai nicht mehr weiter zurück. Die Auftragslage wurde bis zuletzt überwiegend als zumindest ausreichend beurteilt. Auch Lieferengpässe aufgrund der

Blockade der Straße von Hormus hielten sich im April noch in Grenzen. Der Nachfragemangel ist für die befragten Unternehmen weiterhin das mit Abstand wichtigste Produktionshemmnis. Alles in allem dürften die Bruttowertschöpfung in der Sachgütererzeugung und die Ausfuhr von Waren, in Anknüpfung an die günstige Ausgangslage vor dem Iran-Krieg, auch im Prognosezeitraum zulegen. Der Exportprognose liegt allerdings die Annahme von weiteren Marktanteilsverlusten zugrunde. Die Investitionen dürften sich nach dem Abflauen infolge des Iran-Krieges wieder anziehen und in beiden Prognosejahren deutlich steigen.

In der Bauwirtschaft zeigen sich hingegen bislang keine Anzeichen einer Erholung. Bauinvestitionen und Bruttowertschöpfung sanken im Vorjahr. Zwar ging die Beschäftigung in der zweiten Jahreshälfte 2025 nur mehr leicht zurück, eine Trendwende ist aber auch zu Jahresbeginn 2026 noch nicht erkennbar. Im I. Quartal 2026 belastete zudem die ungünstige Witterung die Baukonjunktur. Höhere Materialkosten infolge des Energiepreisanstiegs ließen außerdem die Verkaufserwartungen der Bauzulieferindustrie steigen. Positive Signale gehen allerdings von

der günstigen Entwicklung der Immobilienkredite aus, deren Zahl seit dem Vorjahr stark zugenommen hat. Dennoch ist im Prognose-

zeitraum mit einer weiterhin mauen Baukonjunktur zu rechnen.

Übersicht 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung Zu Herstellungspreisen

	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,26	4,33	4,38	4,42	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	68,47	69,55	70,59	71,58	– 5,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	10,87	9,91	10,02	10,12	– 3,1	– 8,8	+ 1,2	+ 1,0
Bauwirtschaft	15,31	15,23	15,19	15,34	– 4,2	– 0,5	– 0,3	+ 1,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	38,33	38,69	38,81	39,20	– 3,0	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,0
Verkehr	19,81	19,72	19,72	19,82	– 1,5	– 0,4	± 0,0	+ 0,5
Beherbergung und Gastronomie	10,95	10,93	11,02	11,13	– 0,3	– 0,1	+ 0,8	+ 1,0
Information und Kommunikation	16,81	16,95	17,12	17,29	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16,78	16,75	16,72	16,97	+ 4,6	– 0,2	– 0,2	+ 1,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	32,00	32,86	33,19	33,52	+ 1,1	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	35,66	35,25	35,96	36,86	– 1,9	– 1,1	+ 2,0	+ 2,5
Öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit ²⁾	62,67	64,39	65,04	65,36	+ 3,4	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,5
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8,81	8,74	8,74	8,78	+ 0,9	– 0,8	± 0,0	+ 0,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	339,92	342,20	345,23	349,05	– 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1
Bruttoinlandsprodukt	380,18	383,40	386,82	391,23	– 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 6: Produktivität

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 5,3	– 0,8	– 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1
Erwerbstätige ¹⁾	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,2	– 0,0	+ 0,6
Produktion je Erwerbstätigen	+ 2,4	– 1,6	– 1,3	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	– 0,3	– 0,2	– 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,0
Stundenproduktivität ³⁾	+ 2,7	– 1,4	– 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5
Herstellung von Waren						
Bruttowertschöpfung, real	+ 8,3	– 3,3	– 5,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4
Erwerbstätige ¹⁾	+ 2,3	+ 1,4	– 0,9	– 1,9	– 0,6	+ 0,2
Produktion je Erwerbstätigen	+ 5,9	– 4,7	– 4,8	+ 3,5	+ 2,1	+ 1,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	– 0,8	– 0,5	+ 0,8	– 0,1	– 0,2	– 0,2
Stundenproduktivität ³⁾	+ 6,8	– 4,2	– 5,5	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,4

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ²⁾ Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ³⁾ Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

3.2 Konsumausgaben im Prognosezeitraum verhalten

Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sanken 2025 deutlich. Dies war zum einen dem Rückgang der Vermögenseinkommen geschuldet. Zum anderen dämpften die Lohnzurückhaltung im Vorjahr und die Inflation, die höher ausfiel als zum Zeitpunkt der Lohnverhandlungen erwartet, die Realeinkommen und bremsen die Konsumausgaben der privaten Haushalte.

Diese Entwicklung dürfte sich im laufenden Jahr fortsetzen. Die Lohnsteigerungen pro Kopf werden im Jahresdurchschnitt 2026 um gut ¼ Prozentpunkte unter der Inflationsrate liegen (brutto, nominell). 2027 ist in Reaktion auf den Inflationsanstieg mit höheren Lohnabschlüssen zu rechnen. Allerdings sorgen die bereits vereinbarten Abschlüsse, z. B. in der Metallindustrie, der chemischen Industrie, im öffentlichen Dienst und in der Sozialwirtschaft, dafür, dass das Lohnwachstum 2027 nur knapp über der Inflationsrate liegen wird. Real werden die Löhne und Gehälter

Die Realeinkommen der privaten Haushalte sinken 2026 weiter und liegen 2027 nur mäßig zu. Die Dynamik der Konsumausgaben bleibt dadurch im Prognosezeitraum verhalten.

somit nur wenig steigen. Der Konsum der privaten Haushalte dürfte demnach im Prognosezeitraum weiter verhalten zunehmen. Insbesondere im Jahr 2026 wird der Realeinkommensverlust durch einen deutlichen

Rückgang der Sparquote ausgeglichen. Die schwache Konsumdynamik wird im Prognosezeitraum eine mäßige Expansion der Bruttowertschöpfung in den konsumnahen Dienstleistungen nach sich ziehen.

Übersicht 7: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	273,86	277,16	278,93	280,46	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5
Private Haushalte ¹⁾	193,66	195,04	195,82	196,60	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4
Staat	80,23	82,15	83,13	83,88	+ 3,8	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,9
Bruttoinvestitionen	84,86	89,12	89,86	92,34	- 9,1	+ 5,0	+ 0,8	+ 2,8
Bruttoanlageinvestitionen	87,78	89,99	91,12	92,78	- 4,3	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾	28,66	31,50	32,54	33,19	- 4,4	+ 9,9	+ 3,3	+ 2,0
Bauten	36,59	35,76	35,69	36,05	- 5,9	- 2,3	- 0,2	+ 1,0
Sonstige Anlagen ³⁾	22,97	23,54	23,82	24,54	- 0,8	+ 2,5	+ 1,2	+ 3,0
Inländische Verwendung	359,73	363,97	367,84	371,89	- 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1
Exporte	224,87	227,58	230,16	233,83	- 2,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,6
Reiseverkehr	15,05	15,38	15,73	15,99	+ 0,8	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,6
Minus Importe	205,46	209,22	212,28	215,55	- 2,6	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,5
Reiseverkehr	10,34	10,51	10,41	10,43	+ 4,0	+ 1,6	- 0,9	+ 0,1
Bruttoinlandsprodukt	380,18	383,40	386,82	391,23	- 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1
Nominell	494,09	514,33	532,57	551,07	+ 3,4	+ 4,1	+ 3,5	+ 3,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Übersicht 8: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 4,9	+ 7,1	+ 6,5	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,9
Real ²⁾						
Brutto	- 3,4	- 0,6	+ 3,5	+ 0,0	- 0,8	+ 0,5
Netto	- 2,7	- 0,2	+ 3,5	- 0,4	- 1,1	- 0,1
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	- 2,4	- 0,1	+ 4,0	- 0,8	- 1,6	- 0,0
	In %					
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	61,9	62,9	65,5	65,7	64,9	65,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,2	+ 8,4	+ 8,0	+ 2,9	+ 1,4	+ 2,5
Herstellung von Waren	- 0,7	+ 12,0	+ 11,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,7
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	- 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,2
Real	- 1,8	+ 3,4	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,0	+ 0,2

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbstständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbstständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Übersicht 9: Konsum, Einkommen und Preise

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 5,4	– 0,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4
Dauerhafte Konsumgüter	– 4,5	– 5,5	– 0,2	+ 3,2	+ 0,7	+ 1,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 6,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,5	– 0,7	+ 4,4	– 1,6	– 0,9	+ 0,6
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	9,1	8,6	11,7	9,9	8,7	8,9
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,5	8,1	11,1	9,2	8,0	8,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 5,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0
Verbraucherpreise						
National	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,4
Harmonisiert	+ 8,6	+ 7,7	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,4
Kerninflation ²⁾	+ 5,1	+ 7,3	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,6

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

3.3 Energiepreisanstieg treibt Inflation

Der Anstieg der Rohöl- und Erdgaspreise infolge des Iran-Krieges schlug sich im Frühjahr in einem deutlichen Anstieg der österreichischen Verbraucherpreise nieder. Treibstoffe und andere Mineralölprodukte verteuerten sich sprunghaft und trieben die Inflation über die 3%-Marke. Die Weitergabe der höheren Rohstoffpreise an die Verbraucher:innen erfolgte schneller als erwartet. Zwar dämpfte die Spritpreibremse die Inflationsrate im April um etwa 0,2 Prozentpunkte, der Effekt dürfte in der Folge aber nachgelassen haben. Zudem rechnet das WIFO nunmehr mit einem Auslaufen der Spritpreibremse Ende Juni. Angesichts dieser Entwicklungen dürfte die Inflation im Jahr 2026 mit 3,2% deutlich höher ausfallen als in der letzten WIFO-Konjunkturprognose erwartet.

2027 wird der Rückgang der Energiepreise auf den Weltmärkten die Inflation dämpfen. Zwar ziehen die Verbraucherpreise für Erdgas, Fernwärme und Strom aufgrund der Langfristigkeit von Lieferverträgen für private Haushalte verzögert an und erhöhen den Preisauftrieb im Jahr 2027. Die erwartete Verbilligung von Mineralölprodukten wird allerdings dämpfend wirken, wodurch die Verbraucherpreise 2027 nur mehr um 2,4% zulegen dürften.

3.4 Arbeitslosigkeit sinkt 2027 erstmals wieder

Trotz einer stetigen Erholung der Konjunktur stagnierte die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten im Vorjahr nahezu. Rückgänge in Industrie, Handel und Bauwirtschaft wurden dabei durch einen Beschäftigungsaufbau im Bereich öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit kompensiert. Zwar schrumpfte die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erstmals seit Jahrzehnten, das Arbeitskräfteangebot nahm jedoch weiter zu, insbesondere da die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Alterskohorte ab 60 Jahren anstieg. Dementsprechend erhöhte sich auch die Arbeitslosigkeit deutlich.

Das Beschäftigungswachstum dürfte 2026 erst allmählich an Schwung gewinnen. Zwar ist zu erwarten, dass in der Industrie eine Trendwende einsetzt. Im Bereich öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit hat sich die Dynamik zuletzt aber verflacht. Dadurch werden die Beiträge dieses Sektors zum Beschäftigungsaufbau im Prognosezeitraum deutlich kleiner ausfallen als zuvor. Im Jahresdurchschnitt 2026 wird die Beschäftigung etwas über dem Vorjahresniveau liegen und die Arbeitslosigkeit geringfügig ansteigen. Mit einem kräftigeren Beschäftigungsaufbau ist erst 2027 zu rechnen. Dann dürfte auch die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit vier Jahren wieder zurückgehen.

Die Preisanstiege bei Rohöl und Erdgas treiben die Verbraucherpreis-inflation 2026 auf 3,2%. 2027 wird die Verbilligung von Mineralölprodukten die Inflationsrate auf 2,4% dämpfen.

Die Arbeitslosenquote klettert 2026 auf 7,5% und verringert sich 2027 wieder auf 7,3%.

Das Arbeitskräfteangebot wird trotz Schrumpfens der erwerbsfähigen Bevölkerung weiter wachsen, weil die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte steigt und die Zahl

ausländischer Arbeitskräfte zunimmt, und die Arbeitslosenquote 2027 auf 7,3% sinken.

Übersicht 10: Arbeitsmarkt

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 116,2	+ 47,9	+ 13,0	+ 10,0	+ 26,0	+ 31,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 110,2	+ 44,8	+ 8,4	+ 6,9	+ 18,0	+ 28,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 22,9	- 9,0	- 16,7	- 19,8	- 8,0	- 2,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 87,4	+ 53,8	+ 25,0	+ 26,8	+ 26,0	+ 30,0
Selbständige ²⁾	+ 6,0	+ 3,1	+ 4,6	+ 3,1	+ 8,0	+ 3,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 48,6	+ 36,9	+ 5,6	- 9,7	- 12,6	- 18,9
Erwerbspersonen ³⁾	+ 47,6	+ 55,6	+ 40,0	+ 29,7	+ 31,0	+ 22,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	- 68,6	+ 7,7	+ 27,1	+ 19,7	+ 5,0	- 9,0
Personen in Schulung	- 0,8	+ 1,0	+ 5,0	+ 1,0	- 3,0	- 1,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	4,8	5,1	5,2	5,7	5,9	5,6
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	5,6	5,7	6,2	6,6	6,7	6,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	6,3	6,4	7,0	7,4	7,5	7,3
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7
Arbeitslose (laut AMS)	- 20,7	+ 2,9	+ 10,0	+ 6,6	+ 1,6	- 2,8
Stand in 1.000	263,1	270,8	297,9	317,5	322,5	313,5

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

3.5 Finanzierungssaldo des Staates verbessert sich

Der Finanzierungssaldo des Staates verbessert sich aufgrund der Konsolidierungsmaßnahmen der Doppelbudgets 2025/26 und 2027/28 bis 2027 auf –3,7% des BIP. Die Schuldenquote dürfte sich auf knapp 84% des BIP erhöhen.

Der Finanzierungssaldo des Staates verbesserte sich im Jahr 2025 um knapp ½ Prozentpunkt auf –4,2% des BIP. Im Zuge des Doppelbudgets 2025/26 wurden im Vorjahr zahlreiche Maßnahmen beschlossen, die die öffentlichen Ausgaben auch im laufenden Jahr deutlich verringern. Der moderate Gehaltsabschluss im öffentlichen Dienst, die Aussetzung der Valorisierung von Familienleistungen und die Pensionsanpassung unterhalb der Inflation dämpfen den Anstieg der Arbeitnehmerentgelte und der monetären Sozialleistungen. Darüber hinaus bremsen das Inkrafttreten des neuen innerösterreichischen Stabilitätspaktes über verstärkte Einsparungen auf subnationaler Ebene die Dynamik der öffentlichen Investitionen.

Die Maßnahmen im aktuellen Doppelbudget 2027/28 setzen den Konsolidierungskurs fort. Da die Pensionen erneut nicht im Ausmaß der Inflation angehoben und die

Aussetzung der Valorisierung von Familienleistungen verlängert wurde, bleibt der Anstieg der monetären Sozialleistungen trotz demografischer Herausforderungen moderat. Dem gegenüber steht allerdings ein Anstieg der Zinslast infolge höherer Leitzinsen und einer steigenden Staatsschuld. Auf der Einnahmenseite tragen etwa die Verlängerung der erhöhten Stabilitätsabgabe, die Einführung einer Paketabgabe, die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Geringverdiener:innen und die außertourliche Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage zur Verbesserung der Haushaltslage bei. Im Jahr 2027 beträgt das Nettokonsolidierungsvolumen laut Bundesministerium für Finanzen etwa 1,5 Mrd. €. Dementsprechend rechnet das WIFO mit einer weiteren Verbesserung des Finanzierungssaldos auf –3,7% des Bruttoinlandsproduktes (2026 –4% des BIP). Der Schuldenstand des Staates dürfte sich bis 2027 auf knapp 84% des BIP erhöhen.

Übersicht 11: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	In % des BIP					
Fiskalpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	– 3,4	– 2,6	– 4,6	– 4,2	– 4,0	– 3,7
Primärsaldo des Staates	– 2,5	– 1,4	– 3,2	– 2,6	– 2,3	– 1,9
Staatseinnahmen	49,6	49,7	50,6	50,9	50,6	50,6
Staatsausgaben	53,0	52,3	55,3	55,0	54,6	54,4
Schuldenstand des Staates ¹⁾	78,1	77,8	80,0	81,3	82,7	83,9
	In%					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	0,3	3,4	3,6	2,2	2,5	2,8
Sekundärmarktrendite ²⁾	1,7	3,1	2,8	3,0	3,2	3,3

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

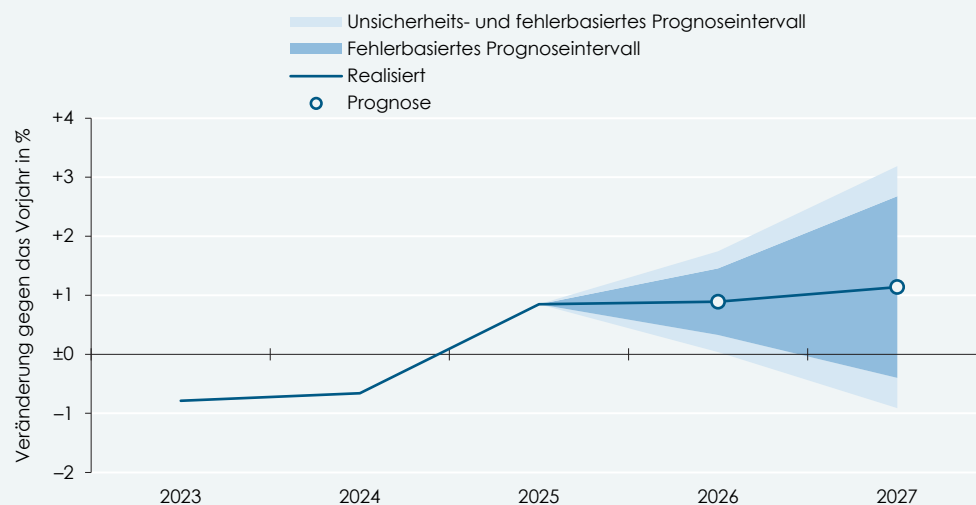
3.6 Risiko eines neuerlichen Kriegs- ausbruchs im Iran weiterhin gegeben

Das WIFO geht in seiner Prognose davon aus, dass die Energiepreise im Einklang mit den Terminmarktnotierungen ab dem Sommer 2026 zurückgehen. Voraussetzungen dafür sind die Öffnung der Straße von Hormus und eine schrittweise Normalisierung der Produktions- und Transportmengen auf Vorkriegsniveau. Ein Wiederaufflammen des Iran-Krieges ist jedoch nicht ausgeschlossen. Bis Mitte Juni gab es immer wieder kleinere Kampfhandlungen, die Unsicherheit über

die weitere Entwicklung schürten. Je länger die Phase der Unsicherheit anhält, desto länger werden die Energiepreise hoch bleiben. Mit ihrer Fortdauer dürfte auch die Verbraucherpreisinflation weltweit an Breite gewinnen, weil der Preisanstieg bei Rohöl und Erdgas zunehmend auf andere Güter und Dienstleistungen überwältigt wird. Damit würde der Preisauftrieb an Eigendynamik gewinnen und eine rasche Rückführung der Inflationsraten erschwert. In Reaktion darauf würden die Zentralbanken ihre Geldpolitik straffen und somit die Konjunktur zusätzlich dämpfen.

Die Prognoserisiken gehen in beide Richtungen. Der Krieg im Iran könnte neuerlich aufflammen. Genauso denkbar ist aber ein schnellerer Rückgang der Energiepreise.

Abbildung 3: Unsicherheitsintervalle für die Prognose des realen Bruttoinlandsproduktes



Q: WIFO. Berechnet auf Grundlage früherer Prognosefehler (fehlerbasiertes Intervall) bzw. unter zusätzlicher Berücksichtigung aktueller Unsicherheit (Abschätzbarkeit der Geschäftslage in der Sachgütererzeugung gemäß WIFO-Konjunkturtest, Index zur wirtschaftspolitischen Unsicherheit für Deutschland laut Economic Policy Uncertainty und S&P 500 Volatilitätsindex VIX laut CBOE). Zur Methodik siehe Glocker, C., & Kaniowski, S. (2025). Enhancing Macroeconomic Forecasts with Uncertainty-Informed Intervals. *WIFO Working Papers*, (710). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62151322>.

Es ist allerdings auch denkbar, dass die Energiepreise rascher zurückgehen als erwartet. Bereits unmittelbar nach Ankündigung der Vereinbarung zwischen dem Iran und den

USA gaben die Preise für Rohöl und Erdgas und die Notierungen auf den Terminmärkten nach. Sollte sich die Lage rasch beruhigen und sich die Produktions- und Transport-

mengen wieder schneller normalisieren als erwartet, könnte ein rascher Rückgang der Energiepreise auf das Vorkriegsniveau der Weltwirtschaft neuen Schwung verleihen.

Ein weiteres Abwärtsrisiko birgt eine vorübergehende Verlangsamung des weltweiten KI-Booms, verbunden mit Kurskorrekturen auf

den Finanzmärkten. Zwar ist eine solche Entwicklung derzeit nicht zu beobachten, Mikroprozessoren sind allerdings zunehmend knapp, was sich in längeren Lieferzeiten und Preisanstiegen zeigt. Dies könnte dazu führen, dass Investitionsprojekte im Bereich Künstliche Intelligenz verzögert oder vorläufig auf Eis gelegt werden.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, ursula.glauning@wifo.ac.at, victoria.ploechl@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleichen gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, liegen um Saison- und Kalendereffekte (bewegliche Feiertage oder eine unterschiedliche Zahl an Arbeitstagen in der Periode) bereinigte Daten zugrunde.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und kalenderbereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Bereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang gibt an, wie stark das BIP im Folgejahr t_1 (auf Basis saison- und kalenderbereinigter Werte) wachsen bzw. schrumpfen würde, wenn die Wirtschaftsleistung das gesamte Jahr hindurch auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres t_0 verharrt. Er beschreibt damit den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf des Vorjahres auf die Veränderungsrate des Folgejahres.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2020/2025 als 1. Veränderungsrate jene von 2020 auf 2021, als letzte jene von 2024 auf 2025 (geometrisches Mittel).

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) gegenüber dem Vorjahr. Der VPI ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb des Euro-Raumes (siehe auch <https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/preise-und-preisindizes/verbraucherpreisindex-vpi/hvpi>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist international nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Positionen Lebensmittel, Alkohol und Tabak und Energie zu verwenden. So werden rund 80% der im österreichischen VPI-Warenkorb (VPI 2025) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 2.000 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Er ist Teil des gemeinsamen harmonisierten Programms der EU für Konjunkturmfragen bei Unternehmen und Verbrauchern (BCS) und wird von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt.

Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind entweder Anteile oder Salden zwischen dem Anteil positiver und negativer Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot (Summe aus Arbeitslosen und unselbständig Beschäftigten). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen befinden sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen. Für die Berechnung der gängigen Arbeitslosenquote wird ihre Zahl nicht berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Armutsgefährdungsquote und S80/S20-Verhältnis

Als armutsgefährdet gelten gemäß EU-Definition Personen, deren bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) unter 60% des nationalen Medianeinkommens liegt. Die Quote bezeichnet den Anteil dieser Personen an der Bevölkerung in privaten Haushalten.

Der S80/S20-Indikator, ein Maß der Einkommensungleichheit, beschreibt das Verhältnis der gesamten Äquivalenzeinkommen im obersten Einkommensquintil der privaten Haushalte zu jenem im untersten Einkommensquintil. Die Zeitangabe bezieht sich auf das Einkommensreferenzjahr der Datenbasis (Eurostat, EU-SILC 2024) bzw. der Simulation (EUROMOD J2.0+). Für alle Schlussfolgerungen sind ausschließlich die Autor:innen verantwortlich.

Der sektorale Systemrisikopuffer für gewerbliche Immobilienfinanzierungen

Kreditangebot, Bautätigkeit und Zielgenauigkeit

Christian Glocker, Michael Klien, Thomas Url



Die Oesterreichische Nationalbank und die Finanzmarktaufsicht werden den sektoralen Systemrisikopuffer für gewerbliche Immobilienfinanzierungen (CRE) bis 2027 schrittweise auf 3,5% anheben. Diese Studie bewertet die makroökonomischen Folgen dieser Maßnahme. Die geplante Erhöhung wird zu einem Rückgang der Bauinvestitionen von rund 1% je 7 Basispunkte Zinsaufschlag führen. Das ist deutlich mehr als im behördlichen Impact Assessment. Die Analyse von Kredit-Realaktivitäts-Lücken zeigt die Unsicherheit bei der Identifikation von Finanzzyklen auf. Derzeit wird z. B. keine zyklische Überhitzung angezeigt, die eine weitere Verschärfung rechtfertigen würde. Bereits umgesetzte makroprudenzielle Maßnahmen haben die regulatorischen Voraussetzungen für die Vergabe gewerblicher Immobilienkredite erheblich gestrafft. Daher erscheinen mikroprudenzielle Vorgaben derzeit zielgenauer und verhältnismäßiger als der pauschal wirkende sektorale Systemrisikopuffer. Gewerbliche Immobilienkredite enthalten auch Forderungen an gewerbliche Wohnbauträger. Angesichts der labilen Baukonjunktur, der mietensteigernden Wirkung einer niedrigeren Neubauleistung sowie der Zinswende der Europäischen Zentralbank passt der Risikopuffer nicht mehr zur aktuellen wirtschaftspolitischen Lage.

Im Auftrag des Österreichischen Raiffeisenverbandes • Juni 2026 • 81 Seiten • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/71356730>

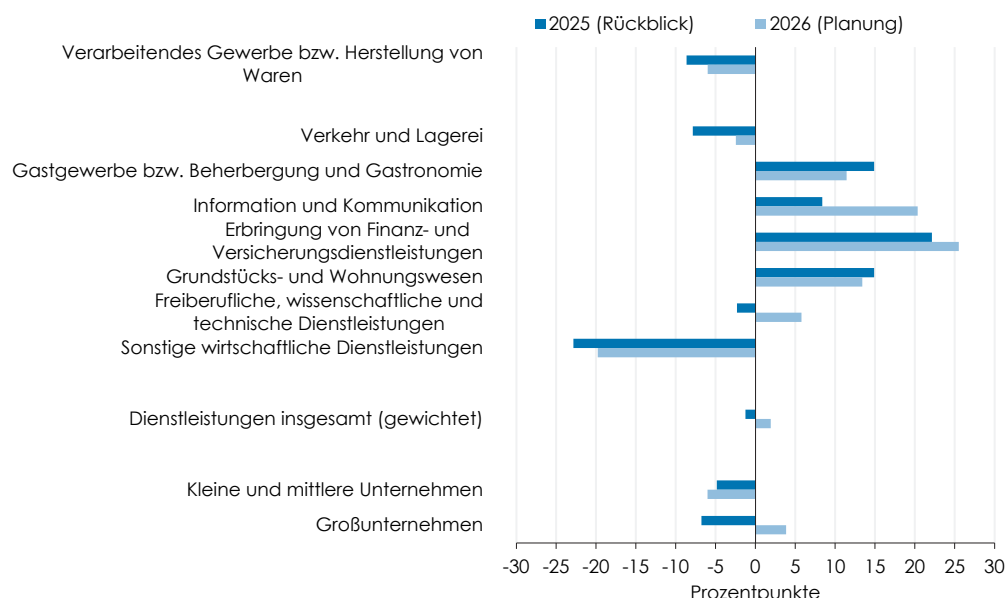
Investitionsdynamik verläuft 2026 durchwachsen

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

- Im März 2026 befragte das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests gut 2.000 in Österreich tätige Unternehmen zu ihren Investitionsplänen.
- In den investitionsstarken sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und der Herstellung von Waren dürften die Investitionen 2026 neuerlich zurückgehen.
- Innerhalb der Sachgütererzeugung planen nur Hersteller von Konsumgütern, ihre Investitionen auszuweiten, während Produzenten von Vorprodukten und Investitionsgütern zurückhaltender agieren dürften als im Vorjahr.
- Die Investitionspläne im Dienstleistungssektor insgesamt zeigen eine Stagnation.
- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) schränken ihre Investitionstätigkeit etwas ein. Großunternehmen planen hingegen eine leichte Ausweitung.
- Während Investitionen in Ausrüstungen und Gebäude voraussichtlich schrumpfen, dürften Großunternehmen verstärkt in immaterielle Anlagen investieren.

Entwicklung der Investitionen



"Die Investitionspläne österreichischer Unternehmen divergieren beträchtlich. In der Warenherstellung zeichnet sich allmählich eine Bodenbildung ab. Während Unternehmen in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen mit einer Einschränkung ihrer Investitionen rechnen, erwarten die meisten anderen Dienstleistungssegmente Steigerungen."

Die WIFO-Investitionsbefragung weist Salden zwischen den Anteilen der Meldungen einer Ausweitung bzw. Reduktion der Investitionen in Prozentpunkten aus. Diese erlauben eine Abschätzung der Investitionsentwicklung auf Branchenebene (Q: WIFO-Investitionsbefragung).

Investitionsdynamik verläuft 2026 durchwachsen

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

Investitionsdynamik verläuft 2026 durchwachsen.

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung lassen für 2026 eine verhaltene Investitionstätigkeit erwarten. Der Iran-Krieg und die ausgeprägte geopolitische Unsicherheit haben die Konjunkturerholung gedämpft. Sachgütererzeuger planen mehrheitlich Kürzungen ihrer Investitionen, der Dienstleistungssektor insgesamt meldet eine Stagnation. Auf Branchenebene ist das Bild gemischt. Innerhalb der Sachgütererzeugung rechnen Hersteller von Investitionsgütern und Vorprodukten mit Kürzungen. In den Dienstleistungen überwiegen in den meisten Branchen die positiven Meldungen. Negativ entwickeln sich hingegen die investitionsstarken sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Kleine und mittlere Unternehmen schränken ihre Investitionen im laufenden Jahr voraussichtlich ein, während Großunternehmen expansivere Pläne hegen. Die insgesamt schwache Investitionsdynamik ist Rückgängen in den Bereichen Ausrüstungen und Infrastruktur zuzuschreiben. Wie sich 2026 die realen Bruttoanlageinvestitionen in der österreichischen Gesamtwirtschaft entwickeln werden, ist derzeit nur schwer abschätzbar und vor allem vom weiteren Verlauf des Iran-Krieges abhängig.

JEL-Codes: D22, D25, G31 • **Keywords:** Investitionen, Prognose

Begutachtung: Christian Glocker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at), Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 25. 6. 2025

Kontakt: Klaus Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at)

Der Iran-Krieg hat die beginnende Konjunkturerholung wieder infrage gestellt. Die Investitionsbereitschaft österreichischer Unternehmen leidet unter den zahlreichen Unsicherheiten.

Infolge des Iran-Krieges haben sich Rohöl und Erdgas stark verteuert. Obgleich es in Europa bislang zu keinen Engpässen gekommen ist, trübt die Unsicherheit über die Dauer und den weiteren Verlauf des Konfliktes auch in Österreich das Investitionsklima. Sie trifft die österreichische Volkswirtschaft zu einem heiklen Zeitpunkt. Die Erholung der Konjunktur war bislang nur in Ansätzen beobachtbar und noch nicht gefestigt. Die anhaltenden geopolitischen Risiken sowie Unwägbarkeiten hinsichtlich der Neuausrüstung der internationalen Handelspolitik trüben den Ausblick zusätzlich und belasten vor allem die österreichische Industrie, die seit Jahren unter der schwachen Investitionsgüternachfrage leidet (Scheiblecker & Ederer, 2026). Spiegelbildlich verharrt die unternehmerische Unsicherheit in der Industrie weiterhin auf historischen Höchstständen und hat ihrerseits Investitionszurückhaltung zur Folge.

Im Jahresverlauf 2025 blieben die Konjunktüreinschätzungen der Sachgütererzeuger gedämpft und ihre Kapazitätsauslastung unterdurchschnittlich. Die nominellen Bruttoanlageinvestitionen in der österreichischen Gesamtwirtschaft beliefen sich 2025 auf rund 124,8 Mrd. €, wovon rund 38,5 Mrd. € auf tangible "Ausrüstungen und Waffensysteme", 29,6 Mrd. € auf immaterielle "sonstige Anlageinvestitionen" und 52,5 Mrd. auf Bauten entfielen. Laut Statistik Austria entwickelten sich die Investitionen robust und durchwachsen zugleich. Während Investitionen in immaterielle Anlagegüter mit –0,2% leicht rückläufig waren, wuchsen die Ausrüstungsinvestitionen nach dem kräftigen Rückgang im Jahr 2024 (–4,3%) wieder deutlich (+9,3%). Die meisten Investitionen waren auch 2025 Ersatzinvestitionen. Die wichtigste Triebkraft der Investitionstätigkeit blieben technologische Entwicklungen (Friesenbichler et al., 2026). Dennoch waren die Profitabilität und

die Gewinnerwartungen im langjährigen Vergleich unterdurchschnittlich (Friesenbichler et al., 2025) und die Unternehmen sahen sich in einem von Handelskonflikten, Kriegen und punktuellen Lieferengpässen geprägten Umfeld mit beträchtlichen Unsicherheiten konfrontiert (Scheiblecker & Ederer, 2026; Friesenbichler et al., 2026).

Die Österreichische Nationalbank (OeNB) erhebt im Rahmen des Bank Lending Survey vierteljährlich die Konjunktur des Kreditgeschäfts. Nach Einschätzung der heimischen Banken stieg die Kreditnachfrage der österreichischen Unternehmen im I. Quartal 2026 infolge der Konjunkturerholung. Die Unsicherheit und die direkten Auswirkungen des Iran-Krieges belasteten jedoch den Ausblick. Für das II. Quartal erwarteten die befragten Banken einen Rückgang der unternehmerischen Kreditnachfrage, vor allem nach langfristigen Krediten, zu denen schwerpunktmäßig Kredite zur Investitionsfinanzierung zählen (Hubmann, 2026).

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2026 zu den Finanzierungsbedingungen ergänzen das Bild (Hölzl et al., 2026). Die Einschätzungen der Unternehmen in Bezug auf die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe blieben trotz leichter Verbesserung skeptisch: Die Kredithürde – definiert als Saldo des Anteils der Unternehmen, die die Kreditvergabe der Banken als entgegengerichtet bezeichnen (positive Werte), und des Anteils der Unternehmen, welche sie als restriktiv erleben (negative Werte) – verkleinerte sich zwar etwas gegenüber dem Vorquartal (+0,8 Punkte), blieb aber mit –13,9 Punkten klar im negativen Bereich. Nach Unternehmensgröße zeigen sich Unterschiede: So ist die Kredithürde für kleinere Unternehmen mit unter 50 Beschäftigten höher (–16,3 Punkte) als für mittlere Unternehmen (50 bis 250 Beschäftigte –7,9 Punkte) und große Unternehmen (mehr als 250 Beschäftigte –14,4 Punkte). Der leichte Rückgang der unternehmerischen Kreditnachfrage, der seit August 2025 zu beobachten war, setzte sich auch im Mai 2026 fort.

Die WIFO-Investitionsbefragung

Seit November 2021 erhebt das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests die Investitionsabsichten in Österreich tätiger Unternehmen. Die Stichprobe umfasste zuletzt rund 2.000 Unternehmen aus dem privaten Sektor und berücksichtigt die folgenden NACE-Rev.-2-Abschnitte: Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen. Die Repräsentativität der Befragung wird im Anhang ausgewiesen.

Die befragten Unternehmen werden auch nach ihrer Größe klassifiziert, wobei Unternehmen mit zumindest 250 Beschäftigten als Großunternehmen und jene mit weniger als 250 Beschäftigten als kleine und mittlere Unternehmen (KMU) definiert werden.

Mit der WIFO-Investitionsbefragung wird der WIFO-Investitionstest weitergeführt, der von 1963 bis zum Frühjahr 2021 als eigenständige Befragung durchgeführt wurde und seit 1996 Teil des gemeinsamen harmonisierten Programmes für Konjunkturumfragen in der Europäischen Union war, das von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen – GD ECFIN) finanziell unterstützt wird.

1. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung

1.1 Investitionen auch 2025 rückläufig – keine Bodenbildung erwartet

Die Einschätzungen der befragten Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit in den Jahren 2025 (Rückblick) bzw. 2026 (Planung) unterscheiden sich beträchtlich je nach Branche (Übersicht 1). Die Anteile der Unternehmen, die Ausweitungen bzw. Einschränkungen ihrer Investitionen meldeten, wurden zum Zweck der Analyse saldiert. Positive Salden lassen auf ein Investitionswachstum, negative Salden auf Investitionskürzungen schließen.

Für das Jahr 2025 stechen vor allem das Finanz- und Versicherungswesen mit dem höchsten positiven Saldo von +22 Prozentpunkten sowie das Gastgewerbe und das Grundstücks- und Wohnungswesen mit jeweils +15 Prozentpunkten hervor. Auch der Bereich Information und Kommunikation

weist mit +8 Prozentpunkten einen positiven Saldo auf. Auf der negativen Seite fallen insbesondere die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen mit –23 Prozentpunkten, das verarbeitende Gewerbe (–9 Prozentpunkte) sowie Verkehr und Lagerei (–8 Prozentpunkte) auf. Die Dienstleistungen insgesamt schnitten mit einem gewichteten Saldo von –1 Prozentpunkt knapp negativ ab.

Die Investitionspläne für das Jahr 2026 zeigen in mehreren Bereichen deutliche Verbesserungen. Anhaltend hoch dürfte die Investitionsdynamik im Finanz- und Versicherungswesen (+26 Prozentpunkte) sowie in der Information und Kommunikation (+20 Prozentpunkte) bleiben. Auch für das Grundstücks- und Wohnungswesen (+13 Prozentpunkte), das Gastgewerbe (Beherbergung und Gastronomie +11 Prozentpunkte) und die freiberuflichen, wissenschaftlichen

Die Investitionsdynamik blieb 2025 rückläufig, vor allem in der Herstellung von Waren.

Auch im Jahr 2026 dürfte die Investitionstätigkeit verhalten bleiben. Die Steigerungen in zahlreichen Dienstleistungsbranchen werden durch die Sachgütererzeugung und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen aufgewogen.

Großunternehmen planen für 2026 Investitionsausweitungen, während KMU mehrheitlich mit Kürzungen rechnen.

und technischen Dienstleistungen (+6 Prozentpunkte) ergeben sich positive Salden. Das verarbeitende Gewerbe schneidet zwar auch in der Vorausschau negativ ab, verbessert sich aber auf –6 Prozentpunkte, während sich Verkehr und Lagerei mit –2 Prozentpunkten der Nulllinie nähern. Die investitionsstarken sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, die ein hohes Gewicht innerhalb der Dienstleistungsbranchen einnehmen, bleiben mit einem Saldo von –20 Prozentpunkten klar negativ¹⁾.

Während Großunternehmen ab 250 Beschäftigten für 2026 Investitionsausweitungen planen, rechnen KMU häufiger mit Kürzungen. Im Vergleich zwischen Rück- und Ausblick verringert sich der Saldo im Fall der KMU um etwa 1 Prozentpunkt, während er sich im Fall der Großunternehmen spürbar um 11 Prozentpunkte verbessert (Übersicht 1).

Übersicht 1: Investitionen

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2025			Saldo	2026			Saldo
	Gestiegen In % der Meldungen	Gleich geblieben	Gesunken		Steigen In % der Meldungen	Gleich bleiben	Sinken	
				Prozentpunkte				Prozentpunkte
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	24	43	33	– 9	23	47	29	– 6
Verkehr und Lagerei	22	48	30	– 8	26	45	29	– 2
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	34	47	19	15	34	43	23	11
Information und Kommunikation	27	55	18	8	30	61	10	20
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	27	68	5	22	36	54	10	26
Grundstücks- und Wohnungswesen	27	61	12	15	24	66	10	13
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	21	55	24	– 2	25	55	20	6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	8	60	31	– 23	8	65	28	– 20
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	22	55	23	– 1	23	55	21	2
Kleine und mittlere Unternehmen	21	54	26	– 5	21	52	27	– 6
Großunternehmen	24	45	31	– 7	26	52	22	4

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum vorletzten Jahr sind unsere Investitionen im Vorjahr . . ." und "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . .".

Innerhalb der Sachgütererzeugung divergiert die Investitionsbereitschaft deutlich. Hersteller von Konsumgütern rechnen mit Zuwächsen, Produzenten von Vorprodukten und Investitionsgütern dagegen mit spürbaren Einschränkungen.

Innerhalb der Sachgütererzeugung zeigt sich eine deutliche Spreizung (Übersicht 2). In der Rückschau auf das Jahr 2025 meldeten Hersteller von Nahrungsmitteln und Getränken per Saldo beträchtliche Investitionssteigerungen (+38 Prozentpunkte; Verbrauchsgüter insgesamt +21 Prozentpunkte), Gebrauchsgüterproduzenten dagegen Kürzungen (–21 Prozentpunkte, Konsumgüter insgesamt +15 Prozentpunkte). Deutlich zurückhaltender als im Vorjahr investierten auch Produzenten von Vorprodukten (–17 Prozentpunkte) und Investitionsgütern (–10 Prozentpunkte).

In der Vorausschau auf 2026 meldeten einzelne Bereiche weit expansivere Investitionspläne. Besonders starke Steigerungen planen Hersteller dauerhafter Konsumgüter, der Saldo dreht in diesem Fall von –21 auf +21 Prozentpunkte. Der Bereich Nahrungsmittel und Getränke bleibt mit einem Saldo von +24 Prozentpunkten klar expansiv, ebenso wie jener der nichtdauerhaften Konsumgüter (+15 Prozentpunkte; Konsumgüter insgesamt +16 Prozentpunkte). Mit weiteren Investitionsrückgängen rechnen Hersteller von Vorprodukten und Investitionsgütern (jeweils –12 Prozentpunkten). Im Bereich Kraftfahrzeuge verbessert sich der Saldo allerdings von –15 auf –4 Prozentpunkte.

¹⁾ Im langfristigen Durchschnitt 2008/2017 machten die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes bzw. der Herstellung von Waren laut Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria 23,3% der gesamten

Investitionen des Unternehmenssektors aus (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen: 18,7%, Verkehr und Lagerei: 14,9%; Friesenbichler et al., 2021).

Übersicht 2: Investitionen der Sachgütererzeugung

	2025				2026			
	Gestiegen	Gleich geblieben	Gesunken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozent- punkte	In % der Meldungen			Prozent- punkte
Vorprodukte	25	33	42	- 17	22	44	34	- 12
Investitionsgüter	20	50	30	- 10	18	52	30	- 12
Kraftfahrzeuge	21	44	35	- 15	21	55	25	- 4
Konsumgüter	31	53	16	15	34	47	18	16
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	12	55	33	- 21	33	56	11	21
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	34	53	13	21	35	46	19	15
Nahrungsmittel und Getränke	46	46	8	38	41	43	16	24

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum vorletzten Jahr sind unsere Investitionen im Vorjahr . . ." und "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . .".

Gewichtung

Es wurden zwei verschiedene Gewichtungsansätze gewählt, einer für die Beobachtungen innerhalb der Branchen und ein zweiter für Branchengruppen bzw. Sektoren.

Für einzelne Branchen werden die jeweiligen Beschäftigungsstände der Unternehmen als Gewichte herangezogen. Da Österreichs Wirtschaftsstruktur von wenigen Großunternehmen dominiert wird, werden Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten mit einem Maximalwert von 250 berücksichtigt, d. h. sie erhalten – relativ gesehen – ein geringeres Gewicht als ihnen aufgrund der Beschäftigtenanzahl tatsächlich zustünde. Auf die Gewichtung wird bei der Auswertung nach Unternehmensgröße verzichtet.

Um gewichtete Aggregate von Branchengruppen zu erhalten (z. B. für die Klasse der "Konsumgüterproduzenten" oder den "Dienstleistungssektor" insgesamt), werden Gewichte auf sektoraler Ebene anhand der Variable "Gesamtinvestitionen" in den Daten der Leistungs- und Strukturhebung (LSE) der Statistik Austria berechnet. Die LSE ist die wichtigste Quelle für offizielle Investitionsdaten in Österreich. Um mögliche Verzerrungen aufgrund konjunktureller Schwankungen zu minimieren, wurde für die Berechnung der Gewichte – d. h. der Anteile der Branchengruppen an den Gesamtinvestitionen – ein mehrjähriger Durchschnitt für den Zeitraum 2017/2021 herangezogen.

Übersicht 3: Investitionen nach Bundesländern

	2025				2026			
	Gestiegen	Gleich geblieben	Gesunken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozent- punkte	In % der Meldungen			Prozent- punkte
Wien	26	53	22	4	25	54	21	5
Niederösterreich	26	43	31	- 4	37	43	20	17
Burgenland	9	59	31	- 22	28	46	26	2
Steiermark	17	47	36	- 19	22	51	27	- 5
Kärnten	35	35	31	4	20	49	32	- 12
Oberösterreich	18	50	33	- 15	21	50	29	- 8
Salzburg	32	55	13	18	25	60	14	11
Tirol	32	49	19	13	31	40	29	2
Vorarlberg	36	48	16	19	14	58	28	- 14

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum vorletzten Jahr sind unsere Investitionen im Vorjahr . . ." und "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . .".

Nach Bundesländern zeigen sich für beide Berichtsjahre erhebliche regionale Unterschiede (Übersicht 3). Für das Jahr 2025 weisen Wien, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Kärnten positive Salden auf, wogegen die Werte in Niederösterreich, vor allem aber im Burgenland, der Steiermark und Oberösterreich negativ ausfallen. Für 2026 hellt sich das Bild insgesamt etwas auf. So liegen Wien, Niederösterreich, Burgenland, Salzburg und Tirol im positiven Bereich, während die Steiermark, Kärnten, Oberösterreich und

Vorarlberg negative oder schwach negative Werte zeigen. Insgesamt deutet der Vergleich auf eine etwas günstigere Erwartungslage für 2026 hin, wenngleich die regionalen Unterschiede bestehen bleiben.

1.2 Breite Investitionsschwäche über die Kategorien

Jeweils im Frühjahr werden in der Umfrage ergänzende Informationen zu drei Unter-

**Unternehmen in Ost-
österreich planen mehr-
heitlich Investitions-
ausweitungen, während
die Investitionspläne in
Westösterreich zurück-
haltend bleiben.**

kategorien erhoben, aus denen sich die Gesamtinvestitionen zusammensetzen:

- Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen,
- Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur,
- Investitionen in immaterielle Anlagegüter (z. B. Investitionen in Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente).

Gerade mit Blick auf die Kategorie der "immateriellen Anlagegüter" lassen sich aufgrund ihrer schwankenden Rolle in der Produktion ausgeprägte Unterschiede zwischen den Branchen erwarten (Friesenbichler et al., 2025). Investitionen in immaterielles Vermögen stehen in Verbindung mit mittelfristigem Beschäftigungs- und Produktivitätswachstum auf Unternehmensebene (Friesenbichler & Kügler, 2026).

Erhoben werden die Daten wieder sowohl für das jeweils laufende Kalenderjahr zum Zeitpunkt der Erhebung – die aktuelle Befragung wurde im März 2026 durchgeführt – als auch für das Vorjahr. Die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten lauteten "steigen", "gleich bleiben" und "sinken". Um die Darstellung möglichst kompakt zu halten, werden im Folgenden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen.

Insgesamt fallen die Ergebnisse durchwachsen aus (Übersicht 4). Im verarbeitenden Gewerbe verbessert sich der Saldo im Bereich Ausrüstungen von –10 auf –5 Prozentpunkte, bleibt aber weiter negativ; im Bereich Infrastruktur verharrt der Saldo bei –14 Prozent-

punkten. Bei den Investitionen in immaterielle Anlagegüter gibt er von 7 auf 3 Prozentpunkte nach.

Besonders pessimistisch sind die Einschätzungen zur Investitionsdynamik in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Auch bei Infrastruktur und immateriellen Anlagegütern zeigen sich in dieser Branche deutlich negative Werte. Freiberufliche, wissenschaftliche und technische sowie Finanz- und Versicherungsdienstleister dürften auch 2026 weniger in Ausrüstungen oder Infrastruktur investieren.

Insgesamt ergibt sich für die Dienstleistungen ein gemischtes Bild. Bei den Ausrüstungsinvestitionen verbessert sich der Saldo von –9 auf –4 Prozentpunkte, bleibt jedoch negativ. Mit Blick auf Infrastrukturinvestitionen verändert er sich kaum und liegt für das laufende Jahr bei –5 Prozentpunkten, bei den immateriellen Anlagegütern verschlechtert er sich von 11 auf 6 Prozentpunkte.

Nach Unternehmensgröße zeigen sich Unterschiede. Während kleine und mittlere Unternehmen ihre Investitionen in Ausrüstungen und Infrastruktur 2025 kürzten, weiteten sie ihre immateriellen Anlageinvestitionen leicht aus. Die Erwartungen für das Jahr 2026 tendieren leicht ins Negative. Großunternehmen meldeten im Rückblick auf 2025 ebenfalls rückläufige Ausrüstungs- und Infrastrukturinvestitionen, planen jedoch wieder vermehrt, in Ausrüstungen zu investieren. Bei den immateriellen Anlagegütern dürfte es auch 2026 zu Ausweitungen kommen (+9 Prozentpunkte; Übersicht 4).

Bei den Investitionen in immaterielle Anlagegüter ist derzeit eine Bodenbildung erkennbar, die von Großunternehmen getragen wird.

Übersicht 4: Investitionen nach Investitionskategorien

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2025			2026		
	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾
	Saldo in Prozentpunkten					
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	– 10	– 14	7	– 5	– 14	3
Verkehr und Lagerei	– 13	– 4	7	1	– 5	– 1
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	11	8	18	0	– 2	11
Information und Kommunikation	– 1	2	34	4	18	26
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	– 14	20	37	– 2	2	31
Grundstücks- und Wohnungswesen	– 1	5	19	4	1	20
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	– 4	– 8	20	– 6	– 12	13
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	– 17	– 25	– 8	– 24	– 23	– 16
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	– 9	– 4	11	– 4	– 5	6
Kleine und mittlere Unternehmen	– 6	– 13	8	– 11	– 16	– 1
Großunternehmen	– 14	– 2	14	– 2	– 5	9

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026. Für eine kompakte Darstellung werden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen. – ¹⁾ Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen. – ²⁾ Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur. – ³⁾ Investitionen in immaterielle Anlagegüter (Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente u. Ä.).

Innerhalb der Sachgütererzeugung ist der Ausblick uneinheitlich. Auch bei einer Betrachtung nach Investitionskategorien zeigt sich die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Industriezweige (Übersicht 5).

Im Bereich Vorprodukte bleiben die Salden durchgehend negativ, wenngleich die einzelnen Kategorien unterschiedliche Dynamiken aufweisen. Im Fall der Ausrüstungen verbessert sich der Wert im Jahresvergleich von –17 auf –9 Prozentpunkte, bleibt aber deutlich unter der Nulllinie. Im Bereich Infrastruktur verschlechtert sich der Saldo von –17 auf –20 Prozentpunkte. Bei den immateriellen Anlagegütern liegt der Saldo 2025 bei –1 Prozentpunkt und 2026 bei –4 Prozentpunkten. Insgesamt meldeten VorproduktHersteller somit die schwächste Investitionsentwicklung innerhalb der Sachgütererzeugung.

Auch Hersteller von Investitionsgütern agieren zurückhaltend. So liegen die Salden im Fall der Ausrüstungsinvestitionen bei –12 (2025) bzw. –10 Prozentpunkten (2026), wäh-

rend sie für Infrastruktur konstant bei –17 Prozentpunkten verharren. Lediglich bei den immateriellen Anlagegütern ist das Bild günstiger (+6 Prozentpunkte bzw. +1 Prozentpunkt).

Deutlich investitionsfreudiger sind Produzenten von Konsumgütern. Hier liegen die Salden in allen drei Investitionskategorien – teils weit – im positiven Bereich. In den Bereichen Ausrüstungen (+9 auf +12 Prozentpunkte) und Infrastruktur (+1 Prozentpunkt auf +6 Prozentpunkte) zeigen sich im Jahresvergleich Verbesserungen, bei den immateriellen Anlagegütern bleibt der Trend klar positiv. Stark aufwärtsgerichtet ist die Investitionsdynamik im Segment der dauerhaften Konsumgüter: Im Fall der Ausrüstungsinvestitionen dreht der Saldo von –17 auf +15 Prozentpunkte (2025/26), mit Blick auf Infrastrukturinvestitionen verbessert er sich von –34 auf –11 Prozentpunkte. Auch für Hersteller nichtdauerhafter Konsumgüter ergeben sich stabil positive Salden, insbesondere in der Nahrungsmittel- und Getränkeherstellung, wo auch 2026 lebhaft investiert werden dürfte.

Innerhalb der Sachgütererzeugung ist der Ausblick uneinheitlich. Konsumgüterproduzenten dürften auch 2026 weit investitionsfreudiger sein als Hersteller von Vorprodukten und Investitionsgütern.

Übersicht 5: Investitionen der Sachgütererzeugung nach Investitionskategorien

	2025		2026			
	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾
	Saldo in Prozentpunkten					
Vorprodukte	– 17	– 17	– 1	– 9	– 20	– 4
Investitionsgüter	– 12	– 17	6	– 10	– 17	1
Kraftfahrzeuge	– 18	– 35	– 18	– 4	– 4	0
Konsumgüter	9	1	28	12	6	22
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	– 17	– 34	21	15	– 11	31
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	13	7	29	12	8	21
Nahrungsmittel und Getränke	33	25	26	17	22	20

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026. Für eine kompakte Darstellung werden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen. – ¹⁾ Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen. – ²⁾ Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur. – ³⁾ Investitionen in immaterielle Anlagegüter (Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente u. Ä.).

Übersicht 6: Investitionen nach Bundesländern und Investitionskategorien

	2025		2026			
	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾
	Saldo in Prozentpunkten					
Wien	– 4	0	17	– 7	– 8	11
Niederösterreich	– 4	– 16	9	5	– 8	11
Burgenland	– 19	– 17	7	– 3	– 22	0
Steiermark	– 24	– 7	2	– 8	– 14	0
Kärnten	– 13	– 13	0	– 22	– 2	0
Oberösterreich	– 15	– 14	7	– 10	– 13	– 3
Salzburg	21	14	34	6	6	18
Tirol	4	23	21	2	– 2	11
Vorarlberg	7	– 13	19	– 3	– 20	24

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026. Für eine kompakte Darstellung werden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen. – ¹⁾ Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen. – ²⁾ Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur. – ³⁾ Investitionen in immaterielle Anlagegüter (Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente u. Ä.).

2. Literaturhinweise

- Friesenbichler, K. S., Bilek-Steindl, S., & Glocker, C. (2021). Österreichs Investitionsperformance im internationalen und sektoralen Vergleich. Erste Analysen zur COVID-19-Krise. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4673721>.
- Friesenbichler, K. S., Hölzl, W., & Wolfmayr, Y. (2026). Leichte Erholung in der Industrie bei schwachen Exporten und investitionsgetriebenen Importen. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 99(5), 257-270. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/70485093>.
- Friesenbichler, K., Kügler, A., Schmidt-Padickakudy, N., & Robubi, A. (2025). Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung blieb 2024 rückläufig. *WIFO-Monatsberichte*, 98(8), 433-444. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/61869013>.
- Friesenbichler, K., Kügler, A., & Schieber-Knöbl, J. (2025). Intangible capital as a production factor. Firm-level evidence from Austrian microdata. *Applied Economics*, 57(43), 6948-6962. <https://doi.org/10.1080/00036846.2024.2387369>.
- Friesenbichler, K., & Kügler, A. (2026). Short and medium-term effects of intangible capital on firm growth: firm-level evidence from Austrian microdata. *Empirica*, 53(1), 113-148.
- Hölzl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kügler, A. (2026) Konjunkturstimmung trotz Verbesserung weiterhin skeptisch. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2026. *WIFO-Konjunkturtest*, (5). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58624698>.
- Hubmann, G. (2026). Nahost-Krieg dämpft Erwartungen für das Kreditgeschäft mit Unternehmen. OeNB. <https://www.oenb.at/dam/jcr:2d68e1de-983e-4f51-9b7d-86b7f6f5f3ec/report-2026-11-bls-q2.pdf>.
- Scheiblecker, M., & Ederer, S. (2026). Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung. Prognose für 2026 und 2027. *WIFO-Konjunkturprognose*, (1). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67870458>.

3. Anhang: Repräsentationsgrad der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026

Übersicht 1: **Repräsentationsgrad der Stichprobe**
Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte Gemeldet	Beschäftigte Insgesamt ¹⁾	Repräsentations- grad in %
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	474	44.692	674.191	6,6
Verkehr und Lagerei	150	8.448	193.084	4,4
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	343	12.914	202.648	6,4
Information und Kommunikation	135	6.494	104.763	6,2
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	40	4.801	102.711	4,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	55	3.399	29.822	11,4
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	344	12.530	138.322	9,1
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	134	7.080	214.608	3,3
Kleine und mittlere Unternehmen ²⁾	1.885	79.853	846.648	9,4
Großunternehmen ²⁾	153	38.250	813.501	4,7

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturerhebung 2023 (letzter verfügbarer Stand). – ²⁾ Für jene Positionen, die Statistik Austria aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht nicht veröffentlicht, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

Übersicht 2: **Repräsentationsgrad der Stichprobe – Sachgütererzeugung**

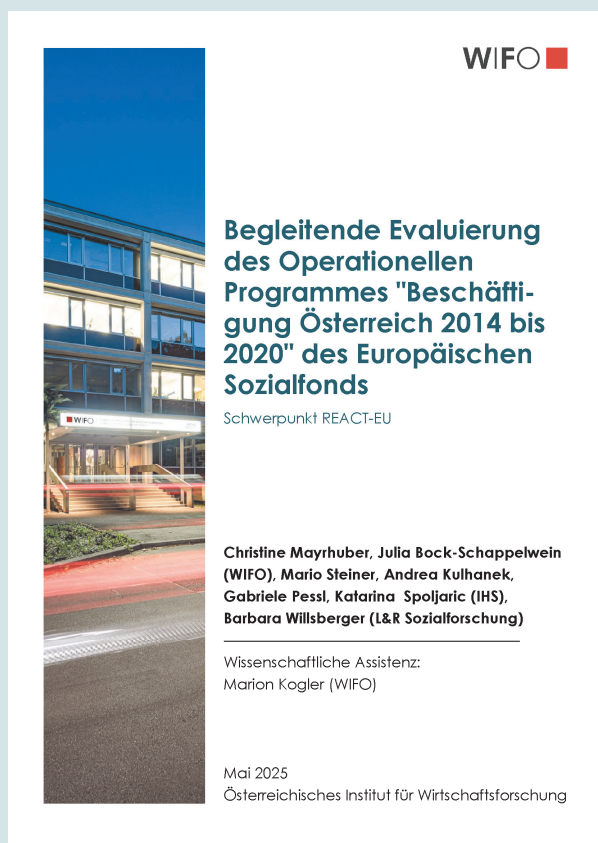
	Zahl der Meldungen	Beschäftigte Gemeldet	Beschäftigte Insgesamt ¹⁾	Repräsentations- grad in %
Vorprodukte ²⁾	201	19.912	294.595	6,8
Investitionsgüter ²⁾	135	15.026	220.465	6,8
Kraftfahrzeuge	9	1.439	37.120	3,9
Konsumgüter	138	9.754	159.131	6,1
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter) ²⁾	43	2.322	32.081	7,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	95	7.432	127.050	5,8
Nahrungsmittel und Getränke	55	4.889	81.742	6,0

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturerhebung 2023 (letzter verfügbarer Stand). – ²⁾ Für jene Positionen, die Statistik Austria aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht nicht veröffentlicht, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

Begleitende Evaluierung des Operationellen Programmes "Beschäftigung Österreich 2014 bis 2020" des Europäischen Sozialfonds

Schwerpunkt REACT-EU

Christine Mayrhuber, Julia Bock-Schappelwein (WIFO), Mario Steiner, Andrea Kulhanek, Gabriele Pessl, Katarina Spoljaric (IHS), Barbara Willsberger (L&R Sozialforschung)



Die Evaluation der Prioritätsachse umfasst mehrere Analysen zur Einschätzung der Maßnahmenumsetzung und ihrer Wirkungen sowie zur Ableitung von Handlungsempfehlungen für zukünftige Programmperioden. Zunächst werden Literatur und Studien zur Auswirkung der Pandemie auf Bildungslaufbahnen Jugendlicher aufgearbeitet, um den REACT-Ansatz in Österreich zu bewerten. Eine quantitative Analyse beschreibt und analysiert die Zielgruppe der Interventionen anhand von Teilnehmerstruktur, Teilnahme- und Finanzindikatoren. Diese Daten werden mit den Zielwerten der Programmperiode verglichen. Eine qualitative Analyse ergänzt dies, indem sie die Umsetzungsbedingungen und Herausforderungen aus Sicht der Instrumenten-Koordinator:innen untersucht. Schließlich wird eine kontrafaktische Wirkungsanalyse der Schulinterventionen durchgeführt, um die Effekte auf Abbruch- und Abschlussquoten zu bewerten.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft • Mai 2025 • 125 Seiten • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54372747>

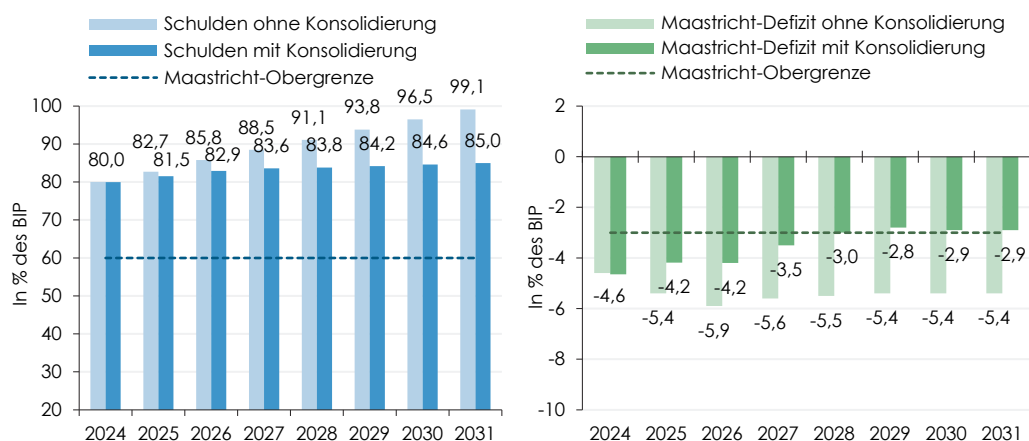
Budgetpolitik weiterhin auf Sanierungskurs

Bundesvoranschlag 2027/28 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2027 bis 2031

Margit Schratzenstaller

- Das Doppelbudget 2027/28 und der Finanzrahmen bis 2031 setzen weitere Konsolidierungsschritte.
- Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit war 2025 mit 4,2% des BIP geringer als erwartet und soll ab 2028 unter 3% gesenkt werden.
- Das zweite Konsolidierungspaket 2027/28 soll 2028 ein Bruttokonsolidierungsvolumen von 5 Mrd. € erbringen; im Durchschnitt der Jahre 2027 bis 2031 entfallen knapp 72% auf einnahmenseitige Maßnahmen.
- Etwa die Hälfte des Bruttokonsolidierungsvolumens fließt in die Finanzierung zusätzlicher Offensivmaßnahmen, deren Umfang von 0,6 Mrd. € (2027) auf 2,6 Mrd. € (2031) steigen soll.
- Der Großteil der Offensivmaßnahmen von jährlich über 2,5 Mrd. € ab 2028 entfällt mit 2 Mrd. € auf die Senkung der Lohnnebenkosten.
- Die gesamtstaatlichen Zinsaufwendungen nehmen 2025/2031 von 1,6% auf 2,5% des BIP zu. Die Nettoaussgaben des Bundes für Pensionen, die 2018 noch 4,9% des BIP betragen hatten, wachsen bis 2028 auf 37,9 Mrd. € bzw. 6,7% der Wirtschaftsleistung.

Entwicklung der Verschuldung mit und ohne Konsolidierungsmaßnahmen



"Nach den Konsolidierungspaketen 2025/26 und 2027/28 müssen nun die überfälligen Strukturreformen in den Bereichen Föderalismus, Gesundheitswesen, Fördersystem und Pensionen folgen, um die langfristige fiskalische Nachhaltigkeit zu sichern und Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen."

Die Konsolidierungspakete 2025/26 und 2027/28 sollen den Anstieg der Staatsschuld verlangsamen. Ohne Konsolidierung wäre sie 2031 um rund 14 Prozentpunkte des BIP höher. Die jährliche Neuverschuldung soll um bis zu 2,5 Prozentpunkte reduziert werden und ab 2028 unter der Maastricht-Obergrenze von 3% des BIP liegen (Q: Bundesministerium für Finanzen – BMF, 2026a; WIFO-Zusammenstellung).

Budgetpolitik weiterhin auf Sanierungskurs

Bundesvoranschlag 2027/28 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2027 bis 2031

Margit Schratzenstaller

Budgetpolitik weiterhin auf Sanierungskurs. Bundesvoranschlag 2027/28 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2027 bis 2031

Mit dem Doppelbudget 2027/28 setzt die Bundesregierung weitere Konsolidierungsschritte, um den Budgetpfad gemäß Fiskalstrukturplan einhalten zu können. Begleitet werden diese von weiteren Offensivmaßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Pflege sowie Bildung und Kinderbetreuung und von einer deutlichen Lohnnebenkostensenkung. Der Großteil der zusätzlichen Konsolidierung erfolgt einnahmenseitig. Das gesamtstaatliche Defizit soll sich ab 2028 bei knapp unter 3% des BIP stabilisieren; die Schuldenquote steigt daher bis 2031 weiter bis auf 85% der Wirtschaftsleistung. Nun müssen strukturelle Reformen umgesetzt werden, um fiskalische Nachhaltigkeit zu gewährleisten und zugleich dringende Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche zu ermöglichen.

JEL-Codes: E62, H12, H20, H62, H68 • **Keywords:** Konsolidierungspolitik, Maastricht-Defizit, Verschuldung, Budgetpolitik, Bundesbudget

Begutachtung: Hans Pitlik • **Wissenschaftliche Assistenz:** Andrea Sutrich (andrea.sutrich@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 15. 7. 2026

Kontakt: Margit Schratzenstaller (margit.schratzenstaller@wifo.ac.at)

Budget Policy Still Dominated by Fiscal Consolidation Needs. Federal Budget 2027-28 and Medium-Term Fiscal Framework 2027-2031

The 2027-28 federal budget introduces further consolidation measures to ensure compliance with the budget path set out in the Fiscal Structural Plan. These are accompanied by additional proactive measures in the areas of labour market policy, long-term care, education, and child-care, as well as a significant reduction in non-wage labour costs. The bulk of the additional consolidation will come from the revenue side. The general government deficit is expected to stabilise at just under 3 percent of GDP starting in 2028; as a result, the debt-to-GDP ratio will continue to rise to 85 percent of GDP by 2031. Structural reforms are indispensable to simultaneously ensure fiscal sustainability and enable spending in key areas for the future.

1. Rahmenbedingungen der Budgeterstellung

Die Budgeterstellung erfolgt aufgrund der unwägbaren geopolitischen Entwicklungen weiterhin unter unsicheren Rahmenbedingungen. Seit Juli 2025 befindet sich Österreich in einem EU-Verfahren wegen eines übermäßigen Defizites. Um es zu beenden, strebt die Bundesregierung die Rückführung des gesamtstaatlichen Maastricht-Defizites unter die im geltenden Fiskalregelwerk der EU erlaubte Obergrenze von 3% des BIP ab 2028 an. Zwar unterschritt die Neuverschuldung 2025 aufgrund eines strikten Budgetvollzugs des Bundes, unter den Voranschlagswerten liegender Zinszahlungen sowie höherer Steuereinnahmen mit 4,2% die erwarteten 4,5% des BIP. Da sich im Frühjahr 2026 dennoch eine Verfehlung jenes Budgetpfades abzeichnete, der mit dem im

Doppelbudget 2025/26 verankerten umfangreichen Konsolidierungspaket erreicht werden sollte (Pitlik & Schratzenstaller, 2025), legte die Bundesregierung im Juni 2026 ein weiteres Doppelbudget für die Jahre 2027 und 2028 vor¹⁾. Es enthält zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen, die die Erreichung der budgetpolitischen Ziele ermöglichen sollen, und setzt auf der mittelfristigen Prognose des WIFO vom März 2026 auf (Baumgartner et al., 2026; Übersicht 1). Diese erwartet für das Jahr 2027 ein reales BIP-Wachstum von 1,3%, das 2028 bei prognostizierten 1,2% stagniert. Die Inflation sinkt 2027 und 2028 gegenüber den Vorjahren und nähert sich mit 2,3% bzw. 2,1% dem angestrebten Zielwert von 2%. Die Arbeitslosenquote verringert sich 2027 etwas auf 7,1% (2028: 6,8%). In

¹⁾ Abweichend vom üblichen Budgetzyklus wurde somit statt eines Entwurfs für ein einjähriges Budget wiederum ein (echtes) Doppelbudget vorgelegt; zudem wurde die Vorlage des Voranschlags von Mitte Okto-

ber auf Juni 2026 vorgezogen und der Zeitraum zwischen Vorlage und Parlamentsbeschluss gestrafft, um das Doppelbudget noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschieden zu können.

seiner kurzfristigen Konjunkturprognose vom Juni 2026 (Ederer, 2026) revidierte das WIFO die BIP-Prognose für 2027 auf +1,1% und jene der Arbeitslosenquote auf 7,3%. Mit 2,4%

dürften 2027 auch die Verbraucherpreise geringfügig stärker steigen als noch im März 2026 erwartet.

Übersicht 1: Wirtschaftliche Eckdaten

Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise	Lohn- und Gehaltssumme, brutto, nominell		Unselbstständig aktiv Beschäftigte	Arbeitslose		Arbeitslosenquote	
Real	Nominell	Nominell			Insgesamt	Pro Kopf		In 1.000	Veränderung gegen das Vorjahr in %	In % der unselbstständigen Erwerbspersonen	In % der Erwerbspersonen laut Eurostat
Veränderung gegen das Vorjahr in %		Mrd. €			Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Mittelfristige WIFO-Prognose März 2026 (Basis für Bundesvoranschlag 2027/28 und Bundesfinanzrahmen 2029 bis 2031)											
2025	+ 0,6	+ 3,8	512,8	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,6	+ 0,2	317,5	+ 6,6	7,4	5,7
2026	+ 0,9	+ 3,1	528,5	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,4	+ 0,5	316,5	– 0,3	7,4	5,8
2027	+ 1,3	+ 3,5	547,2	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,6	+ 0,8	306,5	– 3,2	7,1	5,5
2028	+ 1,2	+ 3,2	564,9	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,6	293,8	– 4,2	6,8	5,3
2029	+ 1,1	+ 3,1	582,6	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,2	+ 0,6	279,5	– 4,9	6,4	5,2
2030	+ 1,1	+ 3,0	600,1	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,1	+ 0,5	262,4	– 6,1	6,0	5,0
2031	+ 1,0	+ 2,9	617,5	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,5	245,5	– 6,4	5,7	4,8

Q: WIFO.

2. Eckdaten der Budgetplanung im Überblick

Die Plandaten laut Bundesvoranschlag (BVA) für 2027 und 2028 sowie gemäß Finanzrahmen für die Jahre bis 2031 sind in Übersicht 2 aufgeführt. Wie das vorhergehende Doppelbudget und der zugehörige Finanzrahmen steht auch die aktuelle Budgetplanung unter dem Zeichen der Konsolidierung, begleitet von Offensivmaßnahmen in wichtigen Zukunftsbereichen.

Laut BVA steigen die Einzahlungen 2027 und 2028 auf 112,7 Mrd. € bzw. 115,8 Mrd. €. Gemessen am BIP ist erst in den Folgejahren ein deutlicherer Rückgang geplant; 2031 sollen die Einzahlungen bei 19,8% des BIP zu liegen kommen. Die Bruttoabgabeneinnahmen nehmen auch konsolidierungsbedingt sowohl 2027 als auch 2028 relativ kräftig zu: Sie steigen auf 128,9 Mrd. € bzw. 135,1 Mrd. € oder 23,6% bzw. 23,9% des BIP. Erst ab 2029 nimmt die Dynamik ab, sodass die Bruttoabgabeneinnahmen gemessen an der Wirtschaftsleistung langsam sinken und 2031 23,6% des BIP erreichen sollen.

Die Auszahlungen des Bundes sind für 2027 auf 128,2 Mrd. € und für 2028 auf 129,0 Mrd. € veranschlagt; ihr Anteil am BIP geht von 23,4% auf 22,8% zurück. Auch für die Folgejahre erwartet das Bundesministerium für Finanzen eine rückläufige Dynamik (2031: 22,4% des BIP).

Daraus resultiert 2027 und 2028 ein Rückgang des administrativen Saldos des Bundes auf –2,8% bzw. –2,3%; er wird jedoch in den Folgejahren wieder leicht steigen und 2031 –2,6% des BIP erreichen. Der Maastricht-Saldo der Bundesebene soll sich 2027 auf –2,7% und 2028 auf –2,3% des BIP redu-

zieren; nach leichten Rückgängen 2029 und 2030 wird er 2031 erneut –2,3% betragen.

Die Ausgabenquote des Gesamtstaates (gemäß ESVG-Abgrenzung; Übersicht 3), die 2026 55,2% des BIP erreichen soll, wird in den Folgejahren – auch als Ergebnis der beiden Konsolidierungspakete – kontinuierlich abnehmen und 2031 bei 53,8% zu liegen kommen. Die Abgabenquote dagegen steigt – ebenfalls konsolidierungsbedingt – 2027 und 2028 weiter auf 44,3% bzw. 44,4% des BIP; erst ab 2030 soll sie leicht sinken und 2031 44,1% des BIP erreichen. Die Einnahmenquote erhöht sich 2027 und 2028 ebenfalls etwas auf 51,2% bzw. 51,3% des BIP, um anschließend geringfügig bis auf 50,9% (2031) zurückzugehen.

Die im Doppelbudget 2027/28 verankerten zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen sollen sicherstellen, dass der mit dem vorangegangenen Doppelbudget 2025/26 und dem Fiskalstrukturplan angestrebte Budgetpfad eingehalten werden kann. Ab 2026 soll sich das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit wie im Vorjahr geplant schrittweise weiter reduzieren: 2026 soll es zunächst bei –4,2% stagnieren und sich 2027 auf –3,5% verringern, um 2028 wieder knapp unter der 3%-Obergrenze zu liegen zu kommen. 2029 soll die Neuverschuldung 2,8%, 2030 und 2031 jeweils 2,9% des BIP betragen. Die Schuldenquote wird damit bis zum Ende des Planungshorizontes – wenn auch mit gebremster Dynamik – weiter ansteigen: Nach 81,5% 2025 erreicht sie 2031 voraussichtlich 85% des BIP.

Die Auszahlungen des Bundes steigen gemäß BVA im Jahr 2027 auf 128,2 Mrd. € und 2028 weiter auf 129 Mrd. €. Die Einzahlungen nehmen auf 112,7 Mrd. € bzw. 115,8 Mrd. € zu und wachsen damit deutlich stärker.

Die gesamtstaatliche Ausgabenquote soll 2026 bei 55,2% des BIP liegen und bis 2031 auf 53,8% sinken. Die Einnahmenquote schwankt in den Jahren 2026 bis 2031 um 51%.

Seit 2022 ist die Sekundärmarktrendite für 10-jährige Staatsanleihen wieder positiv und dürfte im Planungszeitraum zwischen 3,0% und 3,3% schwanken. Als Konsequenz der deutlich gestiegenen Zinssätze, der anhaltend hohen Neuverschuldung und des da-

durch bedingten Anstiegs der Staatsschuld vergrößert sich die Zinsausgabenquote, die 2022 mit 0,95% des BIP ihren bisherigen Tiefstand erreicht hatte, bis 2031 kontinuierlich bis auf 2,5% des BIP.

Übersicht 2: Der Bundeshaushalt im Überblick

	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
	Erfolg	Bundesvoranschlag		Bundesfinanzrahmen			
				Mrd. €			
Einzahlungen	107,1	107,6	112,7	115,8	117,9	120,1	122,1
Auszahlungen	121,5	125,9	128,2	129,0	132,4	135,8	138,2
Administrativer Saldo	- 14,4	- 18,3	- 15,5	- 13,2	- 14,5	- 15,7	- 16,1
Maastricht-Saldo ¹⁾	- 15,2	- 15,7	- 14,6	- 12,9	- 12,4	- 13,2	- 14,1
Bruttoabgabeneinnahmen	119,7	122,1	128,9	135,1	139,1	142,2	145,6
Bruttosteureinnahmen	118,3	120,5	126,6	132,8	137,1	140,4	143,8
Nettoabgabeneinnahmen	73,8	74,3	78,5	81,9	83,8	85,5	87,6
In % des BIP							
Einzahlungen	20,9	20,4	20,6	20,5	20,2	20,0	19,8
Auszahlungen	23,7	23,8	23,4	22,8	22,7	22,6	22,4
Administrativer Saldo	- 2,8	- 3,5	- 2,8	- 2,3	- 2,5	- 2,6	- 2,6
Maastricht-Saldo ¹⁾	- 3,0	- 3,0	- 2,7	- 2,3	- 2,1	- 2,2	- 2,3
Bruttoabgabeneinnahmen	23,3	23,1	23,6	23,9	23,9	23,7	23,6
Bruttosteureinnahmen	23,1	22,8	23,1	23,5	23,5	23,4	23,3
Nettoabgabeneinnahmen	14,4	14,1	14,4	14,5	14,4	14,3	14,2

Q: Bundesministerium für Finanzen (2026a), Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Bundessektor einschließlich sonstiger Einheiten.

Übersicht 3: Wichtige gesamtsstaatliche Kennzahlen bis 2031

	1995	2005	2015	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
	In % des BIP									
Ausgabenquote	56,0	51,7	51,2	55,2	55,2	54,7	54,3	54,0	53,9	53,8
Einnahmenquote	49,9	49,1	50,7	51,0	51,0	51,2	51,3	51,2	51,0	50,9
Abgabenquote ¹⁾	41,7	41,5	43,7	43,9	44,0	44,3	44,4	44,4	44,2	44,1
Maastricht-Saldo Gesamtstaat	- 6,2	- 2,6	- 0,5	- 4,2	- 4,2	- 3,5	- 3,0	- 2,8	- 2,9	- 2,9
Bundessektor	- 5,4	- 2,4	- 0,7	- 3,0	- 3,0	- 2,7	- 2,3	- 2,1	- 2,2	- 2,3
Landessektor	0,0	- 0,1	0,1	- 0,4	- 0,7	- 0,5	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Gemeindesektor	- 0,7	0,0	0,0	- 0,7	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Sozialversicherungsträger	- 0,1	0,0	0,1	- 0,1	- 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsausgabenquote	4,0	3,3	2,4	1,6	1,8	1,9	2,1	2,2	2,4	2,5
Primärsaldo	- 2,2	0,7	1,9	- 2,6	- 2,4	- 1,6	- 0,9	- 0,6	- 0,5	- 0,4
Struktureller Budgetsaldo	.	- 2,1	0,5	- 3,4	- 3,5	- 3,1	- 2,7	.	.	.
Maastricht-Schuldenstand	68,6	69,4	85,6	81,5	82,9	83,6	83,8	84,2	84,6	85,0

Q: Statistik Austria, ab 2026 Bundesministerium für Finanzen (2026a). Rundungsdifferenzen. – ¹⁾ Indikator 2, daher ohne imputierte Sozialbeiträge.

3. Ausgewählte Aspekte des Bundesvoranschlags und des Bundesfinanzrahmens

3.1 Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen

Das im Rahmen des Doppelbudgets 2027/28 angestrebte Bruttokonsolidierungsvolumen steigt von 2,1 Mrd. € 2027 auf jeweils etwa 5,0 Mrd. € in den Jahren 2028 bis 2030, um 2031 knapp 5,2 Mrd. € zu erreichen (Abbildung 1). Knapp die Hälfte (48%) des Bruttokonsolidierungsvolumens dient zur Gegenfinanzierung von Offensivmaßnahmen. Das Verhältnis von einnahmen- und ausgaben-seitigen Maßnahmen, das im ersten Konsoli-

dierungspaket 30 : 70 betragen hatte, dreht sich im zweiten Paket um. Dies liegt u. a. daran, dass die als Offensivmaßnahme geplante Lohnnebenkostensenkung ab 2028 im Umfang von jährlich 2 Mrd. € primär durch den Unternehmenssektor betreffende Einnahmenerhöhungen gegenfinanziert werden soll.

Sowohl die einnahmen- als auch die ausgaben-seitigen Maßnahmen beinhalten eine Reihe von Einzelmaßnahmen, die unterschiedliche Gruppen belasten. Der Brutto-

konsolidierungsbeitrag von Unternehmen, Banken und staatsnahen Unternehmen, der sich fast ausschließlich durch Einnahmenerhöhungen ergibt, ist absolut am umfangreichsten. Er steigt von 0,75 Mrd. € im Jahr 2027 auf 2,18 Mrd. € 2028 und sinkt in den Jahren 2029 bis 2031 von 2,05 Mrd. € auf 1,67 Mrd. € (Abbildung 1). Unter Berücksichtigung der Lohnnebenkostensenkung in Form einer Reduktion des Beitrags der Dienstgeber zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF; vgl. Kapitel 4 für Details), die diese ab 2028 um 2 Mrd. €²⁾ entlasten wird, ist der Nettokonsolidierungsbeitrag dieser Gruppe ab 2028 allerdings gering. Ab 2030, wenn die zeitlich befristeten Konsolidierungsmaßnahmen (erhöhte Bankenabgabe, zusätzliche Dividenden staatsnaher Unternehmen, Einschränkung des investitionsbedingten Gewinnfreibetrags) auslaufen, wird er sogar negativ.

Deutlich geringer sind die Beiträge von Arbeitnehmer:innen, Pensionist:innen, Personen mit höheren (Erwerbs-)Einkommen sowie der Verwaltung und sonstiger Konsolidierungsmaßnahmen, die 2028 mit jeweils etwa 470 bis 650 Mio. € ähnliche Größenordnungen erreichen. Weitere knapp 320 Mio. € p. a. tragen Maßnahmen im Bereich Familienleistungen bei. Ein steuerlicher Ökologisationsbeitrag sowie die Einschränkung klimakontraproduktiver Subventionen (beides noch nicht im Detail spezifiziert) sollen 2028 190 Mio. € an Zusatzeinnahmen erbringen, die sich bis 2031 auf 600 Mio. € erhöhen sollen.

Wie im vorhergehenden Doppelbudget werden auch die im Doppelbudget 2027/28 verankerten Konsolidierungsmaßnahmen von weiteren Offensivmaßnahmen begleitet. Diese setzen Akzente in der Standortpolitik (Senkung der Lohnnebenkosten und befristete Wiedereinführung der Agrardieselvegütung), in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie der Bildungspolitik und summieren sich ab 2028 auf jährlich etwa 2,5 Mrd. €, wovon mit 2 Mrd. € der Großteil auf die Lohnnebenkostensenkung entfällt. Unter Berücksichtigung der mit den Offensivmaßnahmen verbundenen Mehrausgaben und Mindereinnahmen wird somit ab 2028 ein jährliches Nettokonsolidierungsvolumen von 2,5 bis 2,6 Mrd. € erreicht; etwa die Hälfte des Bruttokonsolidierungsvolumens dient also der Finanzierung der zusätzlichen Offensivmaßnahmen.

Weitergehende strukturelle Reformen lassen die Konsolidierungsmaßnahmen nur in Ansätzen erkennen; nennenswert sind erste strukturelle Förderkürzungen im Rahmen der

Förder-Taskforce, Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuer- und Abgabebetrug sowie der geplante Einstieg in den Abbau klimaschädlicher Subventionen.

Einige Konsolidierungsmaßnahmen sind noch zu konkretisieren. Dies betrifft etwa den steuerlichen Ökologisationsbeitrag, den Abbau klimakontraproduktiver Subventionen oder die zusätzlichen Einnahmen im Zusammenhang mit der Modernisierung der Regulierung im Glücksspielbereich. Auch die Beiträge von Ländern und Gemeinden sowie Sozialversicherungsträgern, die in dem im Dezember 2025 abgeschlossenen und rückwirkend ab 2024 geltenden Österreichischen Stabilitätspakt verankert wurden, bedürfen noch einer Konkretisierung und Umsetzung.

Bezüglich der Verteilungswirkungen des zweiten Konsolidierungspaketes bietet der Strategiebericht (BMF, 2026a) lediglich eine Aufteilung der Bruttokonsolidierungslasten nach gesellschaftlichen bzw. ökonomischen Gruppen. Diese Aufteilung berücksichtigt jedoch erstens nicht, ob und in welchem Ausmaß den einzelnen Gruppen Offensivmaßnahmen zugutekommen. Dies ist insbesondere im Fall des Konsolidierungsbeitrags von (staatsnahen) Unternehmen und Banken relevant, der durch die Lohnnebenkostensenkung mittelfristig überkompensiert wird.

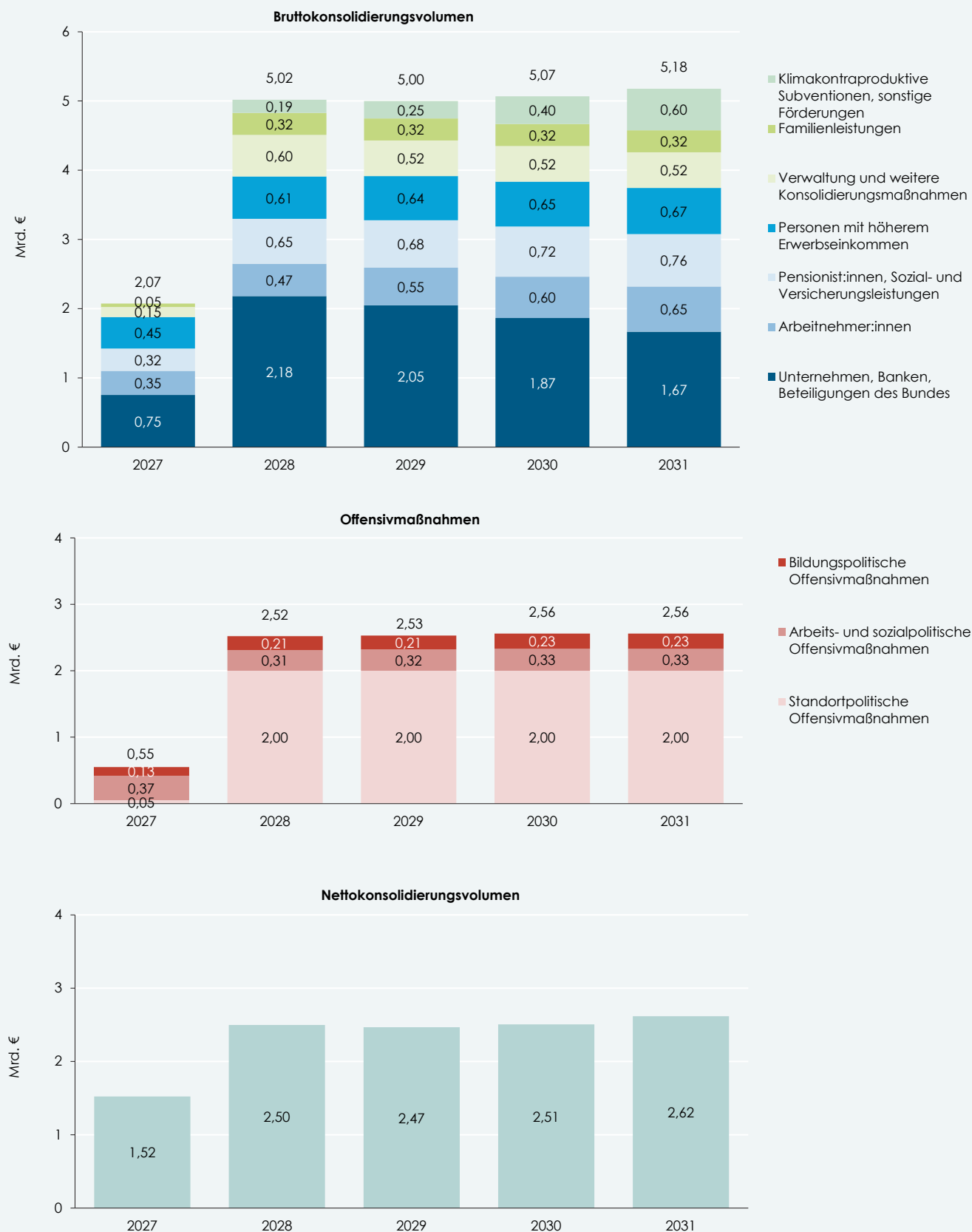
Zweitens bietet diese Darstellung keine detaillierten Informationen und keine Gesamtschau, wie sich die Belastungen auf die Einkommensgruppen verteilen. Die Abschaffung der ermäßigten Arbeitslosenversicherungsbeitragssätze für Arbeitnehmer:innen, die (mit Ausnahme der Mindestpensionist:innen) unter der Inflation liegenden Pensionsanpassungen und die temporäre Aussetzung der Valorisierung von Familienleistungen sowie einkommensunabhängiger Sozialleistungen dürften insgesamt die unteren und mittleren Einkommensschichten relativ stärker treffen als Bezieher:innen hoher Einkommen³⁾. Jene Konsolidierungsmaßnahmen, welche Besserverdienende tendenziell höher belasten – ihr Volumen soll zwischen 2027 und 2031 von gut 450 Mio. € auf etwa 670 Mio. € steigen – dürften die beschriebenen Verteilungswirkungen nur teilweise ausgleichen. Wünschenswert wäre jedenfalls eine vertiefte und umfassende Analyse der Verteilungseffekte der Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen. Diese sollte auch die Maßnahmen im Rahmen des Doppelbudgets 2025/26 berücksichtigen, die gemäß einer Analyse des Budgetdienstes (2025c) tendenziell regressiv wirken.

²⁾ Davon entfallen laut Budgetdienst (2026) etwa 0,3 Mrd. € auf die Bediensteten im Sektor Staat.

³⁾ Simulationen von Moser und Reiss (2026), die allerdings die Maßnahmen für die höheren Einkommen

nicht berücksichtigen können, zeigen, dass die Änderungen im Bereich der Sozialversicherung und der Familienleistungen Geringverdienende stärker belasten.

Abbildung 1: **Maßnahmen im Überblick**



Q: Bundesministerium für Finanzen (2026a), WIFO-Darstellung. Offensivmaßnahmen verringern als Mehrausgaben oder Steuermindereinnahmen das Bruttokonsolidierungsvolumen.

Drittens gibt die Darstellung der Konsolidierungsmaßnahmen nach gesellschaftlichen bzw. ökonomischen Gruppen keinen Aufschluss darüber, wie sich die Konsolidierungslasten bzw. der Nutzen aus den Offensivmaßnahmen auf Frauen und Männer verteilen bzw. wie sie die Gleichstellung der Geschlechter beeinflussen⁴⁾. Zwar ist zu begrüßen, dass die Wirkungsfolgenabschätzungen zu einigen der im Budgetbegleitgesetz enthaltenen Maßnahmen auch auf deren tatsächliche Gleichstellungswirkungen eingehen. Allerdings fehlt auch hier eine Gesamtchau, und für eine Reihe von Maßnahmen liegen keine Abschätzungen der Gleichstellungseffekte vor.

Die Ausgaben im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, die 2022 mit 0,39% des Bruttonationalproduktes (BNE) ihren Höchststand erreicht hatten und seither kontinuierlich sinken, gehen auch 2027 und 2028 weiter auf 0,27% bzw. auf 0,25% des BNE zurück (BMF, 2026f). Damit entfernen sie sich weiter vom international akkordierten Zielwert von 0,7% des BNE.

3.2 Klima und Transformation

Die öffentlichen Haushalte sind ein wichtiger Hebel zur Bewältigung der immer größeren klima- und umweltpolitischen Herausforderungen. Dies betrifft ökologisch produktive und kontraproduktive Ausgaben im Allgemeinen sowie direkte Förderungen im Besonderen, produktive und kontraproduktive indirekte Förderungen (d. h. Steuererleichterungen), sowie mögliche künftige klimabezogene Budgetbelastungen.

Die Klima- und Umweltförderungen im Bereich der Grünen Transformation sowie der Umwelt- und Kreislaufwirtschaft (UG 43), die

mit dem Doppelbudget 2025/26 deutlich gekürzt wurden, gehen 2027 weiter zurück. 2028 steigen sie leicht, was auf Mehrauszahlungen für den Klima- und Energiefonds sowie den neu geschaffenen Resilienzfonds zurückzuführen ist. Auch in der UG 40 steigen 2028 die Ausgaben im Zusammenhang mit der Grünen Transformation aufgrund der Einführung des Industriestrompreises, im Bereich der Transformation der Industrie und beim Energieeffizienzprogramm. Eine detaillierte Darstellung und Beurteilung der Entwicklung der Ausgaben für grüne Förderungen würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, zumal weder der Strategiebericht noch die Green-Budgeting-Beilage zum Budget (BMF, 2026b) eine entsprechende Gesamtübersicht über die Ressorts hinweg bieten.

Übersicht 4 listet die ökologisch relevanten Maßnahmen im Rahmen des mit dem Doppelbudget 2027/28 beschlossenen zweiten Konsolidierungspaketes (mit Ausnahme der grünen Förderungen) sowie der Offensivmaßnahmen auf. Als potenziell umweltkontraproduktive Konsolidierungsmaßnahmen können die Abschaffung des Telearbeitspauschales, die Abschaffung der Steuerfreiheit des Sachbezuges für elektrisch betriebene Dienstfahrzeuge sowie der zusätzliche Konsolidierungsbeitrag der ÖBB-Infrastruktur gelten. Auch die Verlängerung der Agrardieselbegünstigung bis 2027 ist ökologisch kontraproduktiv. Dem gegenüber stehen ein geplanter Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen sowie ein steuerlicher Ökologisierungsbetrag, die allerdings noch zu spezifizieren sind. Auch die Einführung einer Ersatzregelung für die NoVA-Berechnung für aus Drittländern importierte Fahrzeuge kommt einer Einschränkung ökologisch kontraproduktiver Steuerausnahmen gleich.

Die klima- und umweltproduktiven Ausgaben erhöhen sich leicht von 10,2 Mrd. € (7,9% der Bundesaussgaben) 2027 auf 10,3 Mrd. € (8%) 2028. Bei den kontraproduktiven Ausgaben ist ein Anstieg von 2 Mrd. € (1,5% der Bundesaussgaben) 2027 auf 2,5 Mrd. € (1,9%) 2028 veranschlagt.

Übersicht 4: **Umweltrelevante Konsolidierungsmaßnahmen im Überblick**

	2027	2028	2029	2030	2031	2027/2031
	Mio. €					
Bruttokonsolidierung insgesamt	2.073,1	5.017,4	4.997,6	5.066,3	5.176,6	22.331,0
Potenziell umweltkontraproduktive Konsolidierungsmaßnahmen	223,3	563,3	583,3	583,3	593,3	2.546,5
Abschaffung Telearbeitspauschale ¹⁾	58,3	88,3	88,3	88,3	88,3	411,5
Einführung Sachbezug für Fahrzeuge mit einem CO ₂ -Emissionswert von Null (E-Autos) ¹⁾	110,0	190,0	210,0	210,0	220,0	940,0
Zusätzlicher Konsolidierungsbeitrag ÖBB-Infrastruktur AG ²⁾	55,0	285,0	285,0	285,0	285,0	1.195,0
Umweltproduktive Konsolidierungsmaßnahmen	15,0	195,0	255,0	405,0	605,0	1.475,0
Schaffung Ersatzregelung NoVA-Berechnung für aus Drittländern importierte Kfz ¹⁾	15,0	5,0	5,0	5,0	5,0	35,0
Konsolidierungsbeitrag bei klimakontraproduktiven Subventionen ¹⁾	.	190,0	250,0	400,0	600,0	1.440,0
Umweltkontraproduktive Offensivmaßnahmen	- 50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	- 50,0
Temporäre Wiedereinführung Agrardieselvergütung (NEHG) ¹⁾	- 50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	- 50,0

Q: Bundesministerium für Finanzen (2026b), WIFO-Zusammenstellung. Rundungsdifferenzen. NEHG . . . Nationales Emissionszertifikatehandelsgesetz. –

¹⁾ Einnahmenseitig. – ²⁾ Ausgabenseitig.

Bei den zusätzlichen Offensivmaßnahmen fällt auf, dass grüne Investitionen fehlen.

Gleichzeitig werden, wie erwähnt, Infrastrukturinvestitionen der ÖBB redimensioniert und

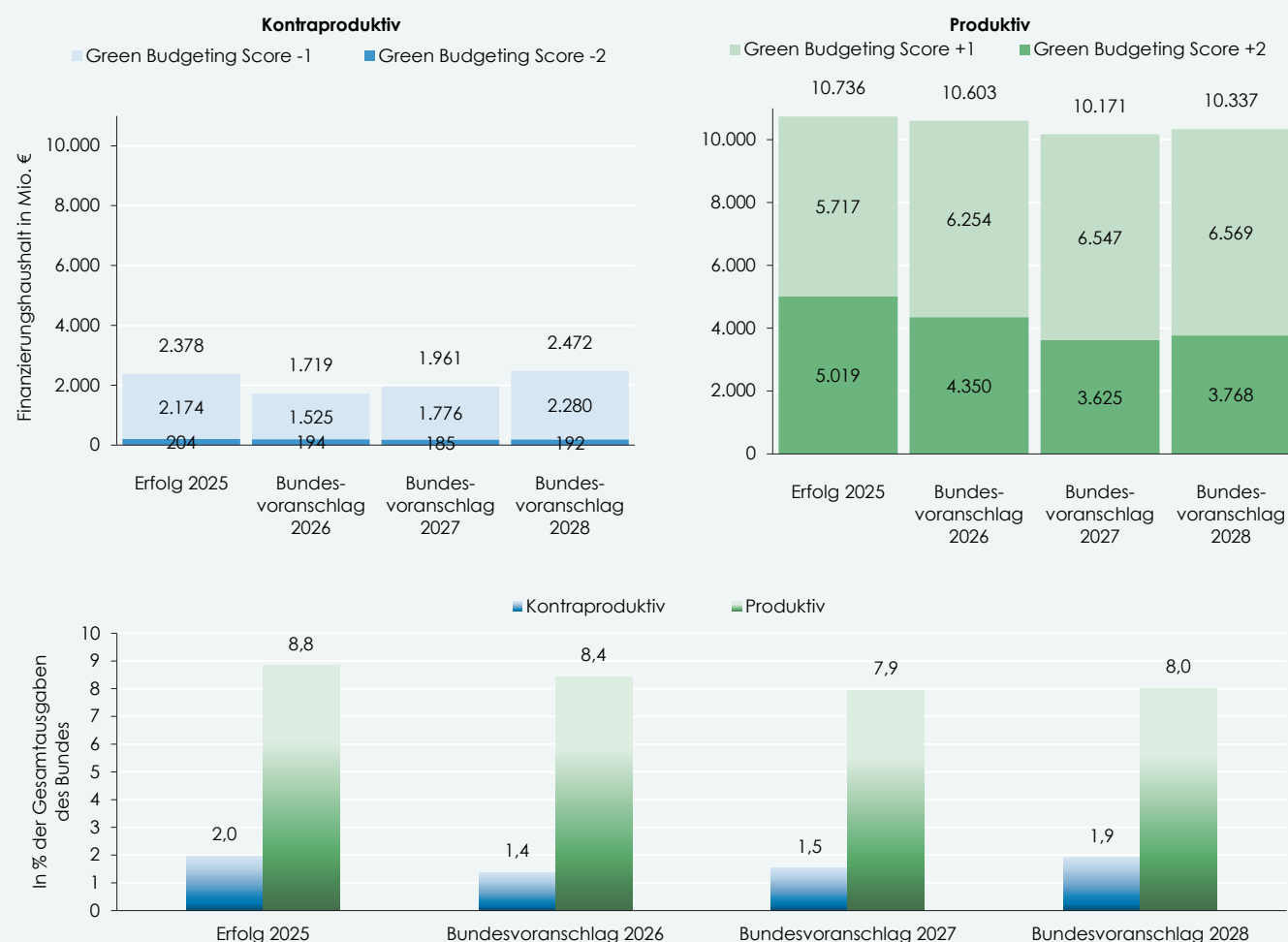
⁴⁾ Vgl. dazu grundsätzlich Schratzenstaller et al. (2026).

mit der Verlängerung der temporären Agrardieselsvergütung bis Ende 2027 eine ökologisch kontraproduktive Offensivmaßnahme eingeführt.

In der Green-Budgeting-Beilage identifiziert das Bundesministerium für Finanzen (2026b) klima- und umweltproduktive sowie erstmals auch klima- und umweltkontraproduktive Ausgaben des Bundes. Letztere betrugen 2025 2,4 Mrd. € (2% der Gesamtausgaben

des Bundes; Abbildung 2) und sollen 2026 auf 1,7 Mrd. € zurückgehen, steigen aber 2027 und 2028 wieder an und erreichen 2028 knapp 2,5 Mrd. € (1,9%). Gleichzeitig schrumpfen die klima- und umweltproduktiven Ausgaben, ausgehend von gut 10,7 Mrd. € (8,8% der Gesamtausgaben) 2025, bis 2027 kontinuierlich; erst 2028 ist ein leichter Anstieg auf gut 10,3 Mrd. € (8%) geplant.

Abbildung 2: Klimaproduktive und -kontraproduktive Ausgaben



Q: Bundesministerium für Finanzen (2026b), WIFO-Darstellung.

3.3 Landesverteidigung

Der Aufbauplan "ÖBH2032+" soll die Verteidigungsfähigkeit Österreichs in den nächsten Jahren nachhaltig stärken. Danach strebt die Bundesregierung grundsätzlich eine schrittweise Erhöhung des Verteidigungshaushaltes an: Die Verteidigungsausgaben (einschließlich Pensionsausgaben für ehemalige Heeresangehörige) sollen bis 2032 2% des BIP erreichen.

Die Auszahlungen in der UG 14 Militärische Angelegenheiten erreichten 2025 4,6 Mrd. € und lagen damit um 0,2 Mrd. € höher als veranschlagt (Übersicht 5). Für 2026 ist ein An-

stieg auf 4,8 Mrd. € budgetiert; im Doppelbudget 2027/28 sind weitere Ausweitungen auf 5,1 Mrd. € bzw. 5,2 Mrd. € vorgesehen. Bis 2031 sollen die Verteidigungsausgaben gemäß Bundesfinanzrahmen auf 5,7 Mrd. € zunehmen. Die für 2027 und 2028 geplanten Erhöhungen der Auszahlungen fließen in Investitionen in Rüstung, IKT und Cybersicherheit sowie Infrastruktur (Instandsetzungen sowie Neubauten von militärischen Liegenschaften). Gleichzeitig leistet die UG 14 einen – allerdings sehr geringen – Beitrag zum Abbau von Förderungen, und es sind Einsparungen in der Verwaltung geplant.

Der Verteidigungsetat steigt 2027 auf 5,1 Mrd. € und 2028 auf 5,2 Mrd. €. Vom Ziel, bis 2032 ein Volumen von 2% der Wirtschaftsleistung zu erreichen, bleibt Österreich weiterhin deutlich entfernt.

Mit den veranschlagten Erhöhungen werden die Verteidigungsausgaben (ohne Berücksichtigung der Pensionsausgaben für ehemalige Heeresangehörige) 2025/2031 bei etwa 0,9% des BIP stagnieren. Werden gemäß internationaler Konvention die Pensionsausgaben (etwa 0,8 bis 0,9 Mrd. € jährlich) einbezogen, verharren die Verteidigungsausgaben bis 2031 bei etwa 1,1% der Wirtschaftsleistung. Damit wird nur gut die Hälfte des anvisierten Ausgabenziels von 2% des BIP erreicht.

Die Europäische Kommission (2025) hat den Mitgliedsländern die Möglichkeit eröffnet, die nationale Ausweichklausel im Rahmen

des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu aktivieren, um ohne eine Verletzung der Fiskalregeln höhere Verteidigungsausgaben tätigen zu können. Österreich hat im Dezember 2025 um die Aktivierung der nationalen Ausweichklausel angesucht. Danach ist in den Jahren 2025 bis 2028 eine durch Ausweitung der Verteidigungsausgaben verursachte Abweichung vom Nettoausgabenpfad von jeweils bis zu 1,5% des BIP zulässig (Fiskalrat, 2026). Eine "Anrechnung" bei der Beurteilung des Maastricht-Defizites ist allerdings nicht möglich, sodass zusätzliche Verteidigungsausgaben die Unterschreitung der 3%-Obergrenze bis 2028 erschweren würden.

Übersicht 5: Verteidigungsausgaben

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
			Erfolg			Bundesvoranschlag			Bundesfinanzrahmen		
						Mrd. €					
Verteidigungsbudget einschließlich Pensionsleistungen	3,4	3,4	4,0	4,8	5,4	5,6	6,1	6,2	6,4	6,6	6,8
Auszahlungen für Militärische Angelegenheiten (UG 14)	2,8	2,7	3,3	4,0	4,6	4,8	5,1	5,2	5,4	5,5	5,7
Personal	1,4	1,4	1,5	1,6	1,7	1,7	1,7	1,8	.	.	.
Investitionen	0,5	0,4	0,7	1,3	1,6	1,7	1,8	2,0	.	.	.
Sachaufwand, Sonstiges	1,0	0,9	1,1	1,1	1,3	1,3	1,6	1,4	.	.	.
Pensionen für ehemalige Militärangestellte (UG 22, UG 23)	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1
Militärausgaben gemäß COFOG (GF02)	2,4	2,7	2,9	3,3	3,7	.	.	.	.	.	.
Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %											
Verteidigungsbudget einschließlich Pensionsleistungen	3,3	3,1	3,6	4,0	4,5	4,4	4,8	4,8	4,9	4,9	4,9
Auszahlungen für Militärische Angelegenheiten (UG 14)	2,7	2,4	3,0	3,3	3,8	3,8	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1
Personal	1,3	1,3	1,4	1,3	1,4	1,3	1,4	1,4	.	.	.
Investitionen	0,4	0,4	0,7	1,0	1,3	1,4	1,4	1,5	.	.	.
Sachaufwand, Sonstiges	1,0	0,8	1,0	0,9	1,1	1,1	1,2	1,1	.	.	.
Pensionen für ehemalige Militärangestellte (UG 22, UG 23)	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8
Anteil am BIP in %											
Verteidigungsbudget einschließlich Pensionsleistungen	0,85	0,76	0,83	0,97	1,06	1,06	1,12	1,09	1,10	1,10	1,10
Auszahlungen für Militärische Angelegenheiten (UG 14)	0,70	0,60	0,69	0,81	0,90	0,90	0,94	0,92	0,93	0,92	0,93
Personal	0,34	0,31	0,31	0,33	0,33	0,32	0,32	0,31	.	.	.
Investitionen	0,11	0,09	0,15	0,25	0,31	0,33	0,34	0,35	.	.	.
Sachaufwand, Sonstiges	0,24	0,20	0,23	0,23	0,26	0,25	0,28	0,25	.	.	.
Pensionen für ehemalige Militärangestellte (UG 22, UG 23)	0,15	0,16	0,14	0,16	0,16	0,16	0,17	0,18	0,18	0,18	0,18
Militärausgaben gemäß COFOG (GF02)	0,60	0,60	0,61	0,68	0,72	0,9	0,9	0,9	.	.	.

Q: Bundesministerium für Finanzen (2026a, 2026e), Bundesministerium für Landesverteidigung (2026), WIFO-Zusammenstellung. Ausgaben Bundesheer UG 14; Bundesfinanzrahmen 2029 bis 2031: ohne Ermächtigungen, Detailauszahlungen nicht ausgewiesen.

Die für die Beurteilung der Mehrausgaben für Landesverteidigung verwendete Abgrenzung orientiert sich an der funktionalen Staatsausgaben-Statistik COFOG, die mit der ESVG-Systematik kompatibel ist. Danach beliefen sich die Militärausgaben Österreichs im Jahr 2025 auf 3,7 Mrd. € und erreichten somit wie im Vorjahr lediglich 0,7% des BIP. Für 2027 und 2028 sind Ausgaben in Höhe von 0,9% des BIP geplant.

Das Bundesheer weist trotz der geplanten Zusatzausgaben noch erhebliche Investitionslücken auf, die durch den Aufbauplan 2032+ deutlich verkleinert werden sollen. Ohne Ausweichklausel müsste eine Ausweitung des Militärhaushaltes durch zusätzliche Einsparungen in anderen Bereichen oder

Steuererhöhungen gegenfinanziert werden. Beim Kauf von militärischem Großgerät liegen Vertragsabschluss, Zahlung und Lieferung jedoch oft mehrere Jahre auseinander. Da die Ausgaben für (militärische) Investitionen in der Maastricht-Rechnung erst zum Lieferzeitpunkt gebucht werden, könnten Beschaffungen von Großgerät mit langen Vorlaufzeiten sogar nach 2028 von der Ausweichklausel erfasst werden, sofern der Vertragsschluss noch in den Aktivierungszeitraum der Klausel fällt.

3.4 Pensionsausgaben

Aufgrund der demografischen Alterung, in den letzten Jahren auch wegen der an die Verbraucherpreisentwicklung gekoppelten

Pensionsanpassung sowie außertourlichen Erhöhungen, nehmen die Pensionsausgaben des Bundes langfristig merklich zu. Dies gilt sowohl absolut als auch gemessen an den Gesamtausgaben des Bundes (Mayrhuber, 2025). Die Pensionsausgaben des Bundes umfassen vor allem den Bundeszuschuss zur gesetzlichen Pensionsversicherung, einschließlich des Ersatzes für Ausgleichszulagen in der UG 22 Pensionsversicherung, sowie die Pensionen der Beamt:innen des Bundes, einiger ausgegliederter Einheiten (Post, ÖBB) und der pragmatisierten Landeslehrer:innen in der UG 23. Zudem fallen relevante Ausgaben in den UG 20 (Arbeit), UG 21 (Soziales) und UG 25 (Familie) an, aus denen für Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung Pensionsversicherungsbeiträge finanziert werden.

Die Auszahlungen aus der UG 22 erreichten 2025 rund 19,4 Mrd. €; davon entfielen 18 Mrd. € auf den Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung und 1,3 Mrd. € auf Ausgleichszulagen (Übersicht 6). Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Beamt:innen in der UG 23 summierten sich 2025 auf 13,3 Mrd. €,

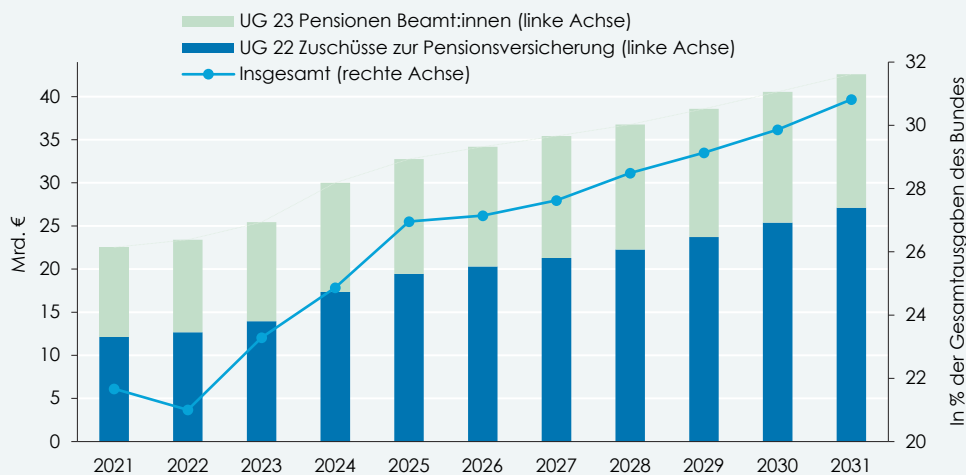
einschließlich der dort verbuchten 0,3 Mrd. € an Pflegegeld. Die Bruttopensionsausgaben des Bundes erreichten damit 2025 rund 32,8 Mrd. € oder 27% des Bundeshaushaltes. Zusammen mit den Bundesbeiträgen für Pensionsersatzzeiten, die 2025 3,1 Mrd. € betrugen, beliefen sich die Auszahlungen aus dem Bundeshaushalt auf 35,9 Mrd. € bzw. 29,5% der Gesamtausgaben.

Wurden im ersten Konsolidierungspaket Maßnahmen zur Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters gesetzt (vgl. Pitlik & Schratzenstaller, 2025, für einen kurzen Überblick), setzt das zweite Konsolidierungs- und Offensivpaket etwas andere Schwerpunkte, um der beträchtlichen Ausgabendynamik im Bereich Pensionen zu begegnen. Diese umfassen Offensivmaßnahmen zur Förderung der Beschäftigung älterer Erwerbstätiger über das Pensionsantrittsalter hinaus ("Arbeiten im Alter"), reduzierte Pensionsanpassungen unterhalb der Inflationsrate (2027 und 2028, mit Ausnahme der Mindestpensionen) sowie außertourliche Anhebungen der Höchstbeitragsgrundlage, ebenfalls in den Jahren 2027 und 2028.

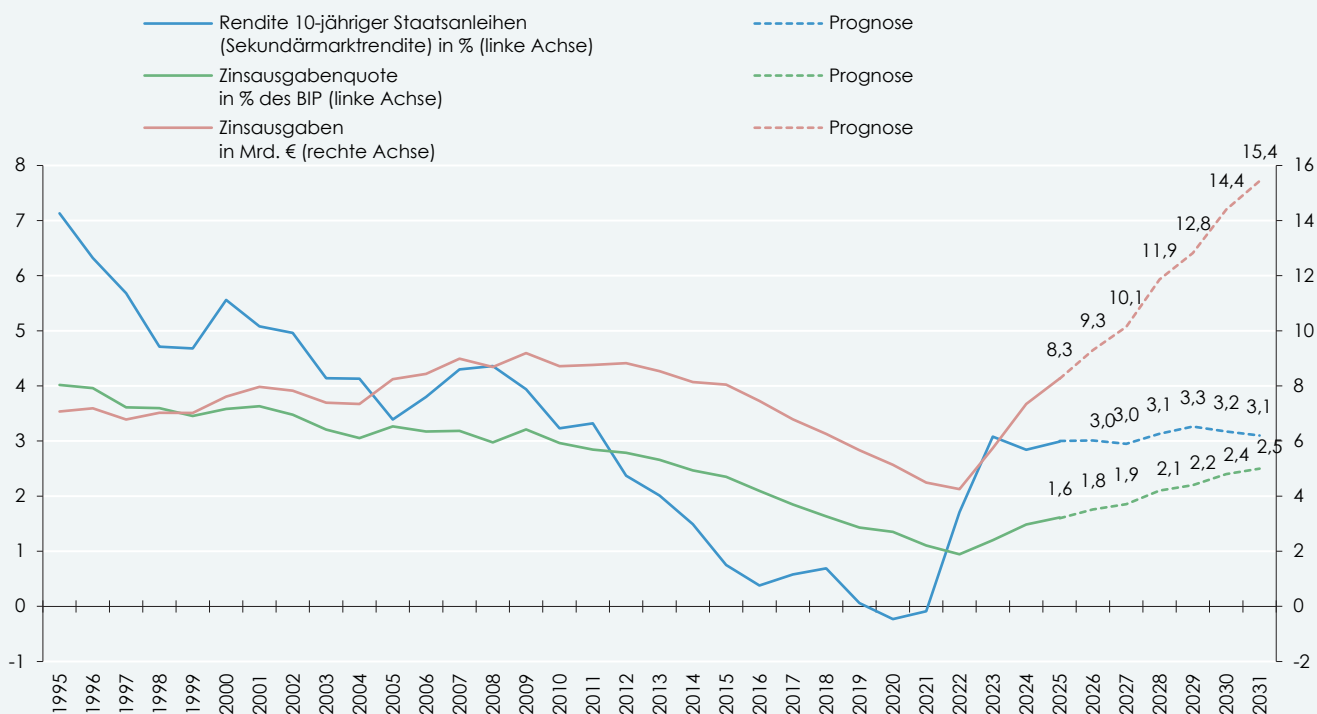
Übersicht 6: **Pensionsausgaben einschließlich der Ausgaben für Pensionsersatzzeiten**

	2018	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2018/ 2028
	Mrd. €								Veränderung in %
Ausgaben brutto	21,06	25,93	28,11	32,92	35,90	37,25	38,44	39,77	+ 88,9
UG 22 Zuschüsse zur Pensionsversicherung ¹⁾	9,23	12,66	13,95	17,36	19,45	20,29	21,29	22,27	+ 141,2
Zuschüsse zur Pensionsversicherung	8,19	11,48	12,68	16,00	18,03	18,84	19,83	20,81	+ 154,1
Ausgleichszulagen	0,98	1,08	1,17	1,25	1,30	1,33	1,34	1,36	+ 39,3
Pensionsbeiträge gemäß Nachtschwerarbeitsgesetz	0,07	0,10	0,10	0,11	0,11	0,12	0,11	0,10	+ 48,5
UG 23 Pensionen Beamt:innen	9,40	10,73	11,49	12,66	13,31	13,88	14,13	14,48	+ 54,1
Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Unternehmen	4,29	4,93	5,32	5,88	6,19	6,53	6,64	6,85	+ 59,8
Landeslehrpersonal	1,79	2,30	2,50	2,80	2,99	3,16	3,24	3,35	+ 87,1
Post	1,25	1,33	1,39	1,50	1,55	1,56	1,59	1,60	+ 27,6
ÖBB	2,06	2,17	2,29	2,48	2,58	2,63	2,66	2,68	+ 29,9
UG 22 und UG 23 insgesamt	18,63	23,40	25,44	30,01	32,76	34,17	35,42	36,75	+ 97,3
Pensionsversicherungsbeiträge für Pensionsersatzzeiten	2,43	2,53	2,67	2,91	3,15	3,08	3,02	3,02	+ 24,3
Bereich Arbeit ²⁾	1,27	1,21	1,36	1,55	1,69	1,60	1,67	1,63	+ 28,9
Bereich Soziales ³⁾	0,06	0,08	0,08	0,09	0,09	0,09	.	.	.
Bereich Familie ⁴⁾	1,03	1,24	1,22	1,27	1,36	1,38	1,35	1,39	+ 25,9
Einzahlungen (Pensionsbeiträge) Beamt:innen	2,21	2,09	2,08	2,15	2,11	2,07	1,96	1,87	- 15,2
Ausgaben netto	18,85	23,84	26,02	30,77	33,80	35,18	36,48	37,90	+ 101,1
Bruttoausgaben für Pensionen	in % der Gesamtausgaben	27,0	23,3	25,7	27,3	29,5	29,6	30,0	30,8
Bruttoausgaben für Pensionen	in % des BIP	5,5	5,8	5,9	6,7	7,0	7,0	7,0	7,0
Nettoausgaben für Pensionen	in % des BIP	4,9	5,3	5,4	6,2	6,6	6,7	6,7	6,7

Q: Bundesministerium für Finanzen (2026a, 2026c, 2026d), WIFO-Berechnungen. Basis: bis einschließlich 2025 Erfolg; 2026 bis 2028: Bundesvoranschlag. – ¹⁾ Einschließlich Ausgleichszulage sowie Pensionsbeiträge gemäß Nachtschwerarbeitsgesetz und der auf die UG 22 entfallenden Anteile der Pensionsersatzzeiten. – ²⁾ Gemäß Arbeitslosenversicherungsgesetz bei Bezug von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Weiterbildungsgeld, Sondernotstandshilfe, Sonderunterstützung, Überbrückungshilfe. – ³⁾ Für pflegende Angehörige. – ⁴⁾ Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten, für Pflegepersonen Schwerstbehinderter und bei Inanspruchnahme des Familienzeitbonus.

Abbildung 3: **Pensionsausgaben**

Q: Bundesministerium für Finanzen (2026a), WIFO-Berechnungen. 2026 bis 2028: Bundesvoranschlag, ab 2029: Bundesfinanzrahmen. Ohne Pensionsersatzzeiten.

Abbildung 4: **Entwicklung der Finanzierungsausgaben**

Q: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen (2026a), Renditen: OeNB (2026) und mittelfristige WIFO-Prognose vom März 2026, WIFO-Darstellung.

Die budgetierten Pensionsausgaben steigen trotz der Konsolidierungsmaßnahmen weiter auf 38,4 Mrd. € (2027) bzw. 39,8 Mrd. € (2028, Übersicht 6) und erreichen damit 30,0% bzw. 30,8% der Gesamtausgaben des Bundes. Die Zuwächse in den beiden Jahren ergeben sich aus gegenläufigen Effekten: Einerseits treten geburtenstarke Jahrgänge vermehrt in die Pension über, andererseits wirken die zurückhaltenden Pensionsanpassungen und die bereits beschlossenen Maß-

nahmen zur Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters dämpfend, was insgesamt die Ausfallhaftung des Bundes zur Abdeckung von Fehlbeträgen der Pensionsversicherung stabilisiert (+1 Mrd. € bzw. knapp unter +5% p. a.). Die Ausgaben für Beamtenpensionen (+0,25 und +0,35 Mrd. € bzw. +1,8% und +2,5%) steigen vergleichsweise moderat. Die Zahlungen für Ausgleichszulagen (rund 1,3 Mrd. €) sowie Pensionsersatzzeiten (rund 3 Mrd. €) stagnieren hingegen.

2027 und 2028 steigen die Pensionsausgaben des Bundes um voraussichtlich 3,2% bzw. 3,5% gegenüber dem Vorjahr und erreichen 2028 knapp 40 Mrd. € oder 30,8% der gesamten Bundesausgaben. Trotz weiterer Reformschritte wird die Dynamik der Pensionsausgaben nur moderat gebremst.

Die Zinsausgaben des Gesamtstaates dürften bis 2031 2,5% des BIP erreichen.

Die Bruttosteuerereinnahmen des Bundes steigen von 118,3 Mrd. € (2025) auf 126,6 Mrd. € (2027) und erreichen 2028 132,8 Mrd. €.

Im Bundesfinanzrahmen ist bis 2031 eine Zunahme der Auszahlungen – ohne Pensionsersatzzeiten, für die ab 2029 keine Detailbudgetierung vorliegt – auf insgesamt 42,6 Mrd. € vorgesehen, wovon 27,1 Mrd. € auf die UG 22 und 15,5 Mrd. € auf die UG 23 entfallen (Abbildung 3). Damit steigt der Anteil der Pensionsausgaben (ohne Pensionsersatzzeiten) an den gesamten Ausgaben des Bundes von rund 27,0% (2025) bis 2031 auf voraussichtlich 30,8%.

3.5 Finanzierungsausgaben

Österreichs Staatsschuld erhöhte sich in den Jahren 2019 bis 2025 von 281,0 Mrd. € (71,0% des BIP) auf 418,1 Mrd. € (81,5% des BIP; +137,1 Mrd. € oder +48,8%). Das günstige internationale Zinsumfeld und die hohe Bonität Österreichs ließen die Zinsausgaben nur geringfügig von 1,4% (2019) auf 1,6% des BIP (2025) ansteigen. Jüngst haben sich die Finanzierungskonditionen allerdings deutlich verschlechtert. Für die Jahre bis 2031 erwartet das WIFO in seiner mittelfristigen Prog-

nose Sekundärmarktrenditen von 3,0% bis 3,3% (Baumgartner et al., 2026).

Die österreichische Verschuldungsstruktur ist insgesamt sehr langfristig. Ende Mai 2026 betrug die durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschulden des Bundes 12,15 Jahre. Dennoch wird, aufgrund der anhaltend hohen Neuverschuldung und wegen des Abreifens von nominell teils deutlich geringer verzinsten Staatsanleihen, die Zinsbelastung in den nächsten Jahren kräftig zunehmen.

2027 steigen die erwarteten Zinsausgaben (ESVG-Abgrenzung) des Gesamtstaates deutlich auf 10,1 Mrd. € (1,9% des BIP; 2028: 11,9 Mrd. € bzw. 2,1% des BIP; Abbildung 4). 2031 dürfte der Zinsendienst bereits 2,5% des BIP ausmachen. Die Zinsausgabenquote erreicht damit zwar noch lange nicht vergangene Höchststände (1995: 4,0% des BIP), ihr Anstieg beschränkt jedoch künftige Budgetspielräume, um den sozial-, bildungs-, klima- und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen.

4. Entwicklungen im Abgabensystem

Knapp 72% des Bruttokonsolidierungsvolumens (2027/2031) ergeben sich aus einem Anstieg der Einnahmen, was auch damit zusammenhängt, dass die Senkung der Lohnnebenkosten im Wesentlichen durch einnahmenseitige Maßnahmen gegenfinanziert wird. Die Konsolidierungsmaßnahmen in Form von Steuer- bzw. Abgabenerhöhungen werden 2027 auf 1,4 Mrd. € (67,2% des Bruttokonsolidierungsvolumens) geschätzt, bis 2031 sollen sie auf 3,6 Mrd. € (70,1%) steigen.

Die geplanten Steuer- bzw. Abgabenerhöhungen umfassen eine Reihe von breit gefächerten Einzelmaßnahmen, die teilweise Dienstgeber:innen, teilweise Dienstnehmer:innen betreffen⁵⁾. Im Bereich der Sozialversicherungsbeiträge sind hier insbesondere die Abschaffung der gestaffelten Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Niedrigverdiener:innen, die Wiedereinführung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge sowie der Beitragspflicht zum Insolvenzentgeltfonds für ältere Arbeitskräfte, die außertourliche Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage sowie das Einfrieren der Geringfügigkeitsgrenze zu nennen. Hinzu kommt die Wiedereinführung der FLAF-Beitragspflicht für über 60-jährige Arbeitskräfte. Arbeitnehmer:innen werden darüber hinaus durch die Abschaffung des Home-Office-Pauschales belastet.

Eine Reihe der steuerlichen Konsolidierungsmaßnahmen betreffen die Unternehmen: die Verlängerung der Bankenabgabe, der auf 24% erhöhte Körperschaftsteuersatz für

Unternehmen mit körperschaftsteuerpflichtigen Gewinnen über 1 Mio. €, die Wiedereinführung des FLAF-Beitrags für über 60-Jährige, die temporäre Einschränkung des investitionsbedingten Gewinnfreibetrags, die Einführung von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen und Beiträgen zum Insolvenzentgeltfonds für ältere Arbeitnehmer:innen, Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung sowie die Abschaffung des Arbeitsplatzpauschales.

Hinzu kommen ökologisch relevante Maßnahmen, wie die Steuerpflicht des Sachbezuges bei Elektrofahrzeugen, die Einschränkung klimakonttraproduktiver Subventionen und ein steuerlicher Ökologisierungsbetrag, sowie die Verlängerung der Agrardieselergütung.

Schließlich wird die Alkoholsteuer angehoben, und durch die Senkung der pauschalen Anschaffungskosten bei Altgrundstücken werden die Einnahmen aus der Immobilien-ertragsteuer erhöht.

Die Bruttosteuerereinnahmen sollen von 118,3 Mrd. € gemäß Erfolg 2025 auf 126,6 Mrd. € (2027) bzw. 132,8 Mrd. € (2028) zunehmen, die Bruttoabgaben (Bruttosteuerereinnahmen zuzüglich der Einnahmen aus dem Nationalen Emissionszertifikatehandel) steigen von 119,7 Mrd. € (2025) auf 128,9 Mrd. € (2027), 135,1 Mrd. € 2028 und sollen 2031 145,6 Mrd. € betragen (Übersicht 2).

⁵⁾ Vgl. den Beitrag von Benjamin Bittschi und Margit Schratzenstaller im Heft 8/2026 der WIFO-Monatsberichte für einen Überblick.

Die bei weitem umfangreichste Offensivmaßnahme ist mit einem jährlichen erwarteten Entlastungsvolumen von 2 Mrd. € die Reduktion der Lohnnebenkosten in Form der Senkung des FLAF-Beitrags von 3,7% auf 2,7% ab 2028. Die dienstgeberseitigen Lohnnebenkosten, die sich 2024 auf insgesamt 50 Mrd. € beliefen, sinken dadurch um 1 Prozentpunkt auf 28,56% der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Teilweise befristete und primär einnahmenseitige Maßnahmen, die Unternehmen, Banken und staatsnahe Unternehmen betreffen, dienen der Gegenfinanzierung des Einnahmenentfalls. 2028 ist auch eine Beteiligung von Ländern und Gemeinden vorgesehen: Der Abgeltungsbeitrag an den Familienlastenausgleichsfonds wird um etwa 0,6 Mrd. € erhöht; da durch den solchermaßen erhöhten Vorwegabzug die zur Verteilung an Bund, Länder und

Gemeinden zur Verfügung stehenden Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben entsprechend gekürzt werden, erhalten Länder und Gemeinden im Ausmaß ihrer Ertragsanteilsschlüssel (etwa ein Drittel der Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben) etwa 0,2 Mrd. € weniger an Ertragsanteilen. Ob und wie diese Regelung nach Ablauf der aktuellen Finanzausgleichsperiode Ende 2028 fortgeführt wird, wird Gegenstand der Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich ab 2029 sein. Außerdem erhalten die Länder vom Bund einen Investitionszweckzuschuss in der Höhe von 166,86 Mio. €, der sich aus Mitteln der EU-Aufbau- und -Resilienzfazilität speist. Für die Gemeinden wird ein Infrastrukturinvestitionspaket in der Höhe von 30 Mio. € gewährt, in dessen Rahmen vor allem Projekte die Energiewende finanziert werden sollen.

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die im Doppelbudget 2027/28 vorgesehenen zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen werden einen Beitrag zur Verringerung der laufenden Neuverschuldung leisten und den Anstieg der Staatsschuld verlangsamen. Dennoch bleiben die Defizite in den nächsten Jahren hoch und die Schuldenquote wird 2031 85% des BIP überschreiten. Daher müssen über diese kurzfristigen Konsolidierungsmaßnahmen hinaus nun die überfälligen Strukturreformen eingeleitet und umgesetzt werden. Im Rahmen der Reformpartnerschaft sind durch Bund, Länder und Gemeinden bis Ende 2026 grundlegende systemische Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen sowie in der Verwaltung zu erarbeiten. Zudem müssen die bereits ergriffenen Schritte im Bereich des Fördersystems

durch eine systematische Evaluierung bestehender Subventionen sowie die Suche nach budgetschonenderen Alternativen ergänzt werden. Angesichts des Auslaufens des geltenden Finanzausgleichs Ende 2028 ist eine fundamentale Reform der Architektur des Finanzausgleichs vorzubereiten, die eine Aufgabenkritik und -entflechtung sowie die Ausweitung der Abgabenaufonomie der subnationalen Gebietskörperschaften zu beinhalten hätte. Einzuleiten sind auch weitere Reformen im Pensionssystem, einschließlich einer langfristig angelegten Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters. Nicht zuletzt gilt es, Möglichkeiten auszuloten, um die Budgetspielräume für dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen zu erweitern.

6. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Fink, M., Kaniovski, S., & Pitlik, H. (2026). Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031. *WIFO-Monatsberichte*, 99(4), 169-188. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/68110059>.
- Budgetdienst (2025a). *UG 20 – Arbeit. Untergliederungsanalyse – Budgets 2025 und 2026*. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/untergliederungsanalysen/BD-UG-20-Arbeit-Budgets-2025-und-2026.pdf>.
- Budgetdienst (2025b). *UG 25 – Familie und Jugend. Untergliederungsanalyse – Budgets 2025 und 2026*. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/untergliederungsanalysen/BD-UG-25-Familie-und-Jugend-Budgets-2025-und-2026.pdf>.
- Budgetdienst (2025c). *Umsetzung weiterer Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen*. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD-Umsetzung-weiterer-Konsolidierungs-und-Offensivmassnahmen.pdf>.
- Budgetdienst (2026). *Budgetanalyse 2027 und 2028*. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/budget/BD-Budgetanalyse-2027-und-2028.pdf>.
- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2026a). *Strategiebericht 2027 bis 2030 und 2028 bis 2031 gemäß § 14 BHG 2013. Budgetbericht 2027 und 2028 gemäß § 42 Abs. 3 BHG 2013*. Beschlussfassung vom 10. Juli 2026. https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:05d69691-da87-4741-8e82-f4db29cc889b/Strategiebericht_2027-2030_2028-2031_Budgetbericht_2027_2028_Beschluss.pdf.
- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2026b). *Green Budgeting. Übersicht gemäß § 42 Abs. 4 BHG 2013*. https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2027_2028/beilagen/Green_Budgeting_2027_2028.pdf.
- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2026c). *Verzeichnis veranschlagter Konten – Bundesvoranschlag 2027. Untergliederung 20: Arbeit*. https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2027_2028/bfg2027/teilhefte/UG20/UG20_Verzeichnis_veranschlagter_Konten_2027.pdf.

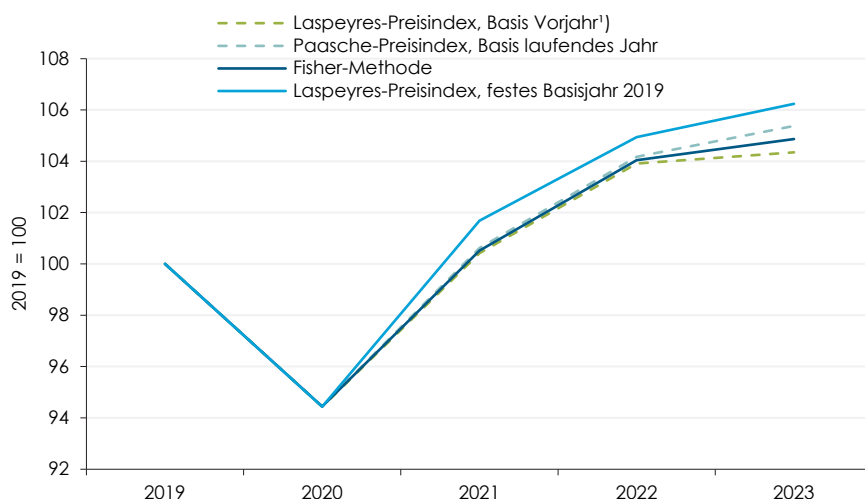
- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2026d). *Teilheft – Bundesvoranschlag 2027. Untergliederung 25: Familie und Jugend*. https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2027_2028/bfg2027/teilhefte/UG25/UG25_Teilheft_2027.pdf.
- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2026e). *Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2027 und 2028*. https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:7c72f7ed-db77-440e-82f1-1f1feb92c206/DBP_2027-2028_10-06-2026.pdf.
- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2026f). *Entwicklungszusammenarbeit. Übersicht gemäß § 42 Abs. 4 BHC 2016*. https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2027_2028/beilagen/Entwicklungszusammenarbeit_2027_2028.pdf.
- Bundesministerium für Landesverteidigung (2026). *Landesverteidigungsbericht 2026/2027 gemäß Landesverteidigungs-Finanzierungsgesetz (LV-FinG)*. https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/III/360/imfname_1764392.pdf.
- Ederer, S. (2026). *Energiepreise bremsen Österreichs Konjunktur nur kurz aus. Prognose für 2026 und 2027*. WIFO-Monatsberichte, 99(7), 331-344. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/72302780>.
- Europäische Kommission (2025). *Accommodating Increased Defence Expenditure Within the Stability and Growth Pact*. C(2025) 2000 final. Communication from the Commission. https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/a57304ce-1a98-4a2c-aed5-36485884f1a0_en?filename=Communication-on-the-national-escape-clause.pdf.
- Fiskalrat (2026). *Aktivierung der "nationalen Ausweichklausel" für Landesverteidigungsausgaben könnte zukünftigen Konsolidierungsbedarf erhöhen*. <https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:e93a5761-b832-48b9-989e-beb72582a534/20260202-FISK-B%C3%BCro-Info-Nationale%20Ausweichklausel.pdf>.
- Mayrhuber, C. (2025). *Finanzierungsstruktur der Pensionsversicherung in Österreich. Zwischen Versicherung und Sozialpolitik*. WIFO Research Briefs, (8). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58625634>.
- Moser, M., & Reiss, L. (2026). *Weiterhin hohe Budgetdefizite trotz beträchtlicher Konsolidierung Analyse der Doppelbudgets 2025/26 und 2027/28*. OeNB Policy Brief, (2026/3). <https://www.oenb.at/dam/jcr:5eb51750-ffdb-4786-bdff-ff51b0feecb9/policy-brief-2026-3.pdf>.
- Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2025). *Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029*. WIFO-Monatsberichte, 98(6), 317-330. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60272915>.
- Schratzenstaller, M., Bock-Schappelwein, J., & Mayrhuber, C. (2026). *Gleichstellungswirkungen von Budgetkonsolidierungen*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67720145>.

Der Einfluss des Preisbereinigungsverfahrens auf die Messung der Wirtschaftsentwicklung in Krisenzeiten

Marcus Scheiblecker

- Die Preisbereinigung von volkswirtschaftlichen Aggregaten kann mit verschiedenen Verfahren erfolgen, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führen.
- Die hierfür verwendeten Indizes beruhen auf Gewichten, die auf unterschiedlichen Basisperioden gründen.
- Solange diese Gewichte nur geringen Veränderungen über die Zeit ausgesetzt sind, liefern die einzelnen Preisbereinigungsverfahren sehr ähnliche Ergebnisse.
- Verändern sich die Gewichte hingen rasch, wie dies während der COVID-19-Pandemie und der anschließenden Hochinflationsphase der Fall war, können sich die Ergebnisse beträchtlich unterscheiden.
- Ein empirischer Vergleich der verschiedenen Preisbereinigungsverfahren, angewandt auf das BIP der EU 27, zeigt über die Jahre 2020 bis 2023 eine kumulierte Differenz im realen Wirtschaftswachstum von fast 2 Prozentpunkten.

Entwicklung des realen BIP in der EU 27 nach vier Preisbereinigungsverfahren



"In Krisenzeiten können sich die zur Preisbereinigung verwendeten Gewichte von Jahr zu Jahr erheblich verändern, was die Messung der realen Wirtschaftsentwicklung erschwert."

Das stärkste kumulierte Wachstum über die Jahre 2020 bis 2023 ergibt sich beim Index mit Fixpreisbasis (+6,2%), das schwächste beim Laspeyres-Index mit Vorjahresbasis (+4,4%) (Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Die Verwendung der Vorjahrespreisbasis ist für EU-Mitgliedsländer verpflichtend).

Der Einfluss des Preisbereinigungsverfahrens auf die Messung der Wirtschaftsentwicklung in Krisenzeiten

Marcus Scheiblecker

Der Einfluss des Preisbereinigungsverfahrens auf die Messung der Wirtschaftsentwicklung in Krisenzeiten

Unterschiedliche Methoden der Preisbereinigung können abweichende Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsproduktes ergeben. In normalen Jahren sind die Unterschiede meist gering, nicht jedoch in Krisenjahren. So verursachten die COVID-19-Pandemie und der folgende Inflationsschock erhebliche Schwankungen der Komponenten von Produktion und Konsum und damit der Gewichte, auf denen die Bereinigung aufsetzt. Auf Basis von EU-Daten für die Jahre 2019 bis 2023 untersucht dieser Beitrag, wie sensibel die Veränderungsraten des BIP auf vier unterschiedliche Preisbereinigungsverfahren reagieren; dazu werden die Gewichte des Vorjahres (Kettenindex), des laufenden Jahres, ein Fisher-Index und die Gewichte des festen Basisjahres 2019 herangezogen. Das ermittelte BIP-Wachstum weicht in einzelnen Jahren um bis zu 1,4 Prozentpunkte ab, kumuliert beträgt die Wachstumsdifferenz 1,8 Prozentpunkte.

The Impact of Price Adjustment Methods on the Measurement of Economic Performance in Times of Crisis

Different price adjustment methods can yield different real GDP growth rates. While differences are usually small, the COVID-19 pandemic and the ensuing inflation shock caused major shifts in production and consumption components – and thus in the weights used for price adjustment. Using EU National Accounts data (2019-2023), this article examines how sensitive GDP growth rates are to four different price adjustment methods, based on previous-year weights (chain-linking), current-year weights, the Fisher index, and weights from a fixed 2019 base year. GDP growth differs by up to 1.4 percentage points in individual years, with cumulative growth differences reaching 1.8 percentage points.

JEL-Codes: E01, E3 • **Keywords:** Wirtschaftswachstum, Preisbereinigtes BIP

Begutachtung: Sandra Bilek-Steindl • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Victoria Plöchl (victoria.ploechl@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 6. 7. 2026

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at)

Starke Veränderungen in der Zusammensetzung von wirtschaftlichen Aggregaten wie dem BIP und dem VPI schmälern die Aussagekraft preisbereinigter Daten.

1. Einleitung

Die Bereinigung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um Preiseffekte ist unerlässlich, um die Veränderung der realen Produktion im Zeitverlauf zu messen. Aus der Bereinigung resultiert ein zusammengesetzter Mengenindex, der das reale BIP widerspiegelt. Rasche Veränderungen der Komponenten des BIP und damit der zugrundeliegenden Gewichte, wie sie in Krisenzeiten oftmals beobachtet werden, erschweren allerdings die Preisbereinigung. Besonders erratisch waren die Gewichtsveränderungen während der COVID-19-Pandemie. Ebenso können Phasen hoher Inflation die Gewichte beeinflussen.

Im Jahr 2005 stellten die EU-Mitgliedsländer bei der Ableitung der Gewichte, die der Ermittlung eines Preisindex zur Berechnung des realen BIP dienen, von einem festen Basisjahr auf eine Kettenindexierung mit jährlicher

Anpassung der Gewichte um, bei der das jeweilige Vorjahr als neues Basisjahr dient. Die Ähnlichkeit der Produktions- und Nachfragemuster zwischen Vor- und Folgejahr sollte größere Verschiebungen der Gewichte, wie sie bei einem weiter in der Vergangenheit liegenden Basisjahr auftreten können, hintanhalten, und so eine verlässlichere Preisanpassung ermöglichen¹⁾.

In normalen Zeiten erscheint die Annahme, dass sich die Wirtschaftsstruktur und somit die Gewichte zur Preisbereinigung von Jahr zu Jahr kaum verändern, durchaus plausibel. In Krisenzeiten kann sie jedoch weniger zutreffend sein. So verursachten etwa die COVID-19-Pandemie und der folgende Inflationsschub beträchtliche Schwankungen in der relativen Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche und in der Zusammensetzung

¹⁾ Die USA verwenden in ihrer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zur Ermittlung der Preisanpassung hingegen einen Fisher-Preisindex, der sowohl der

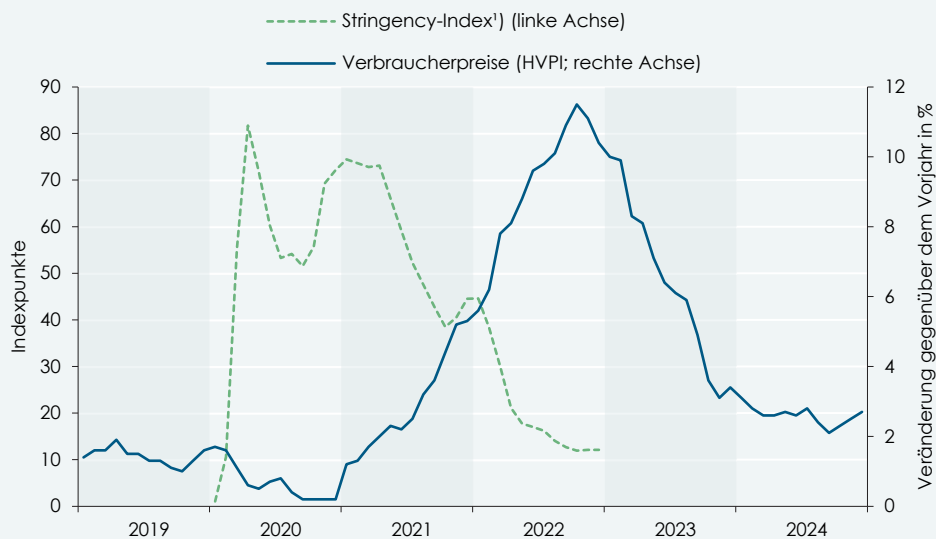
Wirtschaftsstruktur des laufenden als auch des vergangenen Jahres Rechnung trägt.

zung des Konsumwarenkorb in aufeinanderfolgenden Jahren.

In der ersten Phase der COVID-19-Pandemie, um die Jahreswende 2019/20, wurden Reise- und Transportaktivitäten stark eingeschränkt, Geschäfte behördlich geschlossen und die Teilnahme an Veranstaltungen untersagt. Die Blavatnik School of Government der Universität Oxford fasste die Intensität der jeweiligen staatlichen Beschränkungen im Stringency Index zusammen (Hale et al., 2021; Abbildung 1). Abseits von diesen ordnungspolitischen Maßnahmen wurden die

öffentlichen Ausgaben für Gesundheit erhöht. Die Bevorratung von Vorleistungs- und Konsumgütern setzte Lieferketten unter Druck. In Branchen, die persönliche Dienstleistungen anbieten, etwa der Beherbergung und Gastronomie oder der Kunst, Unterhaltung und Erholung, brach die Produktion ein. Hierdurch veränderten sich 2020 sowohl die produktionsseitigen Beiträge der Branchen zum BIP als auch die Zusammensetzung der nachgefragten Produkte auf der Ausgabenseite erheblich im Vergleich zum Vorjahr.

Abbildung 1: COVID-19-Eindämmungsmaßnahmen und Inflationsrate in der EU 27



Q: Eurostat, Blavatnik School of Government, Universität Oxford. – ¹⁾ Der Stringency Index (STI) misst die Intensität der Schließungs- und Eindämmungsmaßnahmen. Seine Veröffentlichung wurde Ende 2022 eingestellt. Die täglichen STI-Werte für jedes EU-Mitgliedsland wurden anhand der nominalen BIP-Anteile gewichtet, für die EU 27 aufaddiert und anschließend in Monatsdurchschnitte umgerechnet.

Während die Investitionsnachfrage aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Aussichten zurückging, verlagerte sich die Konsumnachfrage von den Dienstleistungen zu industriell hergestellten Gütern wie Möbeln und Heimwerkerbedarf. Dies führte in der zweiten Jahreshälfte 2020 zu einem empfindlichen Anstieg der internationalen Frachtraten, was die Lieferketten weiter belastete.

Ab dem II. Quartal 2021 begann sich die Produktion in der EU zu erholen, wodurch das BIP zunächst sprunghaft anstieg und in den Folgequartalen moderater wuchs. Während die Verbraucherpreisinflation bis Ende 2020 noch auf einem eher gedämpften Niveau lag (Abbildung 1), lebte sie im Folgejahr beträchtlich auf und kletterte von 1,2% im Jänner auf über 5% im Dezember 2021.

Im Jahr 2022 setzte sich die Erholung der Wirtschaft mit der Wiedereröffnung von Produktionsstätten und der schrittweisen Belebung des internationalen Reiseverkehrs fort.

Dies veränderte die Produktions- und Nachfragemuster erneut. Der Beginn des Ukraine-Krieges löste zudem einen steilen Anstieg der Erdgaspreise auf den europäischen Märkten aus. Da die marginale Stromnachfrage durch Gasturbinenkraftwerke gedeckt wird, verteuerte sich auch Strom sprunghaft. Die Inflationsrate kletterte in der Folge von rund 5½% zu Jahresbeginn auf einen historischen Höchststand von 11½% im Oktober 2022. Neben den Verbraucherpreisen zogen auch die Preise für Baumaterialien und Bauleistungen in vielen EU-Mitgliedsländern kräftig an.

In der zweiten Jahreshälfte 2022 begann die EZB, ihre Leitzinsen rasch anzuheben, wodurch der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 0% Mitte 2022 auf 4,5% Ende 2023 stieg. In vielen Ländern belastete dies empfindlich die weitgehend kreditfinanzierte Bautätigkeit. Die aufgestaute Nachfrage nach grenzüberschreitenden Reisen trieb 2022 neben den Mengen auch die Preise für Dienstleistungen des Tourismus deutlich über das Vorkrisenniveau. Der starke Preisschub

Einige Nachfragekategorien wie Flugreisen, Tourismus- und Unterhaltungsdienstleistungen verloren 2020 innerhalb der heimischen Produktion deutlich an Gewicht.

löste Ausweichreaktionen bei bestimmten Produkten aus. In der Folge veränderten sich die Gewichte von Produktion und Nachfrage erneut gegenüber dem Vorjahr.

Preis- bzw. Mengenveränderungen werden sowohl in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) zur Preisbereinigung des BIP als auch bei der Erstellung des Verbraucherpreisindex (VPI) möglichst detailliert berechnet und anhand geeigneter Gewichte, welche der relativen Bedeutung der Komponenten entsprechen, in einem Gesamtindex gebündelt. Im Fall des VPI resultiert daraus ein Preisindex, im Fall des BIP ein Mengenin-

dex. Die Herausforderung, ein geeignetes Gewichtungsschema für die Preismessung und Preisanpassung zu finden, beschränkt sich somit nicht auf die VGR, sondern tritt auch bei der Inflationsmessung auf²⁾. Veränderungen der VPI-Gewichte im Zeitverlauf können die Messung der Inflationsrate verzerren. Das Ausmaß solcher Verzerrungen, die auf einen Substitutionsbias zurückzuführen sind, wurde für die USA im Bericht der Boskin-Kommission quantifiziert (Committee on Finance United States Senate, 1996). Gordon (2000) fasste die Ergebnisse und kritischen Anmerkungen dieses Berichtes zusammen.

2. Preisanpassung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Bei der Anpassung nomineller Werte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung an Preisveränderungen ist es gängige Praxis, die nominellen Veränderungsraten in eine Mengenkomponente und eine Preiskomponente zu zerlegen. Es gilt

$$(1) \quad \frac{\sum p_i^t * q_i^t}{\sum p_i^0 * q_i^0} = \frac{P^t}{P^0} * \frac{Q^t}{Q^0},$$

wobei p_i^t der Preis und q_i^t die Menge des Produktes i in der aktuellen Periode t ist. Je nach Konstruktion des Preisindex P können unterschiedliche Mengenindizes Q entstehen, woraus sich wiederum unterschiedliche Veränderungsraten des realen BIP ergeben.

Wendet man auf die nominellen Veränderungsraten einen Laspeyres-Index zur Preisbereinigung an, so erhält man die reale Veränderung des BIP in Form eines Paasche-Mengenindex. Umgekehrt würde eine Deflationierung mittels Paasche-Preisindex zu einem Mengenindex vom Laspeyres-Typ führen. Der Laspeyres-Preisindex multipliziert mit dem Paasche-Mengenindex ergibt die gleichen nominellen Veränderungsraten wie die Multiplikation des Paasche-Preisindex mit dem Laspeyres-Mengenindex. Bei der derzeit in der EU üblichen Preisbereinigungsmethode des BIP werden die nominellen Veränderungsraten in eine Laspeyres-Preisveränderungskomponente und eine Paasche-Mengenveränderungskomponente zerlegt.

Der Laspeyres-Preisindex misst die Preisentwicklung des in der Basisperiode konsumierten Waren- und Dienstleistungskorbs. Die Gewichte ergeben sich demzufolge aus den Konsumanteilen im Basisjahr. Im verketteten Laspeyres-Index ist das Basisjahr das jeweils vorangegangene Jahr $t - 1$, im Laspeyres-Index mit fester Basis ist es ein beliebiges fixes Basisjahr der Vergangenheit. In beiden Fällen beantwortet der Index die Frage, wieviel

ein im Basisjahr gekaufter Warenkorb im aktuellen Jahr t kosten würde. Der Laspeyres-Index wird auch als "basisgewichteter Index" bezeichnet, da die Preisveränderungen (so genannte Preisrelative) anhand des Anteils der jeweiligen Komponente am Gesamttaggregat im Basisjahr gewichtet werden. Es gilt

$$(2) \quad I_{Las}^P = \frac{\sum p_i^t * q_i^0}{\sum p_i^0 * q_i^0} = \sum w_i^0 * \left(\frac{p_i^t}{p_i^0} \right)$$

$$\text{mit} \quad w_i^0 = \frac{p_i^0 * q_i^0}{\sum p_i^0 * q_i^0},$$

wobei das Gewicht w einem Prozentsatz bzw. Anteil entspricht.

Der Paasche-Preisindex verwendet hingegen die Gewichte des laufenden Jahres:

$$(3) \quad I_{Paa}^P = \frac{\sum q_i^t * p_i^t}{\sum q_i^t * p_i^0} = \sum w_i^t * \left(\frac{p_i^t}{p_i^0} \right)$$

$$\text{mit} \quad w_i^t = \frac{q_i^t * p_i^t}{\sum q_i^t * p_i^t}.$$

Er beantwortet somit die Frage, was ein Warenkorb auf Grundlage der Gewichte des laufenden Jahres im Vorjahr gekostet hätte.

Wenn sich die für die Preisanpassung relevanten Gewichte von einem Jahr auf das andere stark verändern, leiden beide Arten von Preisindizes unter eingeschränkter Aussagekraft, zumal weder die Frage, was der Warenkorb des Vorjahres dieses Jahr kosten würde, noch jene, was der aktuelle Warenkorb im Vorjahr gekostet hätte, zu plausiblen Ergebnissen führen, wenn sich die Zusammensetzung des Warenkorbes grundlegend verändert hat. Die Annahme, die geeigneten Gewichte seien entweder die des Vorjahres oder die des laufenden Jahres, ist in diesem Fall problematisch.

²⁾ Eurostat publizierte während der COVID-19-Krise lediglich Empfehlungen zur Preisbereinigung in der Quartalsrechnung (Eurostat, 2020a) und zum Umgang

mit vorübergehenden Geschäftsschließungen im Verbraucherpreisindex (Eurostat, 2020b).

In seinem "Quarterly National Accounts Manual" erkennt der Internationale Währungsfonds – IWF (2018) in Kapitel 1 Lit. 11 an, dass in Zeiten hoher Inflation "[...] eines der Grundaxiome der Jahres-VGR verletzt wird: nämlich die Annahme der Preishomogenität über die Zeit. Obwohl dieses Grundaxiom nie vollständig gilt (es sei denn, es gibt keine Preisänderungen), beeinträchtigt es in Zeiten niedriger Inflation nicht die Validität der Jahres-VGR. In Situationen hoher Inflation verliert die Addition der aktuellen Preisdaten über ein Jahr hinweg jedoch an Aussagekraft, da die Preise innerhalb des Jahres so stark schwanken."

In Hochinflationsphasen empfiehlt der IWF daher die Verwendung eines festen Basisjahres anstelle einer Preisbasis aus dem Vorjahr: "Wenn relative Preise starken Schwankungen unterliegen, verschlechtert sich die Qualität der Kettenindexierung. Dies kann aufgrund der Auswirkungen von Ölschocks oder in Situationen mit hoher Inflation geschehen. In solchen Fällen kann die jährliche Aktualisierung des Gewichtszeitraums auch zu Drifteffekten führen [...] und ungenaue Volumenschätzungen ergeben. In solchen Fällen sind Daten zu konstanten Preisen, die auf einer regelmäßigen Aktualisierung des Basisjahres (z. B. alle fünf Jahre) basieren, der Kettenindexierung vorzuziehen (IWF, 2018, Kapitel 8, Lit. 64).

Wenn sich die Gewichte zwischen zwei aufeinanderfolgenden Jahren stark verändern, liefern wie erwähnt sowohl der Laspeyres- als

auch der Paasche-Preisindex aufgrund der Verletzung von Grundannahmen verzerrte Ergebnisse. Eine Möglichkeit zur Verringerung dieser Verzerrungen in die eine oder andere Richtung besteht darin, den geometrischen Mittelwert beider Indexarten zu bilden. So geht der Fisher-Preisindex vor:

$$(4) \quad I_{\text{Fish}}^P = \sqrt{I_{\text{Las}}^P * I_{\text{Paa}}^P}.$$

In diesem Fall ist jedoch eine mathematisch korrekte Aufschlüsselung der nominellen Veränderungsrate in eine Preis- und eine Mengenkomponekte nicht mehr möglich. Dennoch haben mehrere Länder, etwa die USA, den Fisher-Preisindex als eine Art Kompromiss eingeführt (Landefeld & Parker, 1995). Die Vorteile und Eigenschaften dieses Index wurden von Diewert (1992) ausführlich erörtert. Vereinfacht gesagt werden weder der Warenkorb des laufenden Jahres noch jener des Vorjahres als zur Preisbereinigung geeignet angesehen. Stattdessen wird angenommen, dass die "Wahrheit" irgendwo dazwischen in einer Form eines geometrischen Durchschnittes liegt.

Es gibt somit keinen theoretisch korrekten Weg, eine Preisbereinigung mithilfe zusammengesetzter Indizes durchzuführen. Verschiedene Arten von Indexformeln basieren auf unterschiedlichen impliziten Annahmen, liefern jedoch ähnliche Ergebnisse, solange sich die relativen Preise und Mengen von Jahr zu Jahr kaum verändern.

Die Aufspaltung von ökonomischen Zeitreihen in eine Preis- und Mengenkomponekte unter Verwendung eines zusammengesetzten Index war schon immer eine Kompromisslösung.

3. Sensitivitätsanalyse auf Basis des BIP der EU 27

Die COVID-19-Pandemie und die Inflationskrise hatten in den Jahren 2020 bis 2023 eine Reihe von Schocks hinsichtlich der Zusammensetzung von Produktion und Nachfrage sowie der Preise zur Folge. Der empirische Abschnitt des Beitrags untersucht daher mit Blick auf die Wirtschaftsentwicklung der EU 27 im Zeitraum 2020 bis 2023, wie sensibel die Veränderungsrate des realen BIP auf verschiedene Verfahren der Preisbereinigung reagieren. Es wurden folgende vier Methoden berücksichtigt:

- Laspeyres-Preisindex mit dem Vorjahr als Basisjahr, was dem EU-Standard und somit den veröffentlichten VGR-Daten entspricht,
- Paasche-Preisindex mit dem laufenden Jahr als Basiszeitraum,
- Fisher-Mengenindex unter Verwendung des geometrischen Mittelwertes mit dem Vorjahr und dem aktuellen Jahr als Basis, sowie ein

- Laspeyres-Preisindex mit dem festen Basisjahr 2019.

3.1 Datenbasis

Die Datenbasis sind die von Eurostat veröffentlichten nominellen Werte und realen Veränderungsrate des BIP für die Jahre 2019 bis 2023³⁾. Letztere repräsentieren einen Paasche-Mengenindex, während der von Eurostat angewendete Preisindex ein Kettenindex vom Laspeyres-Typ ist.

Um theoretisch konsistente Ergebnisse zwischen den vier Preisbereinigungsverfahren zu erzielen, müssten die Teilkomponenten des BIP auf der tiefsten Aggregationsebene, also sehr detailliert vorliegen. Es wurde daher auf der kleinteiligsten verfügbaren Aggregationsebene der Nachfrageseite aufgesetzt, da die Preisanpassung auf der Produktionsseite des BIP aufgrund der hierfür verwendeten doppelten Deflationsmethode weniger zuverlässig ist. Zudem ist zu beachten, dass je nach Detailgrad der Ausgangs-

³⁾ Die Daten wurden am 27. November 2024 von der Eurostat-Website (<https://ec.europa.eu/eurostat/data/database>) heruntergeladen.

Die Qualität eines Vergleichs der Ergebnisse unterschiedlicher Preisbereinigungsverfahren steigt mit zunehmendem Detailgrad der Ausgangsdaten.

daten unterschiedliche Ergebnisse zu erwarten sind.

Übersicht 1 stellt den Granularitätsgrad der Datenbasis dar. Er ist zwar noch weit von der prinzipiell wünschenswerten Einzelprodukt-ebene entfernt, dieser Beitrag will jedoch keine korrekte Preisbereinigung nach verschiedenen Methoden erstellen, sondern lediglich zeigen, wie empfindlich Veränderungsraten des BIP in Zeiten rascher struktureller Veränderungen in der Wirtschaft auf verschiedene Arten der Deflationierung reagieren. Dies ist selbst auf Basis einer sehr groben Aufgliederung möglich.

Die in Übersicht 1 angeführte Komponente "Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen" wird von Eurostat nur als nominelle Größe veröffentlicht, da es nicht möglich ist, auf Basis eines Kettenindex reale Veränderungsraten für Aggregate abzuleiten, die ihr Vorzeichen ändern oder null sein können. Trotz Fehlens eines realen Wertes wäre ein Ausschluss dieser Position ungünstig, da Lagerbestände über den Konjunkturzyklus einen wichtigen Wachstumsbeitrag leisten können. Da die Komponente in den Jahren 2019 bis 2023 keine negativen Werte aufwies, war es möglich, die für die Kettenindexierung verwendeten Veränderungsraten selbst herzuleiten.

Übersicht 1: **Komponenten der Nachfrageseite des BIP**

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen
Konsumausgaben
Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
Konsumausgaben der privaten Haushalte
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
Konsumausgaben des Staates
Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch
Konsumausgaben des Staates für den Kollektivverbrauch
Bruttoinvestitionen
Bruttoanlageinvestitionen
Ausrüstungen und Waffensysteme (brutto)
Sonstige Ausrüstungen und Waffensysteme (brutto)
Ausrüstung der Informations- und Kommunikationstechnologie (brutto)
Fahrzeuge (brutto)
Bauten insgesamt (brutto)
Wohnbauten (brutto)
Nichtwohnbauten (brutto)
Nutztiere und Nutzpflanzungen (brutto)
Geistiges Eigentum (brutto)
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen¹⁾
Exporte von Waren und Dienstleistungen
Exporte von Waren
Exporte von Dienstleistungen
Importe von Waren und Dienstleistungen
Importe von Waren
Importe von Dienstleistungen

Q: Eurostat (Tabellen nama_10_gdp und nama_10_an6), Definition der Komponenten gemäß ESVG 2010, abgerufen am 27. November 2024. Die fett hervorgehobenen Komponenten wurden für die Berechnung verwendet. –
¹⁾ Diese Komponente wird in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausschließlich nominell ausgewiesen. Da sie in den betrachteten Jahren nicht negativ war, konnten auf Grundlage der Vorjahrespreise reale Wachstumsraten errechnet werden.

3.2 Ergebnisse

Übersicht 2 zeigt die abgeleitete reale BIP-Veränderung nach den verschiedenen Preisbereinigungsverfahren. Für das erste Pandemiejahr 2020 ergeben alle vier Ansätze den gleichen realen Rückgang von –5,6% gegenüber dem Vorjahr. Im zweiten Pandemiejahr unterscheiden sich die BIP-Wachstumsraten hingegen erheblich. Während die Laspeyres-Methode ein Wirtschaftswachstum von 6,3% anzeigt, weist die Paasche-Methode zur Preisbereinigung einen etwas höheren Anstieg von 6,5% aus. Der Wert laut Fisher-Methode liegt erwartungsgemäß dazwischen (6,4%), während

ein Laspeyres-Index mit dem festen Basisjahr 2019 eine deutlich höhere reale Wachstumsrate von 7,7% ergibt. Der Unterschied könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Wirtschaftsstruktur der EU 27 vor der Pandemie im Jahr 2019 ganz andere Gewichte aufgewiesen hatte als während der Krise.

Für 2022, das dritte Jahr der COVID-19-Pandemie, ergeben die Laspeyres-, die Paasche- und die Fisher-Methode keine Unterschiede mehr. Die Methode mit dem Basisjahr 2019 ergibt die niedrigste reale Wachstumsrate von 3,2%. 2023 kam der Aufholprozess nach Überwindung der COVID-19-Krise zum Erliegen, doch wurden die

Gewichte zunehmend durch den lebhaften Anstieg der Inflation beeinflusst, was sich aufgrund von Substitutionseffekten unterschiedlich auf die Nachfragekomponenten auswirkte. Darüber hinaus steigerte die auf-

gestaute Nachfrage nach bestimmten Produkten, wie z. B. Tourismusdienstleistungen, in den betroffenen Jahren deren Gewicht innerhalb des Warenkorbs.

Übersicht 2: Veränderung des realen BIP der EU 27 nach verschiedenen Preisbereinigungsmethoden

	2020	2021	2022	2023	2019/2023	
	In % gegenüber dem Vorjahr				Kumuliert in %	In % p. a.
Laspeyres-Preisindex, Basis Vorjahr ¹⁾	- 5,6	+ 6,3	+ 3,5	+ 0,4	+ 4,4	+ 1,1
Paasche-Preisindex, Basis laufendes Jahr	- 5,6	+ 6,5	+ 3,5	+ 1,2	+ 5,4	+ 1,3
Fisher-Methode	- 5,6	+ 6,4	+ 3,5	+ 0,8	+ 4,9	+ 1,2
Laspeyres-Preisindex, festes Basisjahr 2019	- 5,6	+ 7,7	+ 3,2	+ 1,2	+ 6,2	+ 1,5

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Diese Berechnung auf Vorjahrespreisbasis ist verpflichtend für die EU-Mitgliedsländer. Die Werte korrespondieren mit den veröffentlichten Daten (Stand 27. November 2024).

Für das Jahr 2023 resultiert der Preisbereinigungsansatz, welcher die Gewichte aus dem Krisenjahr 2022 verwendet, in der niedrigsten BIP-Wachstumsrate von lediglich 0,4%. Die Paasche-Methode auf Basis der Gewichte des laufenden Jahres (2023) ergibt mit +1,2% das höchste Wachstum. Die Fisher-Methode spiegelt die durchschnittliche Wachstumsrate dieser beiden Ansätze wider. Die Methode mit festem Basisjahr 2019 ergibt mit +1,2% dieselbe Wachstumsrate wie die Paasche-Methode.

Betrachtet man die kumulierte Entwicklung des realen BIP über den gesamten Beobachtungszeitraum, so zeigen sich eben-

falls Unterschiede (Übersicht 2). Die derzeit in der EU verwendete Methode, bei der das jeweilige Vorjahr als Preisbasisjahr dient, ergibt den niedrigsten kumulierten Anstieg von 4,4% (2019/2023), was einem jährlichen Wachstum von 1,1% entspricht. Verwendet man stattdessen das laufende Jahr als Preisbasis (Paasche-Methode), ergibt sich ein um 1 Prozentpunkt höheres kumuliertes Wachstum von 5,4%, was einem Zuwachs von 1,3% p. a. entspricht. Die Fisher-Methode ergibt kumuliert 4,9% (+1,2% pro Jahr). Die höchsten Werte – kumuliert +6,2% bzw. +1,5% p. a. – liefert die Methode mit festem Basisjahr 2019, welche der IWF für Zeiten lebhaften Wandels empfiehlt.

Die höchsten kumulierten Wachstumsraten ergeben sich unter Verwendung eines fixen Basisjahres, die niedrigsten unter Verwendung der Vorjahrespreisbasis.

4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Wie sich zeigte, können verschiedene Methoden der Preisanpassung, die zur Ableitung der realen BIP-Entwicklung dienen, in Krisen bzw. Zeiten einer raschen Veränderung der Wirtschaftsstruktur und der Nachfragemuster sehr unterschiedliche Ergebnisse zu Tage fördern. Dies hat Auswirkungen auf andere wirtschaftliche Messgrößen, die auf der realen BIP-Veränderung aufbauen, z. B. die Produktivitätsentwicklung, und gilt auch bei längerfristigen Betrachtungszeiträumen, wie sie zur Berechnung des Trendwachstums von Volkswirtschaften herangezogen werden.

Bei der Kettenindexierung, bei der Volumina über Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr verknüpft werden, beeinflussen vergangene Schocks dauerhaft das Niveau aller zukünftigen Datenpunkte. Um ein aussagekräftiges Maß der realen BIP-Entwicklung zu erhalten, dürfte sich der Vergleich von Jahren, die einander hinsichtlich der Wirtschaftsstruk-

tur ähnlicher sind, z. B. von Jahren vor und nach einer Krise, besser eignen. Im Umfeld von Krisen oder Umbrüchen kann ein festes Basisjahr zuverlässigere Ergebnisse liefern; dieser Ansatz wird auch vom IWF empfohlen. Die entsprechende EU-Verordnung zur Preisbereinigung folgt allerdings nicht der Empfehlung des IWF und schreibt zu jeder Zeit die Vorjahrespreisbasis vom Laspeyres-Typ zur Deflationierung vor.

Beim Vergleich benachbarter Jahre, in denen sich die Komponenten stark verändert haben, erscheint die Fisher-Methode als guter Kompromiss, da sie die Verzerrungen im Paasche- und Laspeyres-Index glättet. Da die Fisher-Methode die Verwendung eines Paasche-Preisindex beinhaltet, geht dieser Vorteil jedoch mit dem Nachteil einher, dass die Gewichte des laufenden Jahres erst mit Verfügbarkeit der Daten des IV. Quartals vorliegen.

Am besten lässt sich die reale BIP-Entwicklung durch eine Neuberechnung nach Ende der Krise bestimmen.

In der Praxis wäre in Krisenzeiten somit die Preisbereinigung mit einem fixen Basisjahr gemäß IWF-Empfehlung der bestmögliche Ansatz. Nach der Krise sollte die BIP-Veränderung zwischen dem Vor- und dem Nachkrisenjahr jedoch nochmals ermittelt werden. Da anzunehmen ist, dass über diesen Zeitraum Effekte eines Strukturwandels abseits der erratischen Krisenentwicklung wirksam wurden, wäre hierbei der Fisher-Index eine gute Wahl. Der so ermittelte Wert könnte dann ex-post anhand von Indikatoren (z. B. den ex-ante berechneten Verän-

derungsraten) mit einem Benchmarking-Verfahren konsistent auf die einzelnen Krisenjahre aufgeteilt werden.

Sofern die strukturellen Veränderungen als vorübergehend angesehen werden, lässt sich die mittelfristige reale BIP-Entwicklung ex-post durch einen Vergleich der Jahre vor und nach der Krise ermitteln. Die Veränderungsraten für die Krisenjahre lassen sich auch in diesem Fall mithilfe geeigneter Benchmarking-Verfahren ableiten, um im Zeitverlauf ein konsistentes Bild zu erhalten.

5. Literaturhinweise

- Committee on Finance United States Senate (1996). *Final Report of the Advisory Commission to Study the Consumer Price Index*. US Government Printing Office. <https://www.finance.senate.gov/imo/media/doc/Prt104-72.pdf>.
- Diewert, W. E. (1992). Fisher ideal output, input, and productivity indexes revisited. *Journal of Productivity Analysis*, 3, 211-248. <https://link.springer.com/article/10.1007/BF00158354>.
- Europäische Kommission, & Eurostat (2014). *Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESVG 2010*. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. <https://data.europa.eu/doi/10.2785/16644>.
- Eurostat (2020a). Guidance on time-series treatment in the context of the COVID-19 crisis. https://ec.europa.eu/eurostat/documents/10186/10693286/Time_series_treatment_guidance.pdf.
- Eurostat (2020b). Guidance on the compilation of the HICP in the context of the COVID-19 crisis. https://ec.europa.eu/eurostat/documents/10186/10693286/HICP_guidance.pdf.
- Gordon, R. J. (2000). The Boskin Commission Report and its Aftermath. *NBER Working Paper*, (7759). https://www.nber.org/system/files/working_papers/w7759/w7759.pdf.
- Hale, T., Angrist, N., Goldszmidt, R., Kira, B., Petherick, A., Phillips, T., Webster, S., Cameron-Blake, E., Hallas, L., Majumdar, S., & Tatlow, H. (2021). A global panel database of pandemic policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker). *Nature Human Behaviour*, 5, 529-538. <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01079-8>.
- Internationaler Währungsfonds – IWF (2018). *Quarterly National Accounts Manual. 2017 Edition*. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/qna/pdf/2017/QNAManual2017text.pdf>.
- Landefeld, J. S., & Parker, R. P. (1995). Preview of the Comprehensive Revision of the National Income and Product Accounts: BEA's New Featured Measures of Output and Prices. *Survey of Current Business*, 31-38. <https://www.bea.gov/resources/methodologies/new-featured-measures-output-prices>.
- OECD (2003). *Inflation Accounting. A Manual on National Accounting Under Conditions of High Inflation*. <https://doi.org/10.1787/9789264299511-en>.

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autor:innen wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 730/2026** **Climate Change and Economic Dynamics: Temperature-dependent Shock Propagation**
Christian Glocker, Thomas Url
- 729/2026** **The Link Between Monetary Policy and the Labor Share – New Empirical Evidence and Theoretical Considerations**
Harald Badinger, Christian Glocker, Stefan Schiman-Vukan
- 728/2026** **Differences in the Impact of Digital Platform Use. Evidence from an Austrian Enterprise Survey**
Sandra Bilek-Steindl, Susanne Bärenthaler-Sieber, Julia Bock-Schappelwein, Michael Peneder (WIFO)
- 727/2026** **Chinese Import Competition, Firm-Level Productivity Growth and the Distance to the Frontier**
Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler (WIFO), Andreas Reinstaller (Austrian Productivity Board)
- 726/2026** **Evolution of European Industrial Policy: Past, Present and Perspective**
Michael Peneder
- 725/2026** **A Market Design Proposal for Decoupling Carbon and Electricity Prices**
Simon Finster, Bernhard Kasberger, Simon Rütten
- 724/2026** **Sectoral and Aggregate Effects of Supply Chain Disruptions in a Small Open Economy**
Klaus Friesenbichler, Christian Glocker, Werner Hölzl, Philipp Piribauer (WIFO, ASCII)
- 723/2026** **Evaluating Tariff Shock Propagation in an Integrated Demand System-MRIO Framework**
Asjad Naqvi
- 722/2026** **estimateW: An R Package for Bayesian Estimation of Weight Matrices in Spatial Econometric Panels**
Tamás Krisztin (IIASA), Philipp Piribauer (WIFO)
- 721/2026** **Counterfactual Impact Evaluation of Cohesion Policy 2014-2020: Regression Discontinuity Design**
Alexander Daminger, Peter Huber, Klaus Nowotny
- 720/2026** **Counterfactual Impact Evaluation of Cohesion Policy 2014-2020: Impact on Enterprises**
Alexander Daminger, Peter Huber, Klaus Nowotny
- 719/2026** **Ein-Monats-Experience-Rating in der Arbeitslosenversicherung: ein Modellvorschlag**
Rainer Eppel, Helmut Mahringer
- 718/2025** **The Vienna Initiative as a Signaling Mechanism to Disrupt the Banking Doom Loop**
Christian Glocker, Thomas Url
- 717/2025** **Predicting the Emergence of the EV Industry: A Product Space Analysis Across Regions and Firms**
Katharina Ledebur (ASCII, CSH Vienna), Ladislav Bartuska (ASCII, FH OÖ), Klaus Friesenbichler (WIFO, ASCII), Peter Klimek (ASCII, CSH Vienna)
- 716/2025** **The Supply Chain Disruption Survey: A New Survey on Knowledge Flows in Global Supply Chains**
Márta Bisztray (CERS HAS), Gábor Békés (CEU), Alexandros Charos, Klaus Friesenbichler (WIFO), Miklós Koren (CEU, HUN-REN CERS), Agnes Kügler (WIFO), Balázs Lengyel, Amanda De Pirro (HUN-REN CERS), Birgit Meyer (WIFO)

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-working-papers/>

9/2025 Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt • Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig • Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025. Sonderthema: Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende

10/2025 Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026 • Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030 • Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen • Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich

11/2025 Konjunktur in Österreich verläuft flach • Konjunktureinschätzungen kaum verändert. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2025 • Digitalisierung in Österreich: Die Rolle der künstlichen Intelligenz am Arbeitsplatz • Oliver Fritz, Heimischer Tourismus zieht immer mehr Gäste an • Unsicherheitsabhängige Konfidenzintervalle für WIFO-Konjunkturprognosen

12/2025 Anzeichen einer Stabilisierung der Industriekonjunktur • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2025. Schwerpunktthema: Die Preisentwicklung im Tourismus als Wettbewerbsfaktor • Die WIFO-Schnellschätzung: Revisionsanalyse und Kurzbeschreibung der Methode • Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Pflegekosten. Neue Evidenz aus einer dynamischen Mikrosimulation

1/2026 Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Prognose für 2025 bis 2027 • Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. Aktualisierung 2026 • Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025 • Schutzwälder in Österreich. Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance

2/2026 Inflationsrate sinkt deutlich, doch Konjunktur ist bislang matt • Zögerliche Verbesserung der Konjunktureinschätzungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026 • Europäische Industriepolitik im Wandel • Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung. Euroconstruct-Prognose bis 2028

3/2026 Geopolitische Unsicherheit belastet die Konjunktur • Europäische Wirtschaftspolitik 2025. Auf der Suche nach Lösungen für langfristige Strukturprobleme • Allmählich wieder mehr Produktneueinführungen und höhere Innovationsausgaben • Budgetkonsolidierung im österreichischen Bundesstaat

4/2026 Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung. Prognose für 2026 und 2027 • Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031 • Leichtes Wachstum löst Rezession ab. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025 • Ende des Zinssenkungszyklus, zaghaftes Kreditwachstum und Hausse an den Börsen

5/2026 Auswirkungen des Iran-Krieges auf die Konjunktur bereits sichtbar • Energiepreisauftrieb infolge des Iran-Krieges drückt Konjunkturstimung. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2026 • Konjunkturlaute und Unsicherheit prägen weiter den österreichischen Arbeitsmarkt • Leichte Erholung in der Industrie bei schwachen Exporten und investitionsgetriebenen Importen. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2025

6/2026 Unternehmensstimmung stabilisiert sich auf niedrigem Niveau • Leichter Aufschwung erreicht fast alle Regionen. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2025 • Die Agrarumweltpolitik der EU und das Verursacherprinzip • Externe Kosten der Landwirtschaft: Marktbasierte Instrumente und handelspolitische Flankierung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Präsident

Dr. Harald Mahrer

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Mag. Jochen Danninger, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank

Anton Matile, Landeshauptmann von Tirol

Wirtschaftspolitische Beirat

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagel-

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögl-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittsch, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Katharina Drescher, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidmuc, Marian Fink, Simon Finster, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Szegej Licsagin, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Sujata Pokhrel, Sebastian Poledna, Silvia Rocha-Akis, Simon Rütten, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Barbara Novak, MA, Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales der Stadt Wien

Mag. Tobias Schweitzer, Bereichsleiter Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

versicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Angela Köppl, Mario Larch, Markus Leibrecht, Hendrik Mahlkow, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Birgit Niessner, Ewald Nowotny, Karl Pichlmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Tobias Thomas, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Gabriel Haintz, Kathrin Hofmann, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Victoria Plöchl, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Stephan Schreml, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Christopher Arndt, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Jörg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klotz, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Romana Lüftner, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

